Heft 116 / 2023

GEGEN VERGESSEN FÜR DEMOKRATIE

Schwerpunktthema:

Wirksamkeit politischer Bildung

weitere Themen:
- Das Inferno auf der Cap Arcona
- Zum Umfragehoch des Rechtspopulismus

Informationen zur politischen Bildungsarbeit

Gegen Vergessen
Für Demokratie e.V.

Liebe Freundinnen und Freunde von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.,

der grausame, unentschuldbare Angriff der Hamas hat in der israelischen Zivilbevölkerung mehr als tausend Todesopfer gefordert und einen Krieg ausgelöst, der auch unter der palästinensischen Bevölkerung viele Opfer und großes Leid verursacht. Dieses Geschehen berührt uns alle tief und hat unmittelbare Auswirkungen auf die deutsche Gesellschaft. Die verbalen und tätlichen antisemitischen Übergriffe machen fassungslos, ihnen muss mit aller Schärfe entgegengetreten werden. Für die hiesige Migrationsgesellschaft ergeben sich aufgrund der unterschiedlichen Sichtweisen auf den Krieg schwierige Herausforderungen, sowohl für den Umgang in Schulen als auch in anderen potenziell konfliktiven Gesprächssituationen. Auf der Homepage *gegen-vergessen.de* haben wir unter anderem Tipps vom Hamburger Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung verlinkt, die hier eine gute Orientierung bieten können.

Daneben stimmt das anhaltende Umfragehoch der AfD viele Menschen mit Blick auf die Zukunft pessimistisch, und in ernsten Momenten der Selbstreflexion taucht mitunter die Frage auf, wie viel wir mit unserem Einsatz für die Demokratie in Deutschland und für ein friedliches Zusammenleben in unserer Migrationsgesellschaft eigentlich bewirken konnten und können.

Geschäftsführer Michael Parak zeigt in seinem Beitrag in diesem Heft anhand von Beispielen auf, dass Ergebnisse politischer Bildung durchaus messbar sein können. Bedingung dafür ist allerdings, dass vorab realistische, nachprüfbare Ziele formuliert werden.

Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. hat viel erreicht. Seit 30 Jahren tragen Mitglieder, Regionale Arbeitsgruppen, Geschäftsstelle, Vorstand und auf andere Weise mit dem Verein verbundene Menschen dessen Kernanliegen weiter. Die Artikel in dieser Ausgabe der Zeitschrift geben einen Eindruck davon. Ganz unterschiedliche Menschen aus dem Verein und seinem Umfeld ergreifen in Interviews das Wort, um über funktionierende Ansätze oder auch ihre persönliche Motivation zu sprechen. Eine Zeitleiste stellt zudem Ausschnitte bisheriger Aktivitäten und erreichter Meilensteine dar.

Die Mitgliedschaft eint auch ihre historisch geschulte Perspektive auf die Gegenwart. Die Erinnerung an die NS-Verbrechen und das SED-Unrecht führen deutlich vor Augen, was wir nie wieder sehen, nie wieder erleben wollen. Bernd Faulenbach, mein Vorgänger im Amt des Vereinsvorsitzenden, hat diese historische Sichtweise des Vereins entscheidend mitgeprägt. Er wird in diesen Tagen 80 Jahre alt. Einen herzlichen Glückwunsch an dieser Stelle!

Feindselige Einstellungen wie Rassismus und Antisemitismus sind in der Gesellschaft tief verwurzelt, sie werden nie in Gänze verschwinden und können immer wieder gefährlich werden. Aber wir alle können etwas dafür tun, dass auch der konsequente Einsatz für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in der Gesellschaft niemals nachlässt und die Oberhand behält.

Bleiben Sie an unserer Seite!

Herzlich,

Ihr Andreas Voßkuhle

Der **Preis „Gegen Vergessen – Für Demokratie“** geht in diesem Jahr an den Soziologen Prof. Dr. Steffen Mau, den **Waltraud-Netzer-Jugendpreis** erhalten Schülerinnen und Schüler des Goethe-Gymnasiums Bensheim. Die **Preisverleihung** findet im Rahmen der **Mitgliederversammlung am 25. November 2023 in Freiburg im Breisgau** statt.

IMPRESSUM
Herausgegeben von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., Stauffenbergstraße 13-14, 10785 Berlin
Telefon (0 30) 26 39 78-3, Telefax (0 30) 26 39 78-40, *info@gegen-vergessen.de*, *www.gegen-vergessen.de*
Bankkonto: Sparkasse KölnBonn · IBAN DE45 3705 0198 0008 5517 07 · BIC COLSDE33XXX

Titelbild: Das Foto zeigt ein Rollenspiel im Rahmen des Kommunikationstrainings #WIeDER_SPRECHEN FÜR DEMOKRATIE. Foto: Jan Schapira

Redaktion: Beke Detlefsen, Liane Czeremin, Adela Dulovic, Sophie Paulina Gottwald, Dr. Dennis Riffel, Dr. Michael Parak (V.i.S.d.P.)
Lektorat: Ines Eifler, Görlitz
Gestaltung: Atanassow-Grafikdesign, Dresden
Druck: B&W MEDIA-SERVICE Werbe- und Verlagsgesellschaft mbH
Die Zeitschrift wird klimaneutral auf FSC-zertifiziertem Papier gedruckt.
Die Herausgabe dieser Zeitschrift wurde gefördert durch das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen keine Meinungsäußerung der Redaktion oder des Vereins dar.
Die Redaktion überlässt die Entscheidung über eine Verwendung gendergerechter Sprache den Autorinnen und Autoren.
ISSN 2364-0251

Inhaltsverzeichnis

Die Themen in dieser Ausgabe

SCHWERPUNKTTHEMA

Über Ziele und Wirkung politischer Bildung 4
30 Jahre für die Demokratie 7
Interview: Wirkungsvolles Engagement im Landkreis Oberhavel: Wie geht das? 10
Die Regionalen Arbeitsgruppen sind das Rückgrat unserer Vereinigung 12
Engagement „auf der Tenne“ in historisch heiklen Themenfeldern 13
Interview: „Die Perspektive von Betroffenen muss fester Bestandteil politischer Bildung werden“ 14
Wenn aus vielem Kleinen etwas Großes wird 16
Interview: „Ausgrenzung ist nicht immer eine sinnvolle Strategie“ 18
Spendenaufruf: Eine Bank für Justin Sonder 20

WEITERE THEMEN

Das Inferno auf der Cap Arcona 21

BLOG MIGRATIONS-GESCHICHTEN

Aus deiner Sicht! 23

ANALYSE UND MEINUNG

Zum Umfragehoch der AfD: Differenzieren – verstehen – streiten 25

AUS UNSERER ARBEIT

RAG Mittelrhein: Von der Zeitzeugenarbeit zur Freundschaft 29
RAG Augsburg-Schwaben: Industriebetriebe in die Pflicht genommen 32
Aufruf: Suche nach Zeichen frühen Gedenkens 33
RAG Hannover: Givat Haviva – eine Stimme des Friedens im Nahen Osten 34
RAG Münsterland: „Vieles, was damals los war, ist für uns heute unvorstellbar“ 36

NAMEN UND NACHRICHTEN

Die Folgen des „Verlorenen Transports“ 37
Interview: „Verfolgten Menschen eine Stimme verleihen“ 39
Zwangsräume. Antisemitische Wohnungspolitik in Berlin 1939–1945 41

SO HELFEN SIE!

Jede Mitgliedschaft ist ein Mandat für unsere Arbeit 43
Verschenken Sie eine Mitgliedschaft bei Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. 43

BUCHEMPFEHLUNGEN

Ein fast vergessenes Kapitel der deutschen Sportgeschichte 45
Ein kritischer Reisebegleiter in die Kolonialgeschichte 46

IMPRESSUM 2
VORSTAND UND BEIRAT 47

Michael Parak

Über Ziele und Wirkung politischer Bildung

Eine gut besuchte Abendveranstaltung ist zu Ende – auf dem Nachhauseweg geht den Organisatoren die Frage durch den Kopf: Was hat das jetzt eigentlich gebracht? Was haben wir mit dieser Veranstaltung bewirkt?

Menschen, die ehren- oder hauptamtlich in der politischen Bildungsarbeit aktiv sind, wollen die Welt zum Besseren verändern. Doch was kann der Beitrag Einzelner an einem großen Ganzen sein? Darüber lohnt es sich einmal intensiver nachzudenken. „Demokratie stärken", „Rechtsextremismus bekämpfen" – das sind Ziele und Motive, die viele Engagierte bei Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. einen. Von einer zweistündigen Abendveranstaltung kann jedoch kaum erwartet werden, dass sie die Gesellschaft umwerfend verändert.

Aber eine solche Bildungsveranstaltung kann ein wichtiger Mosaikstein in einem großen Ganzen sein. Auch bei Kurzformaten ist es deshalb sinnvoll, sich vorab über Handlungsziele und mögliche Akzentsetzungen der geplanten eigenen Veranstaltung zu verständigen. Realistische Ziele können zum Beispiel sein:

- **Wissen vermitteln: über ein bestimmtes Ereignis, historische Zusammenhänge oder aktuelle Studien**
- **Bestätigung, Reflexion oder Erschütterung der eigenen Denkweise**
- **Perspektivwechsel**
- **Sichtbarmachung bestimmter Sachverhalte oder Gruppen, die zu wenig Beachtung finden**
- **Ermutigung zu Engagement**

Wenn Ziele vor einer Veranstaltung klar umrissen sind, kann diese besser geplant werden.

Gleiches gilt in Hinblick auf die Zielgruppen der Veranstaltungen: Bei wem möchte ich eigentlich eine Veränderung bewirken? Bei einem jungen oder älteren Publikum, akademisch oder praktisch aufgestellt, deutschsprachig oder international? Geht es darum, Menschen anzusprechen, die aus dem eigenen Milieu stammen und ticken wie ich selbst, oder will ich Menschen erreichen, die andere Auffassungen vertreten? Je nachdem, wie die Antworten aussehen, wähle ich besser unterschiedliche Formate und Herangehensweisen.

Titelblatt einer Broschüre über die vom Bundesprogramm „Demokratie leben!" geförderten lokalen Partnerschaften für Demokratie

Tauchen auf dem Nachhauseweg nach der Veranstaltung dann besagte Fragen und Zweifel auf, fällt eine Antwort viel leichter. Und wenn man sich dann tatsächlich sagen kann: Ja, die zuvor formulierten Ziele dieser Veranstaltung wurden erfüllt, so hat man dabei mitgeholfen, aus vermeintlich kleinen Bausteinen etwas Größeres entstehen zu lassen. Denn die Umsetzung einzelner Aspekte zahlt immer auch auf Mittlerziele ein, die wiederum auf größere Leitziele wie Demokratiestärkung einwirken.

Komplexe Wirkungsmessung

Bei größeren Projekten, wie wir sie auch in der Geschäftsstelle von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. entwickeln, ist eine umfassendere Wirkungsanalyse nötig. Oft läuten bei Akteuren der politischen Bildung innere Alarmglocken, wenn sie den Begriff Evaluation hören. Sie wittern Kontrolle oder Einschränkungen. Wir versuchen, dies anders zu sehen und Wirkungsmessung von außen zu nutzen, um unsere Ansätze zu reflektieren und besser zu werden. Mittlerweile haben wir viel Erfahrung mit wissenschaftlichen Begleitungen, sie waren unterschiedlich im Anspruch und in der Ernsthaftigkeit bei der Durchführung, aber oft hilfreich für die Weiterarbeit.

Ein Beispiel für eine besonders weiterführende Evaluation ist die unseres Weiterbildungsangebots für die Partnerschaften für Demokratie. Die Weiterbildung umfasst vier zweitägige Module. Im Bereich der politischen Bildung ist das eine umfangreiche und intensive Bildungsmaßnahme. Deshalb lohnt es sich auch der Frage nachzugehen, was mit solchen Weiterbildungen bewirkt werden kann.

Die Partnerschaften für Demokratie sind eine wesentliche Säule des Bundesprogramms „Demokratie leben!" des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. In diesen Partnerschaften kommen Verantwortliche aus der kommunalen Politik und Verwaltung sowie Aktive aus Kirchen, Vereinen oder Verbänden bis hin zu engagierten Bürgerinnen und Bürgern verschiedenster Altersstufen zusammen. Gemeinsam entwickeln sie in rund 300 Landkreisen und Kommunen Strategien, die auf die konkrete Situation vor Ort abgestimmt sind, und setzen Handlungskonzepte zur Förderung von Demokratie und Vielfalt um.

Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. unterstützt in Zusammenarbeit mit *Parts – Gesellschaft für soziale Praxis und Projekte mbH* diese Partnerschaften für Demokratie durch besagte modulare Weiterbildungen. Dabei geht es um die Weiterentwicklung der Fach- und Methodenkompetenz der Akteure, eine Reflexion und Weiterentwicklung von persönlichen und Systemkompetenzen, Unterstützung der (politischen) Handlungskompetenz sowie von strategi-

schen Planungs- und Kommunikationsprozessen vor Ort.

Seit 2020 wird das Vorhaben vom Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V. wissenschaftlich begleitet. Die Teilnehmenden werden insgesamt dreimal befragt: vor Beginn der Weiterbildung, unmittelbar nach Abschluss des letzten Moduls sowie noch einmal sechs Monate nach Abschluss der Weiterbildung. Dadurch können Erkenntnisse zur Wirkung auf unterschiedlichen Ebenen gewonnen werden.

Oftmals kommen Befragungen – auch aus Kapazitätsgründen – nicht über Fragen zum subjektiven Feedback hinaus. Bei einer längerfristigen Weiterbildung ist es aber auch wünschenswert festzustellen, ob es wirkliche Veränderungen gibt. Das Institut verwendet deshalb vier Kategorien für die Befragungen:

1) Reaktion / subjektives Feedback
Wie reagieren die Teilnehmenden auf die Fortbildung? Sind sie mit der Fortbildung zufrieden?

2) Lernerfolg
Inwiefern zeichnet sich ein Lernerfolg ab? Inwiefern haben die Teilnehmenden ihr Wissen und ihre Kompetenzen erweitert? Inwiefern haben sie durch die Weiterbildung Impulse erhalten?

3) Verhalten
Inwiefern kam es bei den Teilnehmenden aufgrund der Fortbildung zu Verhaltensänderungen? Inwiefern setzten die Teilnehmenden ihr erlernten Wissen und die erlernten Methoden in die Praxis um?

4) Ergebnis
Inwiefern hat die Fortbildung zu verbesserten Ergebnissen in der Partnerschaft für Demokratie geführt?

Für die Messung des Lernerfolges werden die Teilnehmenden gefragt, ob sie ihr Wissen durch die Weiterbildung erweitern konnten, beispielsweise ihr Wissen über Demokratiebildung oder demokratiefeindliche Phänomene. Die Teilnehmenden stufen sich auf einer Skala von 1 („sehr niedrig") bis 10 („sehr hoch") ein. Mit einer solchen Selbsteinschätzung zu unterschiedlichen Zeitpunkten kann ermittelt werden, ob die Weiterbildung Veränderungen nach sich gezogen hat. Das Ergebnis der Basisweiterbildung ergab mit dieser Methode eine Steigerung der Selbsteinschätzung der fach- und Methodenkompetenzen von 6,3 bei der Eingangsbefragung auf 7,4 bei der Nachhaltigkeitsbefragung. Dies ist ein Nachweis, dass es Lernerfolge (Wirkung) bei den Teilnehmenden gibt.

Verhaltensänderungen bei den Teilnehmenden nachzuweisen ist noch schwieriger. Auch hier erfolgt die Annährung über unterschiedliche Parameter. 76 Prozent der Teilnehmenden stimmten der Aussage „Ich hatte am Arbeitsplatz Gelegenheiten, das in der Weiterbildung erworbene Wissen und die Kompetenzen anzuwenden" voll und ganz sowie eher zu. 76 Prozent gaben der Aussage „Seit der Teilnahme an der Weiterbildung fühle ich mich sicherer bei der Bewältigung meiner Aufgabenstellungen" ihre volle oder annähernde Zustimmung.

Die bisherigen Fragen nach subjektivem Feedback, Lernerfolg und Verhalten beziehen sich auf die Teilnehmenden. Natürlich wäre es wünschenswert zu erfahren, ob daraus auch strukturelle Ergebnisse auf der Ebene der Partnerschaften für Demokratie nachweisbar sind. Dies ist methodisch anspruchsvoll und schwierig. Denn manche Funktionsbedingungen für Strukturen liegen außerhalb der Kompetenzen der Mitarbeitenden. So können diese beispielsweise die finanziellen Rahmenbedingungen oder die Zusammensetzung der Kommunalparlamente und -verwaltungen nicht beeinflussen. Doch gewisse Veränderungen auf der Organisationsebene können trotzdem erfasst werden: 81 Prozent der Teilnehmenden stimmen beispielsweise voll und ganz oder eher zu, dass es durch ihre Teilnahme an der Weiterbildung zu einer besseren Rollenklärung in der Partnerschaft für Demokratie kam.

Eine wissenschaftliche Begleitung kann nicht alles erforschen. Denn natürlich spielen im Leben von Teilnehmenden an Bildungsmaßnahmen viele externe Faktoren eine Rolle. Die Evaluation kann aber helfen zu zeigen, wo (gewisse) Veränderungen erzielt werden können. Bei zeit- und kostenaufwändigen Veranstaltungen sollte dies viel öfter gemacht werden. Auch weil die Seminarleitungen dadurch wichtige Rückmeldungen erhalten. Manches, was angedacht war, funktioniert eben nicht zwingend gut. Dann gilt es umzusteuern und Änderungen am Konzept und an der Durchführung vorzunehmen.

Detaillierte Zielerarbeitung – die modulare Weiterbildung Demokratiepatinnen und -paten in der Polizei Niedersachsen

Eine von zehn Kernaussagen der „Strategie 2027" der Polizei Niedersachsen bezieht sich explizit auf das Themenfeld Demokratie: „Wir bewahren unser freiheitlich-demokratisches Selbstverständnis und stärken unsere Widerstandskraft gegen demokratiegefährdende Einstellungen." Auf dieser Grundlage haben die Polizeiakademie Niedersachsen, Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. und der Landespräventionsrat Niedersachsen eine modulare Weiterbildung „Polizeischutz für Demokratie" entwickelt. Inhaltlich geht es insbesondere darum, dass die Demokratiepatinnen und -paten das vorhandene Demokratiebewusstsein in der Polizei stärken. Reflektieren Demokratinnen und Demokraten das eigene Handeln und sind sich der eigenen Stärken und Schwächen bewusst, können sie besser mit jenen umgehen, die feindlich gegenüber den Werten der Verfassung eingestellt sind.

Das übergeordnete Leitziel der modularen Weiterbildung ist es, dass in allen größeren polizeilichen Organisationseinheiten (meist auf Ebene der Polizeiinspektionen) der Polizei Niedersachsen qualifizierte „Strategiepatinnen und Strategiepaten für Demokratie" tätig sind. Als Zielmarke wurden dafür bis Ende 2022 rund 100 Polizistinnen und Polizisten ins Auge gefasst.

In der Polizei Niedersachsen wurden bislang 115 Polizeibedienstete zu Demokratiepatinnen und Demokratiepaten weitergebildet. Damit stehen in allen größeren Organisationseinheiten der Polizei Niedersachsen – wie beispielsweise den Polizeiinspektionen – speziell qualifizierte Kolleginnen und Kollegen zur Verfügung, die rund um das Thema Demokratie ansprechbar sind – das Leitziel ist also erfüllt.

Eine aufwändige wissenschaftliche Evaluation von *proVal – Gesellschaft für sozialwissenschaftliche Analyse, Beratung, Evaluation* kann klar nachweisen, dass die Weiterbildung wirksam ist und Veränderungen bei den Teilnehmenden auslöst. Bei einzelnen Punkten haben wir aber auch gesehen, dass das Angebot noch zielgenauer werden kann, und das Konzept angepasst. »

» Die Mühen lohnen sich: Zum 1. Januar 2023 ist mit einer Laufzeit bis Ende Dezember 2026 ein neues Großprojekt von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. gestartet. Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. und die Polizeiakademie Niedersachsen unterstützen weitere Landespolizeien dabei, ihr demokratisches Selbstverständnis auf personaler und organisatorischer Ebene zu stärken. Dadurch wird auch die Bewältigungs- und Widerstandsfähigkeit (Resilienz) gegen antidemokratische Einstellungen und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit erhöht. Ziel des Projekts ist die strukturelle Verankerung von Demokratiearbeit in allen größeren Organisationseinheiten der beteiligten Landespolizeien. Unter struktureller Verankerung wird verstanden, dass die Landespolizeien die Stärkung des demokratischen Selbstverständnisses in interne Prozesse aufnehmen und darauf aufbauend die Entscheidung treffen, modulare Weiterbildungen von Demokratiepatinnen und Demokratiepaten in der eigenen Organisation durchzuführen. ■

In der folgenden Übersicht sind die vorab festgelegten Zielvorgaben des Projektes festgehalten.

Mittlerziel 1.	**Die Demokratiepatinnen und Demokratiepaten (DP) haben ihr demokratisches Selbstverständnis reflektiert und sind in ihrer demokratischen Haltung gestärkt.**
Handlungsziel 1.1	Die DP sind sich ihrer Rolle als Multiplikatoren des demokratischen Rechtsstaates bewusst.
Feinziel 1.1.1	Die DP kennen konzeptionelle Vorstellungen und Rahmenbedingungen zu den DP der Landespolizei.
Feinziel 1.1.2	Die DP haben ein klares Verständnis davon, wie sie sich als Personen mit ihrem beruflichen Werdegang und ihrem demokratischen Selbstverständnis in die Rolle der DP einbringen können.
Feinziel 1.1.3	Die DP kennen und schätzen die Möglichkeit, in einem Gruppenprozess Selbstverständlichkeiten des Polizeiberufs zu hinterfragen.
Handlungsziel 1.2	Die DP haben ihr demokratisches Selbstverständnis gestärkt.
Feinziel 1.2.1	Die DP sind sich darüber bewusst, dass Demokratie eine Herrschaft-, Gesellschafts- und Lebensform ist und dies Auswirkungen auf ihre Rolle hat.
Feinziel 1.2.2	Die DP wissen um demokratiegeschichtliche Traditionen der Polizei in Deutschland wie auch um die Täterschaft in der Zeit des Nationalsozialismus.
Feinziel 1.2.3	Die DP wissen um das hohe Vertrauen der Bevölkerung in die Institution Polizei.
Feinziel 1.2.4	Die DP nehmen das hohe Vertrauen in die Institution Polizei als Ansporn, die Institution in Richtung einer demokratischen Kultur weiterzuentwickeln.
Mittlerziel 2.	**Die Demokratiepatinnen und Demokratiepaten (DP) verfügen über relevantes Fachwissen.**
Handlungsziel 2.1	Die DP kennen demokratiegefährdende Phänomene und sind in der Lage, damit umzugehen.
Feinziel 2.1.1	Die DP verfügen über relevantes Fachwissen zu Rechtsextremismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.
Feinziel 2.1.2	Die DP wissen, wie und wo sie ihr Fachwissen in Bezug auf Linksextremismus und Islamismus vertiefen können.
Handlungsziel 2.2	Die DP kennen Elemente konstruktiver Kommunikation in der Demokratie und wenden diese an.
Handlungsziel 2.3	Die DP kennen verschiedene Präventionsansätze sowie Risiko- und Schutzfaktoren in Bezug auf Radikalisierungsdynamiken.
Mittlerziel 3.	**Die Demokratiepatinnen und Demokratiepaten (DP) sind in der Lage, sich für eine demokratische Kultur innerhalb der Polizei einzusetzen und diese weiter zu fördern.**
Handlungsziel 3.1	Die DP bilden ein landesweites Netzwerk zum Austausch.
Handlungsziel 3.2	Die DP sind in der Lage, Maßnahmen und Projekte zur Stärkung der demokratischen Kultur innerhalb der Polizei zu entwickeln und umzusetzen.
Feinziel 3.2.1	Die DP kennen die Grundlagen des Projektmanagements.
Feinziel 3.2.2	Die DP kennen die Grundlagen von Veränderungsprozessen in Organisationen.
Feinziel 3.2.3	Die DP wissen, wo sie sich über Referenzprojekte informieren können.
Feinziel 3.2.4	Die DP haben realisierbare Ideen für Projekte innerhalb der Polizei.
Mittlerziel 4.	**Die Demokratiepatinnen und Demokratiepaten (DP) sind offen für eine vertrauensstiftende Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Institutionen.**
Handlungsziel 4.1	Die DP kennen zivilgesellschaftliche Akteure im Themenfeld Demokratiearbeit.
Feinziel 4.1.1	Die DP kennen zivilgesellschaftliche Akteuren aus dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“
Feinziel 4.1.2	Die DP kennen zivilgesellschaftliche Akteure aus dem entsprechenden Landesprogramm.
Feinziel 4.1.3	Die DP kennen jugendschutz.net, das gemeinsame Kompetenzzentrum von Bund und Ländern für den Schutz von Kindern und Jugendlichen im Internet.
Handlungsziel 4.2	Die DP sind bereit, sich auf die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteuren einzulassen.
Handlungsziel 4.3	Die DP sind in der Lage, in Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Akteuren Projekte zur Demokratiearbeit zu initiieren.
Handlungsziel 4.4	Die DP haben konkrete Ideen, wie sie Projekte zur Demokratiearbeit in Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteuren realisieren.

Dr. Michael Parak ist Historiker und Geschäftsführer von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

30 Jahre für die Demokratie

Anlässlich des 30. Jahrestages von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. lassen wir die letzten drei Jahrzehnte Revue passieren. Wir haben die wichtigsten Meilensteine der Vereinsgeschichte zusammengestellt – dabei geht es um die Entwicklung des Vereins selbst, aber auch um die Geschichte der Erinnerungskultur in Deutschland. Wir haben diese begleitet, mitunter gefördert und auf unsere Initiative hin sind neue Einrichtungen entstanden. Wir haben Preise ins Leben gerufen und verliehen, sind anderen Zusammenschlüssen beigetreten und online gegangen. Was sind Ihre Meilensteine aus 30 Jahren Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.?

19.04.1993

Die **Gründungsversammlung von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. tagt in Bonn**. Der Verein wird in das Vereinsregister Bonn eingetragen. Im November 1993 folgt die erste öffentliche Veranstaltung im Kammermusiksaal der Beethovenhalle. Der erste regionale „Förderkreis" gründet sich im August 1994 in Würzburg, die erste Publikation erscheint ebenfalls 1994, der erste Workshop wird im Dezember 1994 durchgeführt.

1996

Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. hat **1.000 Mitglieder.**

30.01.1997

Zum 150-jährigen Bestehen der Siemens AG erscheint ein **Brief von Hans-Jochen Vogel an den Vorstand**, unter anderem mit der Bitte, „den wenigen überlebenden Opfern jener Zeit aus Anlass des Jubiläums eine Entschädigung zukommen zu lassen". **Beginn der Initiative von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. für die Entschädigung von ehemaligen NS-Zwangsarbeiterinnen und -Zwangsarbeitern.**

25.08.1998

Der **Bundestag verabschiedet das Gesetz zur Aufhebung von NS-Unrechtsurteilen** in der Strafrechtspflege und von Sterilisationsentscheidungen der ehemaligen Erbgesundheitsgerichte. Der Verein setzt sich gemeinsam mit dem Bund der „Euthanasie"-Geschädigten und Zwangssterilisierten im Vorfeld dafür ein.

27.07.1999

Durch das **Gedenkstättenkonzept der Bundesregierung** werden die finanziellen Mittel der Gedenkstättenförderung von jährlich 20 Millionen auf 50 Millionen DM angehoben; die Befristung bis 2003 wird aufgehoben. Damit erfüllt sich eine Forderung aus dem „Lübecker Manifest" des Vereins, das im Rahmen der Mitgliederversammlung 1998 verabschiedet wurde.

01.01.2000

Zum 1. Januar erhalten **ehemalige politische Gefangene der DDR 600 statt 300 DM Entschädigung** pro Haftmonat zugesprochen. Für eine Erhöhung der Entschädigungsleistungen hatte sich der Verein ebenfalls im Rahmen des „Lübecker Manifestes" von 1998 eingesetzt.

2000

Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. hat **2.000 Mitglieder**.

»

»

2000

Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. geht mit einer **ersten eigenen Website** online.

2003

Zum **60. Jahrestag des Massakers auf der griechischen Insel Kefalonia**, wo vom 21. bis 24. September 1943 mehrere Tausend italienische Soldaten von Deutschen ermordet wurden, legen Vorstandsmitglied Heiner Lichtenstein und Geschäftsführer Dr. Klaus Lindenberg einen Kranz am Mahnmal in Kefalonia nieder.

13.11.2005

Erstmalige Verleihung des Preises „Gegen Vergessen – Für Demokratie“, Preisträger ist Johannes Rau.

24.10.2006

Gemeinsame Stellungnahme des Vorstands zur wachsenden Zahl rechtsextremistischer Straftaten in Deutschland bei der Bundespressekonferenz. **Zwei Jahre später** geht die **Online-Beratung gegen Rechtsextremismus** an den Start.

08.09.2009

Der **Bundestag hebt NS-Urteile wegen „Kriegsverrat“ auf**. Seit 2007 setzt sich Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. aktiv für die Rehabilitierung der sogenannten „Kriegsverräter“ ein.

2010

Einweihung der KZ-Gedenkstätte Hailfingen-Tailfingen, die auf die Initiative der RAG Baden-Württemberg entstand.

2010

Erstmalige Verleihung des Waltraud-Netzer-Jugendpreises, Preisträger ist die „Junge AG“ der Dokumentationsstelle der Pulverfabrik Liebenau.

24.07.2012

In enger Zusammenarbeit mit dem Trägerverein und mit Unterstützung der Stadt Pforzheim wird die **Stiftung zum Erhalt des „DDR-Museums“ Pforzheim gegründet**. Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. ist Mitstifter, Stiftungsvorsitzende ist Birgit Kipfer, die Sprecherin der RAG Baden-Württemberg.

01.03.2015

Ibrahim Arslan gibt in Kooperation mit Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. zum ersten Mal einen Workshop als Zeitzeuge und Bildungsaktivist zu den Brandanschlägen 1992 in Mölln.

2015

Auf Initiative des Vereins „RomaTrial e.V.“ und der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas tritt Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. dem **„Bündnis für Solidarität mit den Sinti und Roma Europas“** bei.

01.03.2017

Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. setzt sich für die Errichtung eines **Exilmuseums in Berlin** ein.

2018

Der erste Blog des Vereins unter dem Titel **„Blog Demokratiegeschichte“** geht online.

01.11.2019

Die Polizei Niedersachsen startet als erstes Bundesland gemeinsam mit Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. eine **Kampagne mit dem Titel „Polizeischutz für Demokratie“**. Ziel ist die Demokratiestärkung innerhalb der Polizei.

01.01.2020

Im Rahmen des Programms „Demokratie leben!“ schließen sich mehrere Organisationen, darunter auch Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., zum **Kompetenznetzwerk „Zusammenleben in der Migrationsgesellschaft“** zusammen.

2020

Der zweite Blog unter dem Titel **„Blog Migrationsgeschichten“** geht online.

12.03.2021

Die **Vorstandsmitglieder Christine Lieberknecht, Linda Teuteberg und Iris Gleicke** kritisieren in einem **Artikel in der FAZ** die durch populistische Narrative verbreitete Gleichsetzung von Pandemiebekämpfung mit DDR-Regime oder NS-Verbrechen.

01.09.2021

Erste reine **Social-Media-Kampagne** startet unter dem Titel **„#DemokratieIst“** zur Bundestagswahl 2021.

09.09.2021

Beim **Polizeikongress in Hannover** plädiert Vorstandsvorsitzender Andreas Voßkuhle in seiner **Rede für die Auseinandersetzung mit polizeiinternem Rechtsextremismus**.

16.06.2022

Der **Point-Alpha-Preis** wird an Joachim Gauck verliehen, **Vorstandsvorsitzender Andreas Voßkuhle würdigt dies**.

2022

Der **Band „Verschwörungstheorien“**, herausgegeben durch die RAG-Sprecher Klaus Müller und Christopher Kirchberg, wird mit großem Erfolg und Nachfrage publiziert.

2023

Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. hat **2.192 Mitglieder** und **41 Regionale Arbeitsgruppen** in den Bundesländern.

VORSITZENDE

Hans-Jochen Vogel:	**1993 – 2000**
Hans Koschnick:	**2000 – 2003**
Joachim Gauck:	**2003 – 2012**
Wolfgang Tiefensee:	**2012 – 2014**
Bernd Faulenbach:	**2015 – 2020**
Andreas Voßkuhle:	**seit 2021**

Gegen Vergessen
Für Demokratie e.V.

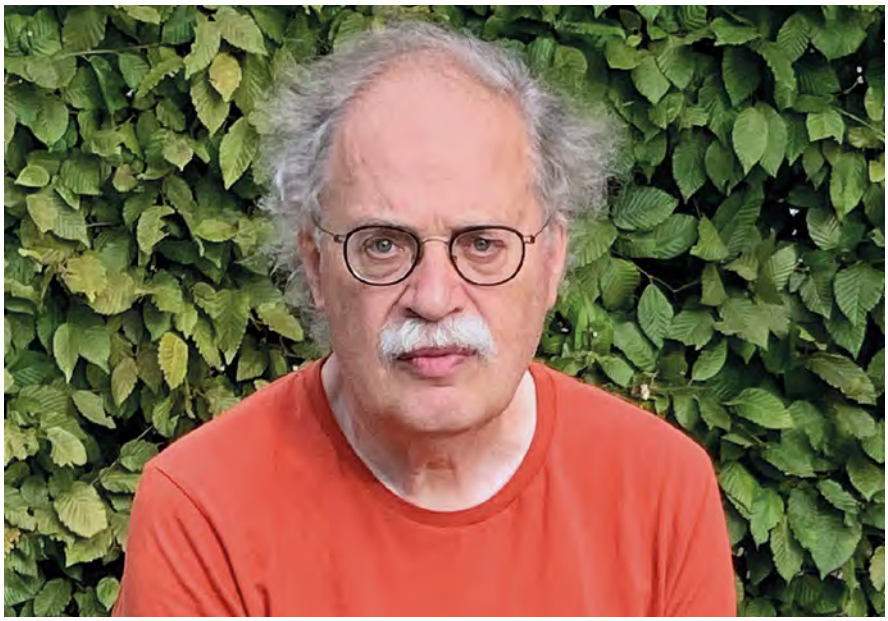
Interview

Wirkungsvolles Engagement im Landkreis Oberhavel: Wie geht das?

Der Landkreis Oberhavel in Brandenburg teilt sich in zwei Gebiete, die stark im Kontrast zueinanderstehen: einer Region bestehend aus Orten im sogenannten Speckgürtel von Berlin, meist mit S-Bahn-Anschluss, und einem strukturschwachen nördlichen Teil. Dieter Starke ist Co-Sprecher der Regionalen Arbeitsgruppe Brandenburg von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. und Oberstudiendirektor a. D. Er erklärt im Interview, wie demokratisches Engagement in diesem Landkreis funktioniert.

Der Süden des Landkreises zeichnet sich durch ein deutliches Bevölkerungswachstum von mehr als 50.000 Menschen seit der Wende aus, vor allem von finanzstarken jungen Familien mit einer hohen Kaufkraft. Die Eltern arbeiten überwiegend in Berlin in leitenden Positionen und haben überdurchschnittlich hohe Einkommen. Die AfD spielt eine sehr untergeordnete Rolle.

Die Situation im strukturschwachen Norden von Oberhavel ist hingegen geprägt durch einen kontinuierlichen Bevölkerungsrückgang, vor allem durch den Wegzug junger Menschen, auch bedingt durch die schlechte Anbindung ans öffentliche Verkehrsnetz und das Fehlen beruflicher Perspektiven. Im Norden ist ein sichtbarer Anstieg der Umfragewerte für die AfD zu verzeichnen. Bereits bei der Landtagswahl 2019 konnte die Kandidatin der AfD das Direktmandat erringen. Nach aktuellen Umfragen hat die Partei die Chance, bei der Landtagswahl 2024 stärkste Kraft zu werden.



© Landkreis Oberhavel

Oberstudiendirektor a. D. und Co-Sprecher der Regionalen Arbeitsgruppe Brandenburg Dieter Starke

Herr Starke, wer sind die Träger des demokratischen Engagements im Landkreis Oberhavel?

Im südlichen Teil engagieren sich viele junge Menschen in Sportvereinen oder bei der Jugendfeuerwehr, die regelmäßig Projekte in Zusammenarbeit mit der Gedenkstätte Sachsenhausen durchführen. Aber auch in den Jugendorganisationen der demokratischen Parteien, in den Gemeinde- und Stadtverordnetenversammlungen, im Kreisjugendring und in Initiativen für Geflüchtete sind junge Menschen präsent. Viele bleiben während ihrer Ausbildungs- und Studienzeit den Projekten treu, weil sie dank der sehr guten Anbindung ans öffentliche Verkehrsnetz in ihren Heimatorten wohnen bleiben können. Zudem engagieren sich Jugendliche in Vereinen wie *Nordbahngemeinden mit Courage e.V.*, im Arbeitskreis *Oranienburger Israelfreunde*, im *Demokratieforum Oranienburg* und in den Stolperstein-Arbeitsgemeinschaften. Eine besondere Unterstützung erfolgt durch die *Bürgerstiftung Oranienburg*, den *Rotary Club Oranienburg* und den *Lions Club* in Oranienburg sowie die *Partnerschaft für Demokratie Oberhavel*, die viele Veranstaltungen fördern. Auch Angebote der Regionalen Arbeitsgruppe Brandenburg von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., des Instituts *Neue Impulse e.V.* und der *Friedrich-Wolf-Gesellschaft* werden effektiv genutzt.

Und wie sieht es im Norden aus?

Die jungen Erwachsenen aus dem Norden des Landkreises ziehen meist von zu Hause weg, wenn sie eine Berufsausbildung oder ein Studium aufnehmen. Nur in Einzelfällen kehren sie anschließend in den Norden Oberhavels zurück, weil es nur sehr eingeschränkte berufliche Entwicklungsmöglichkeiten gibt. Daher sind es überwiegend ältere Menschen, von denen hier gesellschaftliches Engagement ausgeht. Jedoch erreichen sie mit ihren Initiativen wie dem *VERSTEHBAHNHOF in Fürstenberg* und *Willkommen in Gransee* auch junge Menschen. Zudem gibt es hier ebenfalls jugendliche Mitglieder aus Sportvereinen, der Jugendfeuerwehr, der Jungen Gemeinde, der Jugendclubs und Schüler:innen der weiterführenden Schulen, die sich für die Zivilgesellschaft engagieren und von den Schulsozialarbeiter:innen tatkräftig unterstützt werden. Die finanzielle Unterstützung durch die *Partnerschaft für Demokratie Oberhavel* wird mittlerweile von den Akteur:innen vermehrt genutzt, weil der Begleitausschuss besonders Projekte im Norden fördern kann. Die zuständige Koordinatorin des Kreisjugendrings ist zudem gerne bei der Antragsstellung und bei der Erstellung des Verwendungsnachweises behilflich. Auch die Angebote der Regiona-

Foto: Dieter Starke

Der israelische Schriftsteller Ron Segel war im Rahmen der Israelwoche im Oktober in Zehdenick zu Gast.

len Arbeitsgruppe Brandenburg von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. zur Demokratieförderung werden von den Schulen im Norden zunehmend in Anspruch genommen.

Dass Engagement auch im berlinfernen Norden besonders wirksam sein kann, verdeutlichen zum Beispiel die Projekte „überLAGERT“ des Landesjugendrings Brandenburg e.V. in Grüneberg und für Schüler:innen des Georg-Mendheim-Oberstufenzentrums in Zehdenick für das Begleitprogramm zur Yad-Vashem-Ausstellung „Deutsche Gerechte unter den Völkern“. Sie wurden beide mit dem Waltraud-Netzer-Jugendpreis ausgezeichnet.

Wie findet die Kontaktaufnahme zu potenziellen Engagierten statt?
Dies funktioniert nur, wenn Menschen beteiligt sind, die in den strukturschwachen Regionen wohnen oder arbeiten. Unterstützung von Institutionen aus Berlin oder Potsdam sind nur hilfreich, wenn diese von Akteur:innen vor Ort gewollt sind und auf „Augenhöhe“ durchgeführt werden.

Welche Anliegen haben die Menschen im Norden?
Die Themen der Menschen im Norden des Landkreises Oberhavel sind vor allem die relativ hohe Arbeitslosigkeit, die schlechte Anbindung ans öffentliche Verkehrsnetz, der Wegzug der Jungen, die schlechte Infrastruktur und die steigende Anzahl von Asylbewerber:innen. Aufgrund des höheren Wohnungsleerstandes werden diese verstärkt im Nordkreis untergebracht. Zurzeit ist die Nutzung der Sporthalle des Zehdenicker Oberstufenzentrums (OSZ) als Notaufnahmelager für Geflüchtete ein großes Thema, das natürlich von Vertreter:innen der AfD gern aufgegriffen wird.

Wie läuft die Debatte darüber?
Auf Initiative der AfD und mit Unterstützung der anderen Fraktionen in der Stadtverordnetenversammlung sollte in Zehdenick eine Traglufthalle als Unterkunft für Geflüchtete gebaut werden, damit die Sporthalle des OSZ für den Schul- und Vereinssport weiter genutzt werden kann. Da der zuständige Kreistag diesen Vorschlag im September mehrheitlich abgelehnt hat, wird die Sporthalle in Zehdenick nun gegen den Willen der Bevölkerung für die Unterbringung von Geflüchteten hergerichtet.

Welche Themen dominieren bezüglich der Infrastruktur?
Die Anbindung an den ÖPNV ist dringend verbesserungswürdig, damit die Bevölkerung kulturelle Angebote in Oranienburg und Berlin nutzen kann. Das nächste Kino befindet sich in Oranienburg und ist mit öffentlichen Verkehrsmitteln abends oder am Wochenende nur eingeschränkt erreichbar. Durch den Rückgang der Geburtenrate gibt es im Norden des Landkreises zwar genügend Plätze in den Kindergärten und Schulen, doch der Fachkräftemangel ist dort besonders gravierend. Ausgebildete Erzieher:innen und Lehrer:innen sehen ihren Lebensmittelpunkt meist nicht in den berlinfernen Regionen, sondern in Berlin oder im Speckgürtel. Sie sind nicht bereit, auf Dauer längere Fahrtwege in Kauf zu nehmen. Somit können im Norden meist nur Seiteneinsteiger:innen ohne pädagogische Ausbildung in Schulen und Kindergärten eingestellt werden.

Da die öffentlichen Haushalte in den berlinfernen Regionen überwiegend unter „Zwangsverwaltung“ stehen, dürfen finanzielle Mittel nur für Pflichtaufgaben ausgegeben werden. Somit sind keine Zuschüsse für Kindertagesstätten möglich und die Kitagebühren für Eltern sind deutlich höher als die in den berlinnahen Kommunen im Süden, wo die Plätze breit subventioniert werden können. Auch fördern die Städte und Gemeinden im Berliner Speckgürtel die Ansiedlung von privaten Kindertagesstätten, Schulen und Musikschulen finanziell. Somit ist ein attraktives Angebot von privaten Kindertagesstätten, Musikschulen, Grund-, Ober-, Fachschulen und Gymnasien entstanden, das die Region für Familien besonders attraktiv macht.

Dieses Ungleichgewicht ist schmerzlich für die Menschen, die im Norden des Landkreises ihre Heimat haben.

Welche Unterstützung brauchen die engagierten Menschen im Norden und vor allem – durch wen?
Vor allem benötigen die Engagierten KEINE Ratschläge von außen. Die genannten Unterstützungen durch die Regionale Arbeitsgruppe Brandenburg von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. sowie durch die *Partnerschaft für Demokratie im Landkreis Oberhavel* waren bisher aber sehr willkommen.

Was braucht es, um Menschen in der Region für Engagement zu gewinnen und sie langfristig dafür zu motivieren?
Initiativen und Vereine vor Ort können Menschen in der Region immer dann für ein Engagement gewinnen, wenn diese konkret merken, dass sich der Einsatz lohnt. Dies gilt besonders für diejenigen, die sich bereits enttäuscht von der Demokratie abzuwenden drohen. Langfristig gefestigtes Engagement kann nur durch eine Verbesserung der Infrastruktur und Wohnqualität entstehen. Sonst gehen die Menschen spätestens, wenn sie eine Ausbildung oder eine Arbeitsstelle in Berlin bekommen. ■

Die Fragen stellte Ruth Wunnicke.

Andreas Dickerboom und Stefan Querl

Die Regionalen Arbeitsgruppen sind das Rückgrat unserer Vereinigung

Kurze Zeit nach der Gründung von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. bildeten sich die ersten Regionalen Arbeitsgruppen (RAG) für München, Würzburg-Unterfranken, Berlin-Brandenburg, Rhein-Ruhr-West, Hamburg/Schleswig-Holstein, Hannover und Baden-Württemberg. Zur Jahrtausendwende waren es bereits über 20, heute weist Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. 40 RAG auf, in denen sich Menschen ehrenamtlich engagieren. Die Sprecher der RAG Andreas Dickerboom und Stefan Querl berichten von der Entwicklung der RAG, ihrer ganz persönlichen Motivation und dem Engagement auf überregionaler sowie lokaler Ebene.

Bundessprecher der Regionalen Arbeitsgruppen war bis 2013 Alfred Geisel. Böse Zungen könnten den Beginn unserer Vereinigung als „Bonner Kopfgeburt" bezeichnen, doch, dass das Herz des Vereins in den Regionen schlägt – niemand konnte das bei den Mitgliederversammlungen vehementer zum Ausdruck bringen als der ehemalige Landtagsvizepräsident von Baden-Württemberg. Von 2013 bis 2018 übernahm Ernst Klein die Rolle des Gesamtsprechers der RAG. Ihm war es ein besonderes Anliegen, dass Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. nicht als reiner Akademiker- und (Ex-)Politikerverein wahrgenommen wird. Ich erinnere mich gut an eine Mitgliederversammlung, bei der er die Berufe der Regionalsprecher*innen aufzählte, um dies deutlich zu machen.

Alfred Geisel und Ernst Klein vertreten mit ihrer langjährigen Arbeit die Regionalgruppen in Baden-Württemberg und Nordhessen, die als „Hotspots" unserer Vereinigung zu bezeichnen sind. Unter entscheidender Mitarbeit der dort ansässigen RAG sind bedeutende Erinnerungsorte wie die KZ-Gedenkstätte Hailfingen/Tailfingen, das DDR-Museum Pforzheim oder das Gustav-Hüneberg-Haus in Volkmarsen entstanden. Unbedingt zu erwähnen ist auch der Geschichtsort Villa ten Hompel in Münster, ganz maßgeblich vorangetrieben durch den langjährigen Sprecher der RAG Münsterland Horst Wiechers.

Mir ist es wichtig, all diesen Sprecher*innen, Vertreter*innen und Mitstreiter*innen an dieser Stelle zu danken, egal ob sie eine oder 20 Veranstaltungen im Jahr durchführen. Sie alle verbringen einen nicht unerheblichen Teil ihrer Freizeit damit, sich gegen das Vergessen und für unsere Demokratie einzusetzen. Man kann angesichts mehrerer Hundert Veranstaltungen, die pro Jahr unter Beteiligung der Regionalgruppen stattfinden, durchaus von einer kleinen bundesweiten Volkshochschule sprechen. Das Spektrum der Veranstaltungs- und Projektformate wie auch der Themen ist breit. Die Aufarbeitung der Diktaturen des 20. Jahrhunderts wurde in den vergangenen Jahren auch in der regionalen Arbeit zunehmend um aktuelle Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, Alltagsrassismus, (Post-)Kolonialismus, Demokratiegeschichte oder gegenwärtige Formen von Rechtsradikalismus und -populismus erweitert.

Es freut mich besonders, dass es den meisten Sprecher*innen gelungen ist, rechtzeitig einen Generationenwechsel in den Regionalgruppen zu erreichen. Wenn man eine RAG selbst aufgebaut und viel Herzblut investiert hat, ist es nicht selbstverständlich, das Zepter in jüngere Hände zu legen. Was mich ebenfalls freut: die zunehmende Bereitschaft der Regionalgruppen, überregional und bundesweit auf Vereinsebene zu kooperieren. Dies zeigte sich bei der gemeinsamen Aktion zur Bundestagswahl 2017 oder ganz aktuell bei der Arbeit der „AG Ost". Der spätestens seit der Coronapandemie etablierte Einsatz von Videokonferenzen erleichtert dabei überregionale Kooperationen erheblich.

Seit 2018 vertrete ich zusammen mit Stefan Querl als Sprecher die Belange der Regionalen Arbeitsgruppen auf Bundesebene. Die Zusammenarbeit mit so vielen wunderbaren und engagierten Menschen empfinde ich als äußerst bereichernd. Bei diesem Rückblick darf die dankbare Erinnerung an die in den vergangenen Jahren verstorbenen ehemaligen RAG-Sprecher Reinhard Egge, Hans Glasner, Rolf Fliegner, Joachim Perels und Werner Vahlenkamp nicht fehlen.

Die Arbeit der Regionalen Arbeitsgruppen bildet das Rückgrat unserer Vereinigung. Angesichts fortschreitender Politik- und Demokratieverdrossenheit und wachsenden Wahlerfolgen der AfD gerade auf kommunaler Ebene kommt es auf die aktiven Vereinsmitglieder vor Ort ganz besonders an. ■

Andreas Dickerboom

Einweihung der KZ-Gedenkstätte Hailfingen/Tailfingen, die von der RAG Baden-Württemberg initiiert wurde

Foto: GVFD-Archiv

Engagement „auf der Tenne“ in historisch heiklen Themenfeldern

Die Spreu vom Weizen trennten Familien früher im bäuerlichen Haus und Hof auf der Tenne – mit festem Boden unter den Füßen und meist mit Dreschflegeln, wenn Landwirte solches Gerät schon zur Verfügung hatten. „Das Tenn“, sagen Schweizer, „Lohdiele“ einige deutsche Nordlichter. Es ist vielleicht kein Zufall, sondern aus meiner heutigen Sicht eine wertvolle Fügung, dass eine meiner ersten und wichtigsten Begegnungen mit Menschen aus dem Münsterland, die sich bei Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. engagierten, vor über 20 Jahren auf so einer Tenne stattfand.

Das Haus Siekmann im Ort Sendenhorst hat so eine alte Tenne. Sie ist heute ein Tanzboden und sozio-kulturelles Zentrum, das sich auch offensiv der Zeitgeschichte und dem Zusammenwirken verschiedener Religionen und Weltanschauungen widmet. Dr. Gisela Schwarze, die damalige Sprecherin der Regionalen Arbeitsgruppe Münsterland, hielt dort anlässlich einer Ausstellung einen Vortrag über Biografien und Leidenswege verschleppter Zwangsarbeiterinnen aus Mittel- und Osteuropa. Was den Frauen in Westfalen während des Zweiten Weltkriegs angetan wurde, wie sie schuften, Hunger leiden, sich materiell oder sexuell ausbeuten lassen mussten und wie sie Kinder bei Zwangsabtreibungen verloren, hatte ich so nicht gewusst. Wirklich nicht.

„Wer wissen wollte, konnte wissen.“ Das belegt inzwischen ein Zweig der heutigen NS- und der Holocaust-Forschung, der sich nicht mit der Behauptung zufriedengab, die deutsche zeitgenössische Mehrheitsgesellschaft habe von nichts gewusst. Ob Schweigen zu Aspekten des NS-Unrechts oder zu Massenverbrechen Zustimmung bedeutet hat, darüber lässt sich trefflich streiten. Zornmütige Leserbriefe konnte Gisela Schwarze in solchen Fragen an die Lokalpresse in Münster schreiben, sich aufregen über das Negieren von Schuld und Verantwortung in der Nachkriegszeit. Aber sie konnte auch gut zuhören. Eben den ehemaligen Zwangsarbeiterinnen zum Beispiel, wenn diese gegen Ende der 1990er und in den Nuller Jahren Bauernhöfe oder mittelständische Betriebe besuchten, die früher von Zwangsarbeit profitiert hatten und die bereit waren zu helfen sowie über Entschädigung nachzudenken. Im Münsterland trennte sich seinerzeit an dieser historisch heiklen Frage die Spreu vom Weizen, und es ist wohl wiederum kein Zufall, dass mit dem Studiendirektor Horst Wiechers aus Münster ein Meister des Zuhörens und der Diplomatie Nachfolger von Gisela Schwarze im Regionalsprecheramt wurde.

Foto: Stefan Querl

Am 30. November 2007 übergab Dr. Gisela Schwarze ihr Sprecheramt an Horst Wiechers im Beisein von Prof. Dr. Alfons Kenkmann (l.) aus dem erweiterten Bundesvorstand von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., der in Münster den Geschichtsort Villa ten Hompel gegründet hat.

Die Verleihung des Bundesverdienstkreuzes an Horst Wiechers hat Gisela Schwarze bedauerlicherweise nicht mehr erlebt. Sie verstarb in Münster im Jahre 2015 vor Vollendung eines Buches über die Rolle ihres Vaters während der Gewaltherrschaft. Als Architektin der westfälischen Gliederung bei Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. hat sie Maßstäbe gesetzt. Sie hat mir mit Horst Wiechers zusammen viel gezeigt und jede Menge Hintergründe erklärt, sodass ich als Regionalsprecher mit Co-Sprecherin Ursula Brenken, die als Studienrätin am Hiltruper Immanuel-Kant-Gymnasium unterrichtet, im Jubiläumsjahr auf Strukturen bauen darf, die auch in turbulenter Zeit tragfähig sind. Schülerinnen, Schüler und Studierende, die unserer Regionalen Arbeitsgruppe neu beitreten möchten, bekommen beispielsweise Beitragspatenschaften angeboten. Denn das, was wir Vielstimmigkeit, Binnenpluralität und Mut zu Generationswechseln nennen, soll auch in der Zukunft funktionieren. Die Villa ten Hompel als fester Anlaufpunkt hilft uns.

In dem Jahr, in dem ich abends zum Zuhören nach Sendenhorst gefahren war, hing in meiner Studentenbude in Münster ein Poster mit der Aufschrift: „Wenn viele kleine Leute an vielen kleinen Orten viele kleine Schritte tun, können sie das Gesicht der Welt verändern.“ Das mit der Weltverbesserung scheint Ursula Brenken und mir heute fast ein wenig (zu) hoch gegriffen. Doch wir können im regionalen Rahmen versuchen, selbst ein Stück der Veränderungen zu sein, die wir uns für unser Umfeld, für das ganze Land wünschen. „Das Tenn“ braucht schließlich eine Basis: einen festen Boden unter unseren Füßen. ■

Stefan Querl

Andreas Dickerboom ist Co-Sprecher der Regionalen Arbeitsgruppe Brandenburg, **Stefan Querl** ist der Sprecher der Regionalen Arbeitsgruppe Münsterland. Beide sind Sprecher der Regionalen Arbeitsgruppen von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

Interview

„Die Perspektive von Betroffenen muss fester Bestandteil politischer Bildung werden“

Anlässlich seines 30-jährigen Bestehens vergibt Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. in diesem Jahr einen mit 3.000 Euro dotierten Sonderpreis an Ibrahim Arslan. Als Siebenjähriger überlebte er am 23. November 1992 einen der beiden rassistisch motivierten Brandanschläge in Mölln, bei dem seine Schwester Yeliz, seine Cousine Ayşe Yılmaz und seine Großmutter Bahide Arslan starben. Diese von Rechtsextremisten verübten Anschläge waren ein Grund dafür, dass ein knappes halbes Jahr später Politiker*innen verschiedener Parteien um den ehemaligen SPD-Chef Hans-Jochen Vogel den Verein Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. ins Leben riefen.

Vor knapp zehn Jahren besuchte Ibrahim Arslan die Geschäftsstelle in Berlin. Seitdem arbeitet er mit dem Verein zusammen, geht in Schulen und andere Einrichtungen, erzählt seine Geschichte und diskutiert über den Umgang der Gesellschaft mit rechtsextremer Gewalt. Darüber hinaus hält er Kontakt zu vielen anderen Betroffenen. Im Interview berichtet er von seiner Bildungsarbeit und erklärt, warum sich aus seiner Sicht die Gedenkkultur in Deutschland verändern muss.

Ibrahim, kannst du deine Bildungsarbeit kurz beschreiben?
Ibrahim Arslan: Ich mache bundesweit Bildungsarbeit – allerdings nur an sechs Tagen im Jahr. Dafür werde ich offiziell von meinem Arbeitgeber, der Stadt Hamburg, vom Dienst freigestellt. Darüber hinaus versuche ich, in meiner Freizeit weitere Anfragen anzunehmen – dies funktioniert aus Zeitgründen aber nur begrenzt. Ich würde mir wünschen, dass die Bildungsarbeit mein Hauptjob wäre, und setze mich auch für die Forderung ein, dass Betroffene und Angehörige die Möglichkeit bekommen, auf professioneller Ebene ihre Erfahrungen und ihre Expertise an Schulen zu vermitteln.

Wie läuft für dich ein Tag an einer Schule ab?
Zuerst zeige ich meistens den Film „Der zweite Anschlag“, im Anschluss gibt es dann einen Workshop aus der Perspektive von Betroffenen. Ich möchte damit junge Generationen für die Geschichten und Geschehnisse der 1980/90er Jahre bis heute sensibilisieren – und ihnen zeigen, warum es wichtig ist, sich die Perspektive der Betroffenen anzuschauen. Dieser Aspekt muss als integraler Bestandteil im

Foto: Adela Dulovic

Der Zeitzeuge und Bildungsaktivist Ibrahim Arslan

Bildungssystem verankert werden, weil dadurch ein Empowerment-Prozess ausgelöst wird, in dem Schüler*innen die Möglichkeit bekommen, ihre eigene Geschichte, eigene Gewalterfahrungen zu teilen. Damit ist nicht nur rassistische Gewalt gemeint, sondern wir sprechen hier auch von Sexismus, von Mobbing, von Ableismus und Homophobie. Mir wird immer wieder berichtet, dass die Schüler*innen vorher noch nie die Möglichkeit hatten, ihre Geschichten zu teilen – und gleichzeitig haben sie sich noch nie mit den Perspektiven der Opfer auseinandergesetzt, weil es immer um die Täter*innen geht. Die Schüler*innen geben bis jetzt nur positive Rückmeldungen. Ich habe noch nie einen Schüler gehabt, der während des Workshops den Raum verlassen hätte; drei Stunden, immer durchgezogen, das ist schon krass gut!

Aber doch auch krass anstrengend für dich, weil es auf deinen persönlichen Erlebnissen basiert. Kommst du manchmal an deine Grenzen?
Dass Betroffene immer wieder retraumatisiert werden, wenn sie über die Geschehnisse sprechen, ist ein gesellschaftlich verankertes Narrativ. Deswegen trauen wir uns auch nicht, Betroffene zu fragen. Ich würde das anhand meiner persönlichen Erfahrung widerlegen wollen. Ich habe in meinen Veranstaltungen festgestellt, dass ich durch die Wiedererzählung meiner Geschichte und die Bestätigung der gesellschaftlichen Solidarität die von meinem Trauma ausgelösten körperlichen und psychischen Symptome verliere. Das zeigt auch, dass es diese Möglichkeit für Betroffene gibt: ihre Symptome abzugeben, wenn sie ihre Geschichten erzählen. Aus Büchern von Shoa-Überlebenden weiß ich: Sie hatten die gleiche Erkenntnis, auch sie verlieren ihre Symptome, wenn sie über die Geschehnisse sprechen. Und sowohl die Betroffenen, mit denen ich diese Erkenntnis geteilt habe, als auch die Schüler*innen nach der Veranstaltung sagen mir: Es habe ihnen gutgetan, über das Erlebte zu sprechen. Wir belasten sie hingegen extrem, wenn sie mit ihrer Geschichte allein leben müssen. Diese Menschen möchten ihre Geschichte teilen.

Wie entstand eigentlich deine Zusammenarbeit mit dem Verein und wieso führst du diese Kooperation seit so langer Zeit weiter?
Nachdem ein erster Film über meine Familie nach dem Brandanschlag entstanden war, habe ich mich damit für ein Schulprojekt beworben – und bin abgewiesen worden. Ich war zu dem Zeitpunkt ein „Niemand“. Keiner kannte mich oder meine

Geschichte. Ich brauchte eine Institution, die mich unterstützt und die Schulen von dem Projekt überzeugt. Und ich habe mich – in einem Smoking (!) – bei Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. vorgestellt. Mein Cousin, der den Anschlag ebenfalls überlebt hat, war auch dabei. Wir sind zum Verein gegangen und haben mit zwei Mitarbeiterinnen gesprochen, Liane Czeremin und Julia Wolrab. Für mich war das wie ein Bewerbungsgespräch. Dann saß Liane mir gegenüber und hat geweint, als ich meine Geschichte mit ihr geteilt habe. Ein Satz, den sie sagte, prägt mich bis heute: „Wenn wir nicht dich unterstützen, wen dann?"

Das zeigt auch, dass der Verein eine extrem solidarische Haltung gegenüber Betroffenen vertritt. Grundsätzlich arbeitet der Verein ja eher mit Shoa-Überlebenden zusammen, und ich glaube, ich bin noch immer der einzige Kooperationspartner, der rassistische Gewalterfahrungen aus den 1990ern mitbringt. Unsere Kooperation eröffnet neue Perspektiven für den Verein und ermöglicht mir gleichzeitig den Kontakt zu Schulen. Eigentlich ist es ein dauerhaftes Geben und Nehmen, welches auf großer Solidarität aufbaut. Mittlerweile bin ich auch mit dem Geschäftsführer Michael Parak im Austausch, mit Stella Krekeler, die den Arbeitsprozess begleitet, und Ruth Wunnicke, die mir über Jahre einen ganz großen Vertrauensvorschuss gegeben hat. Eigentlich ist das eine ganz große Familie geworden. Es ist eine Vertrauensbasis entstanden.

Aber die Wahrheit ist auch, dass der Verein mir erlaubt, mein Projekt durchzuziehen – selbst ohne namentliche Erwähnung und ohne Erwähnung der Kooperation. Ich habe als Ibrahim Arslan, als Betroffener, die Möglichkeit, meine Geschichte zu teilen, politische Arbeit an Schulen zu betreiben, aktivistisch zu sein. Außerdem kann ich Missstände kritisieren: im Hinblick auf den Staatsapparat, aber auch auf zivilgesellschaftliche Strukturen, zu denen Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. ja ebenfalls zählt. Ich finde die Zusammenarbeit toll und bin von dem Vertrauen in meine Arbeit und mich begeistert. Danke dafür!

Der Verein sieht dich ja eher als Zeitzeuge, du begreifst dich hingegen als politischen Bildner. Was steckt dahinter?

Ich bin kein „Standard-Zeitzeuge", den man aus klassischen Narrativen kennt. Ich erzähle nicht nur über die Geschehnisse von Mölln 1992 und davon, was ich erlebt habe, sondern versuche, die Gesellschaft dafür zu sensibilisieren, dass die Gedenkkultur in Deutschland falsch läuft, dass ein Perspektivwechsel nötig ist. Bisher konzentrieren wir uns nach einem Anschlag permanent auf die Perspektive der Täter*innen. Dadurch reproduzieren wir diese am Ende. Ich verfüge über fachliche Expertise und habe eigene Bildungsbausteine entwickelt, um Inhalte zielgruppengerecht an Schüler*innen zu vermitteln. Deswegen verstehe ich mich als Bildungsaktivist, nicht als Zeitzeuge.

Hast du den Eindruck, dass sich seit den 1990er Jahren etwas verändert hat?

Es ändert sich wenig, ich habe den Eindruck, die Geschichte wiederholt sich immer nur. Was sich positiv entwickelt, ist die Perspektive der Betroffenen. Sie ist gewagter, sie traut sich mehr, sie ist im Vordergrund, nimmt sich die Räume, besetzt Plattformen und diskutiert über die Gedenkkultur in Deutschland. Und sie hinterfragt die Gedenkkultur in Deutschland. Das ist superwichtig.

Seit langer Zeit kritisierst du auch den Umgang in der Stadt Mölln mit den Anschlägen von damals. Da deine Familie bei der Organisation der offiziellen Gedenkveranstaltungen nicht beteiligt wurde, initiierst du jedes Jahr eine zweite, eigene Gedenkveranstaltung, unabhängig von der Stadt. Jetzt hast du alte Briefe gefunden. Kannst du kurz erläutern, wie das kam?

2019 habe ich durch einen Zufall von einer Studentin erfahren, dass im Möllner Stadtarchiv Briefe gelagert werden, die nach den Anschlägen in solidarischer Absicht vonseiten der deutschen Mehrheitsgesellschaft und darüber hinaus von Menschen aus der ganzen Welt an meine Familie versendet wurden – mehrere 100.000 Briefe, von denen wir 27 Jahre lang nichts wussten. Anschließend habe ich die Briefe abgeholt und feststellen müssen, dass alle Briefe geöffnet – und zum Teil sogar beantwortet worden waren! Das hat mich total empört. Die Stadt hat die Solidarität der Gesellschaft, die eigentlich uns erreichen sollte, einfach versteckt gehalten. Somit wurde meine Familie noch einmal zu Opfern gemacht, indem ihr die Solidarität der Mehrheitsgesellschaft vorenthalten wurde.

Wie hatten die Nachbarschaft und die Stadtgesellschaft denn direkt nach den Anschlägen reagiert?

Nach den Anschlägen auf meine Familie und auch auf die Familie in der Ratzeburger Straße haben Einzelpersonen aus der Möllner Stadtgesellschaft die Behauptung aufgestellt, es könnten eventuell die Familien selber gewesen sein. Sie haben meinem Vater Zuhälterei vorgeworfen. Zudem haben sie den Anschlag nicht in Verbindung mit Neonazis gebracht: Sie haben rassistische Motive komplett ausgeschlossen und die Anschläge stattdessen als Ausdruck von Kriminalität in der Migrationsgesellschaft dargestellt. Es wurde keine Solidarität mit uns entwickelt – und bis heute denken ganz viele aus Mölln, dass wir den Ort „in den Dreck ziehen", wenn wir dort eine Gedenkveranstaltung organisieren. Was ich sehr, sehr schade finde.

Ähnliches ist den Angehörigen der NSU-Opfer auch passiert, was das Vertrauen in den Staat und die Sicherheitsbehörden stark erschüttert hat. Wie geht es dir damit?

Der Staat ist verpflichtet, Betroffene und Angehörige zu schützen, und das hat er nicht getan, im Gegenteil. Auch wenn es knallhart klingt: Der NSU hat uns beigebracht, dass es möglich ist, jahrelang Betroffene zu beschuldigen; dass es möglich ist, Nazis zu verstecken; dass es möglich ist, sie zu schützen. Und bis heute gibt es keine umfassende Aufklärung, keine vernünftige Aufarbeitung. Solange dies nicht geschehen ist, kann es aus meiner Sicht kein Vertrauen in diesen Staat geben.

Hast du denn Hoffnung, dass sich noch etwas daran ändern wird?

Wenn ich keine Hoffnung für die Zukunft hätte, dann würde ich diese Arbeit nicht machen. Bedingung ist, dass sich dieser Perspektivwechsel durchsetzt, von dem ich gesprochen habe. Ich setze hier auf die neue Generation. ■

Die Fragen stellte Adela Dulovic.

Wenn aus vielem Kleinen etwas Großes wird

Quer durch ganz Deutschland unterstützen verschiedene Menschen Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., oft auf ganz unterschiedliche Art und Weise und zumeist ehrenamtlich. Die Jugendbotschafterinnen und Jugendbotschafter führen ebenso wie die Coaches im Auftrag des Vereins unterschiedliche Workshops zur Förderung einer demokratischen Haltung durch. Die Regionalen Arbeitsgruppen gestalten die Erinnerungskultur in ihrer Region und die Mitglieder fördern die Ziele des Vereins durch finanzielle oder auch aktive Unterstützung. Warum tun sie dies und was verstehen diese Menschen unter Wirksamkeit?

Foto: Nicole Rademacher

Stefan Querl,
RAG-Sprecher Münsterland

Als wir bei der Mitgliederversammlung 2018 in Kiel an der Förde zu Gast waren, merkte ich, dass es in Schleswig-Holstein eine ganze Reihe Leute gibt, die in eine ähnliche Richtung Segel setzen wollen wie wir. Das fand ich eindrucksvoll und bei der aktuellen Erosion der Demokratie eine Art Selbstvergewisserung im Zweifel. Dass viele Leute an vielen Orten viele kleine Dinge tun und daraus dann etwas Großes wird – das ist für mich Selbstwirksamkeit.

Markus Huth, Jugendbotschafter

Ich habe regelmäßig ein Gefühl von Wirksamkeit bei den Workshops, die ich in Schulen und anderen Einrichtungen gebe. Ich sehe, dass die Menschen etwas daraus mitnehmen, mit einem Aha-Effekt aus dem Workshop rausgehen. Gerade bei denen, die bisher wenig Berührungspunkte mit den Themen hatten, sich bisher wenig reflektiert haben, kann so ein Workshop ganz große Wirkung erzielen. Deswegen mache ich das Ganze auch sehr gerne.

Svenja Heißner, Coach BeInterNett

Ich erfahre Selbstwirksamkeit, wenn ich in den BeInterNett-Trainings Solidarisierungsmomente für Menschen erzeugen kann, die online Hate Speech erfahren. Es bedeutet den Menschen viel, wenn solche Momente entstehen. Durch die Wissensvermittlung können wir sie stärken, ihnen Kraft und Sicherheit im Umgang damit geben. Auch wenn das Thema schwer ist, haben Coaches und Teilnehmende gemeinsam eine gute und verbindende Zeit.

Nelson Tang, Jugendbotschafter

Das Coole an Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. ist, dass ich durch meine Workshops einen Beitrag leisten und selbstwirksam sein kann. Wenn die Diskussion, die man gerade initiiert hat, dann richtig gut läuft und die Jugendlichen voll dabei sind, machen sie den größten Teil der demokratischen Arbeit selbst. Wenn sie Spaß daran haben und etwas mitnehmen können – das ist ein Moment von Selbstwirksamkeit.

Julia Frech, Mitglied

Selbstwirksamkeit ist für mich der Punkt, an dem das, was ich mache, konkret wird. Ich habe für diese Ausgabe ein Interview mit Manfred Kehr zum Thema Stolpersteine in Ahlen geführt und mich danach mit Freunden darüber ausgetauscht. Es gab dabei ganz oft einen Aha-Effekt und wir haben im Gespräch Neues dazugelernt. Man wird dadurch in seinem direkten Umfeld wirksam.

Foto: Lydia Illmann

Merlin Mölders, Coach

Ich glaube, in einem demokratischen System, in dem wir zum Glück leben, kann nicht jede Person an jeder Baustelle tätig sein. Meine Aufgabe liegt vor allem in der Jugendbildung, in der Prävention. Der Austausch mit den Teilnehmenden ist bereits demokratiefördernd, weil er Begegnungen ermöglicht. Das ist eine Motivation für mich, bei dem Verein aktiv zu sein und Trainings zu geben, den jungen Menschen Perspektiven aufzuzeigen und ihre Geschichten anzuhören.

Foto: Adela Dulovic

Andreas Dickerboom, Sprecher der Regionalen Arbeitsgruppen

Wenn ich überlege, wie der Verein sich vor 30 Jahren gegründet hat und wo wir heute stehen, bei großem Demokratieverdruss und starken Umfragewerten der AfD – da kann man sich als Ehrenamtler schon fragen: Wie wirksam war ich eigentlich? Besonders in Erinnerung geblieben sind mir zwei Projekte aus meiner Tätigkeit in Frankfurt. Wir haben auf dem Hauptfriedhof die erste Informationstafel für die Erinnerung an die Opfer der NS-„Euthanasie" angebracht. Und 2022 wurde der Geschichtsort Adlerwerke gegründet, eine Gedenkstätte für Zwangsarbeiter. Solche Momente zeigen mir, dass meine Arbeit doch wirksam ist. Sonst würde ich das nicht seit über 20 Jahren machen.

Berit Schröder, Jugendbotschafterin

Wirksamkeit – das sind manchmal recht kleine Momente in unseren Trainings, wenn die Teilnehmenden uns zum Beispiel zurückmelden: „Ach so, das kann so einfach sein!" Oder: „Ach so, das kann ich machen und das reicht schon?" Dann bekommen wir in den Feedbackrunden unmittelbar gespiegelt, wo wir wirksam waren. Ich denke, dass unsere Trainings nachhaltig wirken, auch wenn wir nur selten mitbekommen, welche Spur wir bei den Jugendlichen hinterlassen haben.

Ernst Klein, Vorstandsmitglied

Wir Regionalen Arbeitsgruppen haben einiges erreicht. Besonders bedeutsam finde ich, wie es nach und nach aus kleinsten Anfängen heraus gelungen ist, überall im Land Arbeitsgruppen einzurichten. Das ist ein Teil von Wirksamkeit für mich – wie ich dazu beitragen konnte, dass immer neue Mitglieder zum Verein kamen. Wir sagten immer, dass wir über den NS-Terror reden müssen, nicht nur in Frankfurt, Berlin und anderen Großstädten, sondern auch im letzten Dorf. Ich denke, unsere Arbeit zeigt vielen Menschen, dass auch bei ihnen, vor aller Augen, schlimme Dinge passiert sind.

alle anderen Fotos: privat

Christopher Kirchberg, RAG-Sprecher Mittleres Ruhrgebiet

Selbstwirksamkeit bedeutet für mich, für die eigenen Werte und Überzeugungen einzustehen, diese zu leben und im besten Falle damit auf seine Mitmenschen zuzugehen, auch wenn man über den eigenen Schatten springen muss: gerade auch mit Menschen zu sprechen, die einem politisch nicht unbedingt als Gesprächspartner einfallen würden. Da ist mir vor allem die Postkartenaktion vor Corona in Erinnerung geblieben, bei der wir zu verschiedenen Themen in der Bochumer Innenstadt ins Gespräch mit Menschen kamen, die wir sonst in unseren universitären und akademischen Kreisen nie erreicht hätten. ■

Interview

„Ausgrenzung ist nicht immer eine sinnvolle Strategie“

Das Mobile Beratungsteam Neuruppin im Brandenburgischen Institut für Gemeinwesenberatung (MBT) bietet Hilfe zur Selbsthilfe für eine demokratische Kultur im Land Brandenburg. In drei Landkreisen unterstützt das MBT Neuruppin auf Anfrage lokale Vereine, ehrenamtliche Initiativen oder auch Einzelpersonen wie kommunalpolitische Akteur:innen, die in den Feldern Gewalt, Rechtsextremismus sowie Fremdenfeindlichkeit vor Herausforderungen stehen. Die Mitarbeiter Thomas Weidlich und John Roeder berichten im Interview über ihre Ansätze in der Beratungsarbeit.

Herr Weidlich und Herr Roeder, das MBT arbeitet in mehrfachem Sinne mobil: räumlich, zeitlich und inhaltlich. Außerdem bezieht sich Ihre Mobilität auf die kulturelle Dimension. Was genau verstehen Sie darunter?
Thomas Weidlich: Wir leben in einer pluralen Gesellschaft, die sich sehr stark fragmentiert und polarisiert. Wir wollen an dieser Tendenz nicht mitwirken – wir suchen stattdessen das Gemeinsame und das Verbindende in all den Unterschieden. Das bedeutet, dass man auch bereit dazu sein sollte, mit Menschen zu arbeiten, die anders sozialisiert sind, die andere weltanschauliche und politische Perspektiven haben als man selbst. Das ist leichter gesagt als getan, aber wir versuchen, diese Anforderungen bewusst zu reflektieren und ihnen gerecht zu werden. Wir wollen für die Initiativen ansprechbar sein, die sich kritisch mit Rechtsextremismus auseinandersetzen, aber auch für die neuralgischen Milieus interessant sein.

Können Sie uns ein konkretes Beispiel aus Ihrer Arbeit nennen?
Thomas Weidlich: Mitglieder einer Kirchengemeinde in Brandenburg sind tatsächlich – oder vermeintlich – in Reichsbürgerwelten unterwegs. Die Gemeinde muss nun einen Weg finden, sich mit diesem Verdacht auseinanderzusetzen, ohne die betreffenden Personen aus der Gemeinschaft auszuschließen. Die Kultur des „Nazi raus“ ist in diesem Falle möglicherweise nicht sinnvoll bzw. nicht möglich. Es geht darum, sich konstruktiv mit dem Verdacht auseinanderzusetzen, und gleichzeitig den Zusammenhalt als Gemeinde zu wahren. Das ist nicht leicht und gleichzeitig haben wir den Eindruck, dass solche Herausforderungen zunehmend anstehen. Wenn „Der III. Weg“

Thomas Weidlich

aufmarschiert oder brutale Straßengewalt ausgeübt wird, dann ist für viele Menschen sehr klar, was zu tun ist. Aber das skizzierte Beispiel erfordert ein anderes Herangehen. Da ist Lernen von uns als Beratungsteam, aber auch von der Gesellschaft gefordert.

Ein anderes Herangehen, weil Extremismus den Menschen hier innerhalb der eigenen Vereine oder Institutionen begegnet?
Thomas Weidlich: Extremismus nur im „Außen“ zu verorten, halten wir für problematisch. Wir müssen lernen zu sagen: „Wir haben ein Problem.“ Wir als Gesellschaft, aber auch wir als Unternehmen, Familie, Schule oder Sportverein. Dies anzuerkennen, ermöglicht uns die Auseinandersetzung. Ausgrenzung ist nicht immer eine sinnvolle Strategie der Problemlösung.

John Roeder: Ein weiteres Beispiel dafür sind dörfliche Strukturen, in denen man sich nicht gut aus dem Weg gehen kann. Wenn man im gleichen Verein ist oder die Kinder miteinander spielen, kann es sehr herausfordernd sein, auf extremistische Tendenzen zu reagieren. Wir erleben in solchen Fällen oft ein feindseliges Aufeinandertreffen in diesen polarisierten Schützengräben.

Wie gehen Sie vor, wenn Sie eine solche Situation feststellen?
John Roeder: Wir schlagen den Beratungssuchenden nicht das vor, was wir für richtig halten, sondern erörtern gemeinsam mit den Menschen die Situation und schauen nach verschiedenen Optionen. Wir äußern unsere Perspektive, sind mit Bewertungen aber erst einmal zurückhaltend. Es liegt dann in der Hand der Leute, wofür sie sich entscheiden. Das ist ein Grundsatz unserer Arbeitsweise: Wir haben keine Kataloglösungen, sondern arbeiten fallspezifisch.

Thomas Weidlich: Allgemein würde ich es vielleicht so beschreiben: Wir versuchen das Feld der Möglichkeiten zu vergrößern und arbeiten stark mit Differenzierungen, also zum Beispiel mit der Unterscheidung von Sach- und Beziehungsebene bei Diskussionen. Manche Menschen verstehen dann zum ersten Mal, dass sie sich in einer Sache hart streiten, aber auf der Beziehungsebene sensibel für die Botschaften der anderen bleiben können – das ermöglicht ganz neue Auseinandersetzungen.

John Roeder: Ein verbreitetes Bild ist, dass wir – unter anderem befeuert durch die sozialen Medien – in unterschiedlichen Blasen unterwegs sind. Wir umgeben uns vermehrt mit bestimmten Leuten, bei denen die Meinungen stark präsent sind, die wir auch selbst vertreten. In diesen Blasen meinen wir zu wissen, wie die jeweils andere Seite denkt und fühlt. Solche Zuschreibungen zu irritieren, ist die große Aufgabe. Wir regen dazu an, den Kontakt

Fotos: demos – Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung

John Roeder

zu anderen Blasen nicht aus den Augen zu verlieren und sich die Mühe zu machen, Missverständnisse auszuräumen und Unterschiede klarzumachen.

Thomas Weidlich: Schon allein das Bewusstsein, dass meine Überzeugungen Annahmen sind und ich mich vielleicht auch irre, verändert ganz viel. Nachfragen kann dabei eine wirkungsvolle Intervention sein. Wenn jemand eine Parole raushaut und ich nachfrage, ist oft zu beobachten, dass die Antwort wesentlich vielfältiger ist als diese Parole. Zuhören und Nachfragen provoziert eine Veränderung. Es kommt auch auf die Sacharbeit und Politik an, aber ich glaube, wir können über unsere Kommunikationswege bereits eine Menge möglich machen.

Das MBT arbeitet in einem der ostdeutschen Bundesländer. Hat zum Beispiel die DDR-Vergangenheit der Beratungssuchenden einen Einfluss auf Ihre Arbeit?

Thomas Weidlich: Die Vergangenheit von uns allen spielt eine große Rolle. Wir wollen die Menschen auf ihre jeweiligen Prägungen durch ihre Herkunft, Erfahrungen und Narrative aufmerksam machen. Die Gesellschaften in Ostdeutschland waren und sind sehr unterschiedlich. Der Unterschied zwischen offiziellen Geschichtsbildern und den familientradierten Narrativen ist dabei manchmal sehr groß. Für diese unterschiedlichen Perspektiven wollen wir Räume schaffen, in denen wir zuhören und nicht sofort zensieren oder es besser wissen.

Welche Rolle spielt dabei die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus?

Thomas Weidlich: Damit haben wir es als Beratungsteam seltener zu tun, aber die Akteur:innen vor Ort durchaus. Wenn Leute den Nationalsozialismus ernsthaft als historisch positiv bewerten, dann würden wir nicht zur Diskursbereitschaft raten – dann ist „klare Kante zeigen" durchaus sinnvoll. Viele andere aber wollen nur eine unbelastete, eindeutige Identität haben und keine anstrengende Auseinandersetzung führen.

John Roeder: Wir haben in unserer Region eine Vielzahl an Bündnissen, die historische Erinnerungsarbeit machen. Sie halten die Erinnerung lebendig und machen die Stadt- oder Ortsgesellschaft durch Gedenkaktionen auf besondere Tage aufmerksam.

Denken Sie, dass Erinnerungsarbeit gegen Rechtsextremismus helfen kann?

Thomas Weidlich: Ich glaube, die Auseinandersetzung mit dem Thema ist unabdingbar. Gerade in der deutschen Gesellschaft gibt es die historische Erfahrung, wohin Rechtsextremismus führen kann. Aber auch ohne diese Vergangenheit ist die Auseinandersetzung erforderlich, in anderen Ländern gibt es ebenso Rechtsextremismus. Wir halten es für wichtig, Menschen abzuholen, die durch ihre familiären Geschichtsbilder geprägt sind. Menschen, die aus Osteuropa oder arabischen Ländern nach Deutschland eingewandert sind, haben teilweise völlig andere Narrative. Diese Herausforderung haben wir, weil wir eine Migrationsgesellschaft sind! Es ist unsere Aufgabe, dafür ein Bewusstsein zu entwickeln.

Sie haben bereits zweimal den Gegensatz zwischen familiären Narrativen und offiziellen Geschichtsbildern aufgemacht. Nehmen Sie diese Unterscheidung oft wahr?

Thomas Weidlich: Ich habe den Eindruck, dass sich die dritte und vierte Generation nach dem NS-Regime ein distanzierteres politisches und historisches Bewusstsein aneignet. Sie wissen wenig über die Vergangenheit, haben aber oft einen starken emotionalen Bezug – und eine größere Distanz zu den vorherigen Generationen. Für mich sind die Erinnerungen meiner Eltern aus den Bombennächten ein zentrales Kindheitsmuster, für heutige junge Menschen nicht. Durch die größere Distanz zu familiären Prägungen können Emanzipations- und Transformationsprozesse möglich und gesellschaftliche sowie schulische Diskurse wirkungsvoller werden. Diese Entwicklung begrüße ich sehr, auch wenn nicht alle daran Anteil haben, weil sie zum Beispiel aus anderen Milieus kommen. Unser Plädoyer ist, dies bewusster wahrzunehmen und junge Menschen bei bestimmten Äußerungen nicht sofort abzustempeln.

Es gibt immer wieder die Forderung, Schulklassen für Besuche von KZ-Gedenkstätten zu verpflichten. Was halten Sie von dem Versuch, über die Konfrontation mit der Geschichte gegen Rechtsextremismus zu immunisieren?

Thomas Weidlich: Wir haben gute Gedenkstätten, die sehr gute Arbeit machen. Aber diese Mechanik, dieses technologische Denken: „Wir gehen dahin und dann sind alle immun" – das ist eine Illusion. Ich verstehe das Bedürfnis, das doch endlich einmal hinzukriegen. Aber Geschichte wird subjektiv angeeignet. Wir können nur dazu anregen, den Zugang erleichtern und ermöglichen.

Wie könnte ein solcher erleichterter Zugang Ihrer Meinung nach gelingen?

Thomas Weidlich: Ein gutes Beispiel dafür habe ich an einer Schule erlebt, an der sich Sechstklässler ein ganzes Jahr mit dem Nationalsozialismus beschäftigen, obwohl er noch nicht auf dem Lehrplan steht – kindgemäß, ohne Anspruch auf Vollständigkeit und ohne Erwartung von wohlfeilen Bekenntnissen. Zum Abschluss fahren sie an die Ostsee, auf dem Weg dorthin machen sie Halt in einer Gedenkstätte. Diese können sie zwei Stunden erkunden und sich ohne wissenschaftlichen Anspruch mit dem Thema beschäftigen. Den Effekt hat nicht allein der Gedenkstättenbesuch, sondern der gesamte Prozess. Diese Haltung finde ich sehr verantwortlich und wirkungsvoll: Etwas anzuregen, Vorbild zu sein und zu begründen – aber nicht zu erwarten und zu fordern. Das funktioniert auch bei Jugendlichen und Erwachsenen.

John Roeder: Ich glaube, dass wir die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus als dauerhafte Aufgabe verstehen müssen. Bei der Ausprägung können wir aber sicherlich eine Menge tun. Die Verantwortung auf Schule, politische Bildung und Gedenkstätten abzuwälzen, ist jedoch nicht die Lösung. Wir sollten den Trugschluss aus den »

» 1990er Jahren nicht weiterführen und es als Jugendproblem verharmlosen. Wir sollten Extremismusbekämpfung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstehen, die uns alle angeht.

Was würden Sie sich vor diesem Hintergrund von der Politik oder zivilgesellschaftlichen Organisationen wünschen?

Thomas Weidlich: Genau das, was Sie machen, halte ich für sinnvoll: Diskurs ermöglichen, Sensibilität für verschiedene Perspektiven schaffen, Ambivalenzen aushalten. Wir werden nicht dümmer, wenn wir miteinander nachdenken und nicht meinen, unsere Wahrheit sei die einzige.

In Gedenkstätten beobachte ich, dass junge Leute mit dem Handy QR-Codes benutzen oder auf TikTok Videos schauen, die sich mit Geschichte beschäftigen. Ich habe mir meine historische Bildung in der Stadtbibliothek angeeignet – das machen junge Leute heute nicht mehr. Wir müssen unsere Angebote entsprechend anpassen.

John Roeder: Ich wünsche mir außerdem, dass die Polarisierung nicht mitgemacht wird. Menschen, die sich populistisch äußern, wollen Feindbilder kreieren und pflegen. Es ist schwer, daraufhin nicht zum Gegenschlag auszuholen, doch genau dieser Gegenschlag ist einkalkuliert. Auf diesen können Populist:innen dann mit einfachen Lösungen reagieren und sich als Opfer stilisieren. Die Bitte – auch an die Politik – wäre es, diese Impulse zu kontrollieren.

Inzwischen ist es schwer geworden, differenzierte Meinungen zu äußern, die nicht sofort „abgestempelt" werden. Zum Beispiel, wenn es um Schwierigkeiten bei der Integration von Geflüchteten geht. Sehen Sie das auch so?

Thomas Weidlich: Ich komme aus der DDR und habe einmal die sowjetische Invasion in Afghanistan thematisiert – woraufhin ich gefragt wurde, ob ich denn gegen den Frieden sei. Es wird gerne missverstanden, wenn wir Fragen stellen, Differenzierungen einbringen, nicht eindeutig nach Gut und Böse unterscheiden. Dieses populistische Muster von Schwarz und Weiß hat eine hohe Attraktion in Zeiten von Überforderung durch Komplexität und Heterogenität. Ich glaube, dass wir nicht immer im Diskurs sein können und müssen, aber ich plädiere sehr dafür, häufiger dazu bereit und fähig zu sein. ■

Die Fragen stellten Liane Czeremin und Beke Detlefsen.

Eine Bank für Justin Sonder

Spendenaufruf des Internationalen Auschwitz Komitees

Als einer der wenigen deutschen Juden kehrte der Chemnitzer Auschwitz-Überlebende Justin Sonder nach seiner Befreiung direkt in seine Heimatstadt zurück: Er wollte die Stadt nicht den Nazis überlassen. Viele Überlebende des Holocaust fragen sich heute jedoch, was ihre Aufklärungs- und Erinnerungsarbeit der vergangenen Jahrzehnte tatsächlich bewirkt hat. Ihnen allen hat der 2020 verstorbene Sonder aus dem Herzen gesprochen, als er einen seiner letzten Erinnerungsberichte mit der Frage betitelte: „Was habe ich erreicht?"

Eine wesentliche Antwort auf diese Frage ist der Versuch der Holocaust-Überlebenden, den öffentlichen Raum immer wieder als Erinnerungsraum zu nutzen.

Auch deshalb hat das Internationale Auschwitz Komitee entschieden, in Chemnitz – der Europäischen Kulturhauptstadt 2025 – an den 1925 geborenen Justin Sonder zu erinnern. Gerade weil es auch dort immer wieder zu fremdenfeindlichen, antisemitischen und rechtsextremen Vorfällen kommt, schenken wir der Stadt Chemnitz eine Bank, auf der Justin Sonder sitzen wird – seinen fragenden und fürsorglichen Blick auf die ehemalige jüdische Grundschule gerichtet und hin zu den Menschen, die sich zu ihm setzen werden und etwas von seiner Geschichte und den Ursachen seiner Verfolgung erfahren wollen. Bank und Bronzefigur werden durch die Spenden vieler engagierter Privatpersonen und Institutionen finanziert. Das Projekt wurde erstmals gemeinsam mit der Stadt Chemnitz und der Tochter Justin Sonders im Januar 2023 der Öffentlichkeit vorgestellt.

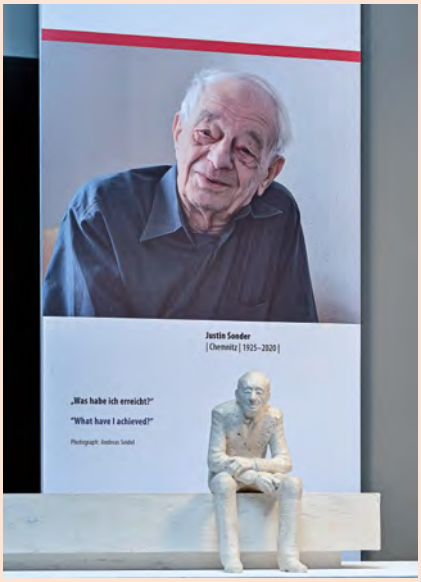


Foto: Eva Oertwig/SCHROEWIG/IAK

Ein Modell der Skulptur des Auschwitz-Überlebenden Justin Sonder aus Chemnitz wurde kürzlich in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin vorgestellt. Bildhauerin ist die Rostockerin Julia Kausch.

Die Kosten für die Skulptur belaufen sich auf 70.000 Euro. 20.000 Euro hat das Internationale Auschwitz Komitee bereits gesammelt. Wir bitten Sie um eine Spende für dieses wichtige Projekt mit politischer Signalwirkung.

Spenden können auf folgendes Konto eingezahlt werden:
Internationales Auschwitz Komitee
Postbank Berlin
BIC: PBNKDEFF
IBAN: DE29 1001 0010 0575 6861 06
Verwendungszweck: Justin Sonder

Wolfgang Benz

Das Inferno auf der Cap Arcona

Es gibt noch keinen Gedenkort für eine der größten Tragödien im Zusammenbruch nationalsozialistischer Herrschaft.

Der Krieg war längst verloren, die Armeen der Alliierten standen im Frühjahr 1945 auf deutschem Boden, viele Städte waren schon besetzt. Hitler hatte mit dem Nero-Befehl („verbrannte Erde") im März die Zerstörung der Infrastruktur und die Vernichtung der Ressourcen Deutschlands angeordnet. Mitte April bereiteten sich britische Streitkräfte auf die Eroberung Hamburgs vor. Karl Kaufmann, Weggefährte Hitlers seit 1921, als Gauleiter und Reichsstatthalter der mächtigste Mann in der Hansestadt, kam zur Erkenntnis, dass militärischer Widerstand sinnlos sei. Wichtige Männer der Wirtschaft und Verwaltung, sogar der Wehrmacht, forderten die kampflose Übergabe. Zusammen mit dem „Höheren SS und Polizeiführer Nordsee" Graf Bassewitz-Behr akzeptierte der Gauleiter. Das bescherte ihm ein mildes Urteil der Historiker und einen friedlichen Lebensabend, bereitete aber auch den Weg zu einer der größten Katastrophen in der Geschichte der Seefahrt.

Denn vor der Übergabe Hamburgs an die Briten sollten die Spuren nationalsozialistischer Verbrechen getilgt werden. Insbesondere die Häftlinge des KZ Neuengamme durften nicht den Alliierten in die Hände fallen. Am 20. April 1945 begann die Räumung des Stammlagers. Die vielen Außenlager des Hamburger KZ waren schon aufgelöst. Mit Zustimmung Himmlers, des zweitmächtigsten Mannes im untergehenden NS-Staat, wurden 4.000 dänische und norwegische KZ-Gefangene aus Neuengamme mit Bussen des Roten Kreuzes in ihre Heimat evakuiert. Die übrigen 10.000 Häftlinge aus vielen Nationen wurden in den folgenden Tagen vom 21. bis 26. April mit der Eisenbahn nach Lübeck gebracht und dort eingeschifft. Die halb verhungerten Elendsgestalten durften den Siegern nicht als lebende Beweise nationalsozialistischer Barbarei gegen politische Gegner, „rassisch Minderwertige" und sonst Unerwünschte unter die Augen kommen.

Aber wohin mit ihnen? Ausweichräume zur Unterbringung gab es nicht mehr. Massenmord hätte nicht zu beseitigende Spuren hinterlassen. Geplant wurde in den letzten Tagen des Zweiten Weltkriegs nicht mehr. Im Chaos gab es nur noch spontane Entscheidungen. Gauleiter Kaufmann hatte wohl die Idee, jedenfalls setzte er sie durch: Schiffe sollten als schwimmende KZ dienen und eventuell die spurlose Beseitigung der Gefangenen auf hoher See ermöglichen. In seinem Amt als „Reichskommissar für die Seefahrt" beschlagnahmte er den ramponierten Luxusdampfer „Cap Arcona", der zuletzt Flüchtlinge aus Ost- und Westpreußen in die Lübecker Bucht transportiert hatte, sowie die beiden Frachter „Thielbek" und „Athen". Die Cap Arcona, einst Flaggschiff der Hamburg-Südamerika-Linie, war seit 1940 „Hilfsbeischiff" der Kriegsmarine. Sie lag einige Zeit als Wohnschiff in Gdingen (Gdynia) und beherbergte dort im Oktober 1943 eine Konferenz, bei der Minister Speer und Großadmiral Dönitz Fragen der Seerüstung verhandelten.

Foto: Dennis Riffel

Gedenkstein auf dem Cap Arcona-Ehrenfriedhof bei Haffkrug-Gronenberg-Neukoppel.

Die Schiffe in der Neustädter Bucht waren nicht ausgerüstet, sie hatten keine Vorräte an Bord und kein Ziel. Die „Cap Arcona" und die „Thielbek" waren auch nicht seeklar. Viele Häftlinge überstanden schon den Bahntransport nach Lübeck nicht, andere gingen an Bord zugrunde.

»

Zeitgleich mit der Räumung des KZ Neuengamme trieb man im KZ Stutthof bei Danzig Häftlinge, um sie der vorrückenden Roten Armee zu entziehen, auf die Schleppkähne „Wolfgang" und „Vaterland". Der Konvoi fuhr nach Westen und erreichte an 2. Mai 1945 die Stadt Neustadt in Holstein, wo die SS vergeblich versuchte, die etwa 2.000 Häftlinge auf die „Cap Arcona" und die „Thielbek" zu drängen. In den frühen Morgenstunden des 3. Mai strandeten die beiden Lastkähne in Ufernähe. Die Häftlinge, deren Bewachung sich davongemacht hatte, befreiten sich, soweit sie noch die Kraft dazu hatten. Die Versuche der SS, des Volkssturms und von Marinesoldaten, die Häftlinge wieder einzufangen und sie von Neustadt fernzuhalten, arteten in Massaker aus. Sie bildeten das Vorspiel der Tragödie, die um 15 Uhr mit dem Angriff britischer Jagdbomber auf die Flotte der fünf KZ-Schiffe „Cap Arcona", „Thielbek", „Athen", „Wolfgang" und „Vaterland" den Höhepunkt erreichte.

Die Royal Air Force flog die Angriffe gegen die nicht gekennzeichneten Schiffe in Unkenntnis über deren Passagiere im Glauben, mit dem Angriff Absetzbewegungen der deutschen Wehrmacht nach Norwegen zu verhindern. Die „Thielbek" sank mit 2.500 Menschen an Bord innerhalb einer Viertelstunde. Die „Cap Arcona" mit 5.000 Zwangspassagieren brannte völlig aus, ehe sie kenterte.

Gerettet wurden in erster Linie die Wachmannschaften. Die im eisigen Wasser der Ostsee treibenden KZ-Häftlinge wurden mit Waffen der Flieger beschossen. Organisierte Rettungsanstrengungen von Land aus gab es nicht. Panik und Fanatismus machten das Bemühen der wenigen Be- »

Foto: Dennis Riffel

Gedenkkreuz auf dem Cap Arcona-Ehrenfriedhof bei Haffkrug-Gronenberg-Neukoppel, wo 1.128 Opfer des Untergangs der „Cap Arcona“ und der „Thielbek“ am 3. Mai 1945 bestattet sind.

» sonnenen zunichte. Um 16 Uhr besetzte die britische Armee Neustadt. Den Soldaten bot sich ein Bild des Grauens. Tote mussten bestattet, Plünderer zur Räson gebracht, Aufklärung über das Geschehene versucht werden. Die Überlebenden waren zu versorgen. Leichen wurden noch wochenlang an den Ufern der Neustädter Bucht angetrieben. Insgesamt waren etwa 8.000 Menschenleben zu beklagen: Unschuldige aus 24 Nationen, Opfer einer der größten Katastrophen im Zusammenbruch nationalsozialistischer Herrschaft.

Zahlreiche Orte an den Ufern der Neustädter Bucht in Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern haben Ehrenfriedhöfe, Freiluftausstellungen, Mahnmale oder Informationstafeln dem Ereignis gewidmet. In der KZ-Gedenkstätte Neuengamme sowie im Museum zeiTTor in Neustadt ist die Cap-Arcona-Katastrophe thematisiert. Aber der zentrale Gedenkort für das Ereignis fehlt noch.

Rudi Goguel, der im Widerstand gegen das NS-Regime das „Dritte Reich“ zum größten Teil im Zuchthaus und zuletzt im KZ Neuengamme erlebt hatte, war einer der wenigen, die den Untergang der Cap Arcona überlebten. Sein Buch „Es war ein langer Weg“ erschien 1947. Darin beschreibt er das Inferno des 3. Mai 1945. In der Stunde, die er sich über Wasser hielt, entging er erst den Bordwaffen britischer Flieger, dann den Maschinengewehrsalven deutscher Minensuchboote.

Rudi Goguel erinnert sich:
„Die ‚Cap Arcona‘ gleicht einer riesigen Fackel. Das Mittelschiff ist in ein Flammenmeer gehüllt, am vorderen und hinteren Ende des Schiffes stehen zusammengedrängt noch Hunderte von Häftlingen, die den Sprung ins Wasser scheuen.
Aus den Bullaugen quellen Menschen, die Wasserfläche um das Schiff herum ist besät mit Köpfen von brüllenden, gurgelnden, heulenden Gestalten, welche zwischen Balken und Planken herumtreiben. Erbitterte Kämpfe um jedes schwimmende Stück Holz finden statt. Erbarmungslos wird der Schwächere unter Wasser gedrückt […].

Am Ufer stehen Menschen, ganz Neustadt weiß, was hier geschieht. Aber keiner kommt, um zu retten.

Und dann schwillt das eintönige Geschrei auf einmal zum Fortissimo an. Die Wasser geraten in Bewegung. Majestätisch neigt sich die ‚Cap Arcona‘ auf die Seite. Wasser strudeln auf, es zischt, und Dampfwolken quellen hoch, als die brennenden Schiffsteile ins Wasser rutschen. Die Menschentrauben, die noch auf Vorder- und Hinterdeck hingen, rutschen über das schräge Deck ins Wasser und werden zum größten Teil ein Opfer der Wirbel und des riesigen Soges, der das Wasser in die Tiefe zieht.“

Goguel beschreibt auch den unfreundlichen Empfang, der den wenigen Überlebenden zuteil wurde, die wie er „frierend naß und halb bewußtlos durch die Straßen von Neustadt torkelten“. Ganz anders reagierten die Bürger auf deutsche kriegsgefangene Kurlandkämpfer, die von britischen Soldaten eskortiert im Gleichschritt singend, mit Orden dekoriert, durch die Stadt marschierten und freundlich empfangen und bewirtet wurden:
„Die Neustädtler standen Spalier, in den Fenstern standen Kaffeekannen, Kuchen haben sie herangeschleppt und gewinkt haben sie. Warum sind wir nicht besser Soldaten geworden? Uns haben sie kaum einen Schluck Wasser gegönnt und haben möglichst die Türen zugeschlossen – denn wir haben natürlich nicht gesungen und hatten auch keine verwegenen Mützen auf, sondern waren zerlumpte Vogelscheuchen.“

Neustadt in Holstein ist der zentrale Ort der Erinnerung an die Katastrophe. Die Kommune unternimmt seit langem beachtliche Anstrengungen würdigen Gedenkens, ist aber durch die erinnerungspolitische Dimension dieser Endzeitkatastrophe des Zweiten Weltkriegs überfordert. Eine Zuwendung des Deutschen Bundestags auf Initiative der Wahlkreisabgeordneten ermöglicht jetzt die Planung einer angemessenen Gedenkstätte. Weitere Unterstützung ist aber notwendig. Das „Dokumentationszentrum Cap-Arcona-Katastrophe 1945“ soll in einem Neubau auf einem kommunalen Grundstück in enger Nachbarschaft zum städtischen Museum errichtet werden. Auf 400 Quadratmetern wird eine Dauerausstellung präsentiert. Bildungsangebote für junge Menschen, für Bürger, für Touristen erweitern die Gedenkstätte zum Lernort. Damit wird notwendiges Erinnern über die Region hinaus endlich der nationalen und internationalen Bedeutung des historischen Ereignisses gerecht. Das Projekt ist auf gutem Wege, aber weitere Hilfe vom Land, vom Bund, durch Stifter oder Mäzene ist unerlässlich. ■

Der Gedenkstein im Ehrenfriedhof Cap Arcona in Neustadt in Holstein am 70. Jahrestag der Tragödie im Jahr 2015.

Foto: wikipedia/Roland h. bueb

Prof. Dr. Wolfgang Benz ist Historiker und ehemaliger Leiter des Zentrums für Antisemitismusforschung sowie Träger des Preises Gegen Vergessen – Für Demokratie.

Alois Hund Carrasco

Aus deiner Sicht!

Die Metamorphose des Martin-Niemöller-Hauses

Evangelische Erinnerungskultur diversitätsbewusst gestalten – mit diesem Ansatz beschäftigt sich der Martin-Niemöller-Haus Berlin-Dahlem e.V.. Die ehrenamtlichen und beruflichen Mitarbeiter:innen des Vereins entwickeln gemeinsam mit ihren Kooperationspartnern das Modellprojekt "Aus Deiner Sicht!". In diesen Rahmen soll die Perspektive der Vielfaltsgesellschaft in die Erinnerungsarbeit an evangelischen Erinnerungsorten einbezogen und Möglichkeiten des Dialogs sowie der Begegnung geschaffen werden.

Die evangelische Kirche ist tief in der Geschichte, Sprache und Kultur Deutschlands verwurzelt. Kind einer vorwiegend deutsch-schweizerischen Kulturbewegung, sind ihre „typisch deutschen" Merkmale nicht verwunderlich. Spätestens seit den 1960er und 1970er Jahren zeichnet sich der Protestantismus in Deutschland durch einen gewissen Progressismus aus, der weitgehend im Einklang mit den Entwicklungen der modernen säkularen Gesellschaft steht.

Ein Beispiel: Im Gegensatz zum weltweiten Protestantismus sind in der EKD Frauen als Pfarrerinnen tätig und Homosexualität wird offen gelebt. Man könnte fast sagen: eine moderne Kosmovision im traditionellen schwarzen Talar. Ungefähr 22 Prozent der Deutschen sind Teil dieser Gemeinschaft. Die EKD ist weitgehend kulturell homogen und – anders als die katholische Kirche – keine Weltkirche im engeren Sinne.

Lernen an kirchlichen Erinnerungsorten

Die Protestanten, ebenso wie alle Christen, bilden eine Gemeinschaft des Erinnerns. Sie können auf eine über 500-jährige Geschichte zurückblicken. In Berlin und Brandenburg gibt es mehrere Orte, die an diese Geschichte erinnern, mit einem Schwerpunkt auf der Rolle der evangelischen Kirchen während der beiden deutschen Diktaturen. Zum 2009 gegründeten Beirat „Lernen an kirchlichen Erinnerungsorten 1933 – 1945. 1989" gehören Einrichtungen wie in Berlin das Bonhoeffer-Haus, die Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche und die Gedenkstätte Berliner Mauer oder in Potsdam die Garnisonskirche. Der Martin-Niemöller-Haus Berlin-Dahlem e.V. ist ebenfalls Beiratsmitglied. Die Ausstellung im Martin-Niemöller-Haus erinnert an den christlich motivierten Widerstand gegen das NS-Regime.

Es steht außer Frage, dass die Erinnerung an christlich motivierte Zivilcourage und Widerstand wichtig ist. Diese Form evangelischer Erinnerungskultur befindet sich allerdings gegenwärtig im Wandel. Zum einen werden Zeitzeug:innen immer weniger. Die lebendige Erinnerung stirbt aus; die Distanz zur Vergangenheit wächst. Es geht an diesen Orten meist nicht um die persönliche oder die Familiengeschichte. In der Berliner Postmigrationsgesellschaft betrifft diese Geschichte auch selten die der Eltern oder Großeltern. Die „deutsch-protestantische" Erinnerungskultur ist heute faktisch eine „Subkultur", zu der nur wenige Zugang haben.

Evangelische Erinnerungskultur diversitätsbewusst gestalten

Evangelische Erinnerungsorte sind bestrebt, sich kontinuierlich neu zu erfinden, um relevant und bedeutend zu bleiben. Vielfalt wird an evangelischen Erinnerungsorten sehr geschätzt und aktiv angestrebt. Das eigentliche Problem liegt jedoch darin, dass diese Orte für die Postmigrationsgesellschaft oft fremd und unzugänglich sind, weil kaum Verbindungspunkte existieren. Diese Überlegungen haben den Martin-Niemöller-Haus Berlin-Dahlem e.V. dazu motiviert, ein Modellprojekt zu initiieren, das die Perspektive der Vielfaltsgesellschaft an den evangelischen Erinnerungsorten einbezieht und an die lange Tradition der Friedens- und Erinnerungsarbeit des Hauses anknüpft.

Der Projektname „Aus deiner Sicht! Evangelische Erinnerungskultur diversitätsbewusst gestalten" ist zugleich Name und Programm. Engagierte Ehrenamtliche, Vereinsmitglieder, neue Mitarbeiter:innen – alle zusammen in Kooperation mit der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz, kurz EKBO, der Evangelischen Hochschule Berlin, dem Kirchenkreis Teltow-Zehlendorf und anderen – gestalten die Projektarbeit, die vom Bun- »

Im Martin-Niemöller-Haus in Berlin-Dahlem entsteht das Modellprojekt „Aus deiner Sicht!".

Foto: © Martin-Niemöller-Haus Berlin-Dahlem e.V.

Foto: © Martin-Niemöller-Haus Berlin-Dahlem e.V.

Lernen am Erinnerungsort Martin-Niemöller-Haus: Jeden Donnerstag und nach Absprache finden Führungen durch das Haus statt.

» desministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ gefördert wird.

Das Modellprojekt „Aus deiner Sicht!“

Als Modellprojekt zielt „Aus deiner Sicht!“ darauf, dezentral organisierte, vorwiegend ehrenamtlich getragene evangelische Erinnerungsorte diversitätsbewusst weiterzuentwickeln, sodass Menschen mit diversen Hintergründen Zugang zu diesem gesellschaftlichen Diskurs haben und ihn mit ihren eigenen Erfahrungen mitgestalten können. Zum Schwerpunkt des Projektes gehört die Förderung des Dialogs zwischen jungen Menschen, die Ausgrenzung und Diskriminierung erfahren (sogenannte Peers), und Jugendlichen aus Schulklassen und Konfirmandengruppen. Für ein lebendiges Erinnern an historischen Orten waren bisher Berichte von Überlebenden der NS-Diktatur zentraler Bestandteil. Das ist mit Voranschreiten der Zeit jedoch kaum noch möglich.

Man braucht aber nicht zwingend in die Vergangenheit zu blicken, um Opfer von Unterdrückung, Krieg oder gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zu finden. Die Projektkoordination hat sich vorgenommen, junge Menschen, die in der Gegenwart ähnliche Lebenserfahrungen gemacht haben, als Peers zu gewinnen und deren authentischen Perspektiven Raum und Sichtbarkeit zu geben. Wir nennen dieses Sub-Projekt „An der Quelle“, verstanden als eine „Eins zu eins“-Begegnung. Im Rahmen des Projektes werden die Peers qualifiziert. Sie lernen unter anderem autobiografisch zu arbeiten, um so die eigene Lebensgeschichte verständlich für Außenstehende zu präsentieren. Die Einbindung von Menschen mit vielfältigen Hintergründen bereichert den Erinnerungsort Martin-Niemöller-Haus mit neuen Perspektiven und ermöglicht einen offenen Dialog über aktuelle gesellschaftliche Diskurse - und es bleibt dabei: aus der Erinnerung für die Zukunft lernen! ■

Alois Hund Carrasco ist Projektkoordinator des Modellprojekts „Aus deiner Sicht! Evangelische Erinnerungskultur diversitätsbewusst gestalten“.

Dieser Beitrag ist in gekürzter Fassung am 25. Juli 2023 bereits auf unserem *Blog Migrationsgeschichten* erschienen. Mehr unter: *https://migrations-geschichten.de/aus-deiner-sicht/*

Alle Informationen über das Projekt **Aus deiner Sicht!** finden Sie unter: *https://www.niemoeller-haus-berlin.de/aus-deiner-sicht/*

Führungen durch das Haus finden donnerstags von 11 bis 13 Uhr und nach Absprache statt. Anmeldung unter: *info@mnh-dahlem.de*

Michael Parak, Liane Czeremin, Ruth Wunnicke

Differenzieren – verstehen – streiten

Auf der Suche nach wirksamen Ansätzen gegen das Umfragehoch der AfD

Bei der Landtagswahl in Thüringen 2019 haben bei einer Wahlbeteiligung von 64,9 Prozent 259.382 Menschen der Partei AfD ihre Stimme gegeben. 2021 stufte der Verfassungsschutz Thüringen den dortigen Landesverband als „erwiesen extremistisches Beobachtungsobjekt" ein. Aktuelle Umfragen beziffern den möglichen Stimmenanteil für die nächste Landtagswahl, die 2024 stattfinden wird, auf über 30 Prozent. Dies würde bedeuten, dass sich – bei gleicher Wahlbeteiligung – noch einmal zusätzlich etwa 85.000 Wählerinnen und Wähler entscheiden würden, der AfD ihre Stimme zu geben.

Diese Prognosen sind erschreckend. Deshalb soll an dieser Stelle der Versuch gemacht werden, strategisch einmal in eine andere Richtung zu denken; als fragendes Herantasten ohne den Anspruch, eine allgemeingültige Lösung bieten zu können, weil es eine solche einfach nicht gibt. Die Hoffnung und Idee ist, in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rechtspopulismus und demokratieskeptischen Akteuren vielfältiger zu werden; profan gesagt: mehr Pfeile im Köcher zu haben, um Schlimmes zu verhindern.

Ausgrenzungsstrategie hilft nur begrenzt

Die Gretchenfrage ist: Wie kann bei einem Menschen, der sich vorstellen kann, bei der nächsten Wahl die AfD zu wählen, eine Veränderung erzielt werden; entweder in der Richtung, dass eine demokratische Partei gewählt wird, oder auch, dass eine Stimmenthaltung erfolgt?

Die Ziele und das Auftreten der AfD sind überwiegend demokratiegefährdend und hasserfüllt. Daraus leiten viele die Maximalposition ab: „Wer Nazis wählt, ist ein Nazi". (Potenzielle) Wählerinnen und Wähler der AfD werden damit als „unerreichbar" eingestuft. Zu Ende gedacht wäre – bei den neuen Umfrageergebnissen – die Konsequenz daraus, rund 344.000 Menschen in Thüringen in Gänze als „Nazis" zu „bekämpfen".

Es bestehen berechtigte Zweifel, ob diese Form der Auseinandersetzung geeignet ist, um bei diesen Menschen eine Änderung des Wahlverhaltens zu bewirken. Überspitzt gesagt: Warum sollte (wieder) eine Wahlentscheidung für demokratische Parteien getroffen werden, wenn diese und deren Anhänger klipp und klar sagen, dass man als potenzieller AfD-Wähler nicht mehr dazugehöre und ein Zusammensitzen an einem Tisch nicht mehr möglich sei?

Nicht jeder AfD-Wähler ist ein Nazi

Vielleicht hilft das „Zwiebelmodell", mit dem oft soziale Bewegungen beschrieben werden, bei einer Differenzierung, wer aus dem Wählerkreis der AfD überhaupt erreicht werden könnte und wer nicht (siehe Grafik Seite 26). Gesellschaftliche Bewegungen kann man sich demnach wie eine Zwiebel aufgebaut vorstellen. Es gibt einen inneren Kern. Um ihn herum liegen mehrere Schalen. Im Inneren versammelt sind die Menschen, die ganz viel gemeinsam haben, Werte und Ziele teilen. Am äußeren Rand befinden sich diejenigen, die oft als Unterstützerinnen oder Sympathisanten bezeichnet werden. Die Identifikation dieser Menschen mit der sozialen Bewegung ist viel weniger intensiv als die des „inneren Kerns". Sie teilen zwar manche Ideen und Meinungen, aber nicht alles, und sind nicht so tief im ideologischen Denken verwurzelt.

Die Funktionsträger der AfD Thüringen bilden einen solchen Kern. Dieser kann nach der Analyse des Verfassungsschutzes als rechtsextrem eingestuft werden. Auch bei den 1.451 Mitgliedern ist von einem hohen Identifikationsgrad auszugehen. Laut dem Thüringen-Monitor von 2021 haben 12 Prozent der Thüringer Bevölkerung ein geschlossen rechtsextremes Weltbild. Viele dieser Rechtsextremen haben in der AfD ihr Wirkungsfeld und ihre politische Interessenvertretung gefunden.

In weiteren „Zwiebelschalen" finden sich Menschen, die eine Distanz zu zentralen Elementen der Demokratie zeigen, circa ein Fünftel bis ein Drittel der Bevölkerung in den ostdeutschen Bundesländern. So stimmen dort 20,3 Prozent nicht der Demokratie als Verfassungsnorm zu (West: 9,6 Prozent). 33,1 Prozent im Osten sind „ausländerfeindlich" (West: 12,6 Prozent). Diese Einstellungen sind bedenklich und gefährlich. Nach allen vorliegenden wissenschaftlichen Definitionen können diese Menschen aber nicht eindeutig als Rechtsextreme („Nazis") beschrieben werden, weil sie weder aktiv an der Abschaffung des Systems arbeiten noch gewaltbereit sind und ihre Einstellungen eben nur an jeweils einer oder wenigen Stellen Überschneidungen mit rechtsextremer Ideologie aufweisen.

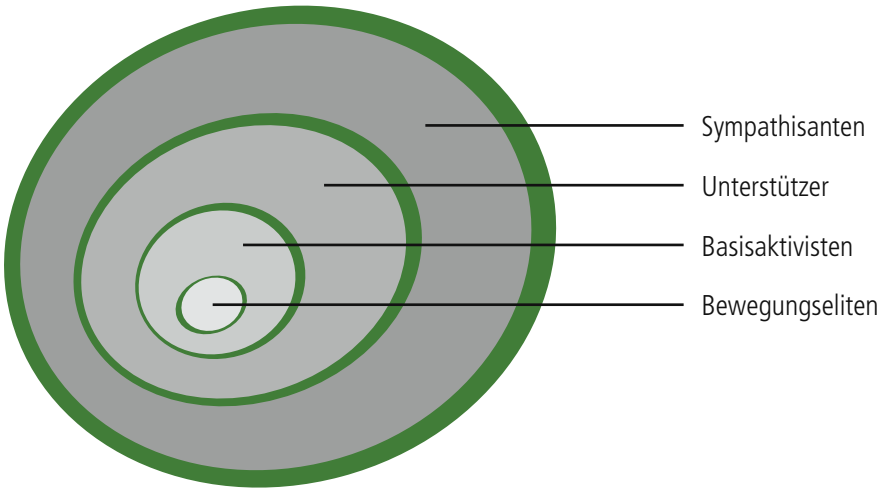
Es macht einen Unterschied, ob man Björn Höcke gegenübersteht, der zum innersten Kern der Bewegung gehört, oder ob man einem Menschen begegnet, der in einer Umfrage angegeben hat, sich vorstellen zu können, bei der nächsten Landtagswahl (erstmals) die AfD zu wählen. Niemand kann das Zahlenverhältnis der einzelnen „Zwiebelschalen" der AfD exakt benennen. Einleuchtend dürfte jedoch sein, dass viele der 85.000 potenziellen neuen Wählerinnen und Wähler einen anderen Ideologisierungs- und Verortungsgrad im Rechtsextremismus haben als der engere Kreis um Björn Höcke. Ebenso einleuchtend ist, dass potenzielle AfD-Wählerinnen und -Wähler in den äußeren „Schalen der Zwiebel" von einem gefestigten rechten Weltbild weiter entfernt und auch/noch offen und empfänglich sind für neue politische Ideen und Richtungen. Außerdem haben für diese Menschen oft andere Themen Priorität als für gefestigte Antidemokraten. »

» **Krisenhaftigkeit nutzt der AfD**

Angesichts der zunehmenden Krisen haben viele Menschen Zweifel, ob das politische System Demokratie den Herausforderungen und Zumutungen von Gegenwart und Zukunft gewachsen ist. Nicht alle Zweifelnden sind Rechtsextremisten; wenn diese aber nicht von demokratischen Akteuren angesprochen werden, tun dies allein die Rechtsextremen. In Krisenzeiten hat es eine rechtspopulistische Bewegung einfacher als demokratische Akteure. Der Soziologe Steffen Mau ist der Meinung, die rechten Populisten hätten ein unschlagbares Angebot in der Tasche, weil es die Menschen von Zumutungen entlaste. Mau sagt:
„Ihre Botschaft lautet: ‚Die Welt muss verändert werden, um sich an dich anzupassen!' Die Liberalen haben hingegen eine andere Botschaft: ‚Du musst dich ändern, um dich an eine sich wandelnde Welt anzupassen!' Die Populisten machen also ein Entlastungs- und Anerkennungsversprechen."
(Vgl. Steffen Mau: Ostdeutsche Frakturen für immer? [online] *www.bpb.de/336341* [5.10.2023].)

Politik hat aber nicht die Aufgabe, den Menschen alles zu versprechen, was diese gerne hätten. Die Aufgabe ist, konstruktive Lösungen zu finden und umzusetzen; und auch zu kommunizieren, welche Schwierigkeiten dabei bestehen. Ein Hoffnungsschimmer in diesem Zusammenhang ist: Das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates nimmt nicht linear ab. In bestimmten Zeiten der Corona-Pandemie nahm es sogar deutlich zu.
Dennoch muss festgehalten werden: Die Wahlumfragen bezüglich der AfD sind auch ein Indikator für die Unzufriedenheit mit der Arbeit von Regierung und demokratischer Opposition. Dieser Zusammenhang sollte sehr ernst genommen werden. Umfragen bezeugen in großen Teilen der Gesellschaft einen Vertrauensverlust in die Institutionen und Akteure des politischen Systems und in die Handlungsfähigkeit des Staates. Politische Entscheidungen werden vielfach als ungerecht empfunden, Zukunftserwartungen pessimistischer.

Angesichts dieser Analyseergebnisse gibt es kein Patentrezept, keine umfassende Lösung, die auf Knopfdruck die Bereitschaft zur Wahl der AfD verschwinden lassen würde. Es gibt aber Ansatzpunkte, die auf der Hand liegen.



Das Zwiebelmodell unterscheidet die Anhängerschaft einer sozialen Bewegung je nach dem Grad der Verbundenheit. Wer sich mit AfD-Wählern auseinandersetzt, sollte differenzieren, ob es um Menschen geht, die zum inneren Kern der Bewegung gehören, oder ob sie nur bei bestimmten Fragen sympathisieren.

Erste Aufgabe: Ziele formulieren

An festgelegten Zielen kann gemessen werden, ob das eigene Handeln etwas voranbringt oder nicht. Ein erstes Ziel könnte sein, möglichst viele der potenziellen Neuwählerinnen und -wähler der AfD davon abzubringen, bei der nächsten Wahl diese Stimmentscheidung zu treffen. Nicht zur Wahl zu gehen, wäre in diesem Sinne ausnahmsweise auch ein Erfolg. Das zweite Ziel wäre, möglichst viele der 259.382 AfD-Wählerinnen und -Wähler der Landtagswahl von 2019 bei den kommenden Wahlen umzustimmen. Nach der jüngsten Wahl in Thüringen hätte ein Ergebnis von 18 statt 23 Prozent für die AfD einen entscheidenden Unterschied gemacht. Dann wären echte Regierungsmehrheiten möglich geblieben.

Potenzielle AfD-Wählerinnen und -Wähler als Zielgruppen

Gegenüber Akteurinnen und Akteuren mit einem gefestigten rechtsextremen Weltbild lautet „klare Kante" in den meisten Fällen die richtige Antwort. Im Sinne einer wehrhaften Demokratie sind Repressionen gegen antidemokratische Bestrebungen das Instrument der Wahl. Bisher sind viele ehrenamtliche lokale Initiativen auf genau so eine „Arbeit gegen rechts" ausgerichtet. Dieses Engagement fußt vor allem auf dem Prinzip des Ausschlusses. Gegenüber den Bewohnern der „inneren Schale der Zwiebel" ist dies auch ein probates Vorgehen.

Gegenüber möglichen Wählerinnen und Wählern der AfD, die (noch) nicht dem Feld der Rechtsextremen zuzuordnen sind, hilft diese Strategie indes nicht. Denn dies hieße wie oben bereits angedeutet, je nach Region insgesamt zwischen einem Fünftel und einem Drittel der Bevölkerung auszugrenzen und als für die Demokratie verloren gegangen abzustempeln. Ein solcher Versuch wird nicht funktionieren.

Es gilt hingegen, diese Menschen aktiv anzusprechen. Das zu tun bedeutet nicht, die eigene Haltung gegenüber Rechtsextremismus, Rassismus und anderen feindseligen Einstellungen zu revidieren, sondern das Verhalten gegenüber einem Teil ihrer Anhängerschaft zu ändern. Hierzu ist es nötig, die eigene Fassungslosigkeit zu überwinden, wenn sich herausstellt, dass ein Gegenüber eine Partei wählt, die mit Menschenfeindlichkeit Politik macht. Stattdessen gilt es, erst einmal verstehen zu wollen, welche Gründe dahinterstecken.

Gründe für die Wahl der AfD sind unterschiedlich

Um es deutlich zu sagen: Wir wissen viel zu wenig über die Beweggründe von Menschen, die Partei AfD zu wählen.

Die Organisation *more in common* hat in ihrer jüngsten Studie „Zukunft, Demokratie, Miteinander" versucht, den Nebel etwas zu lichten. Sie hat aufgezeigt, dass

ein übersteigerter Nationalismus und generelle Ablehnung von Einwanderung nur bei der gesellschaftlichen Gruppe der „Wütenden" überproportional stark vorhanden ist. Demnach wären die AfD-Wählerinnen und -Wähler aus dieser Gruppe zum Großteil den weiter innen liegenden „Schalen der Zwiebel" zuzuordnen. Anders sieht dies bei der Gruppe der sogenannten „Enttäuschten" aus, von denen derzeit ebenfalls überdurchschnittlich viele Menschen AfD wählen würden. Bei ihnen sind die Inflation und die Furcht vor sozialem Abstieg aktuell die wichtigsten Themen. Dieses Ergebnis korrespondiert mit der Feststellung, dass sich im Moment vor allem Menschen aus den niedrigsten Einkommensklassen verstärkt der AfD zuwenden. Die soziale Komponente wird also deutlich stärker als in früheren Jahren. (Zukunft, Demokratie, Miteinander, S. 27, [online] *www.moreincommon.de/krisengesellschaft* [5.10.2023])

Die dritte gesellschaftliche Gruppe mit überdurchschnittlicher Wahlpräferenz für die AfD ist laut *more in common* die der „Pragmatischen", deren Mitglieder stark auf persönliches Fortkommen ausgerichtet sind und sich häufig als unpolitisch verstehen. In dieser Gruppe sind die Hemmungen, populistische Parteien zu wählen, geringer ausgeprägt als bei Gruppen, die eine traditionelle Parteibindung aufweisen. Auch bei den „Pragmatischen" ist die Unzufriedenheit mit der Politik gewachsen, die Situation auf dem Wohnungsmarkt gehört für sie dabei aktuell zu den drängendsten Problemen. (Ebd.)

Nicht immer sind es also politische Überzeugungen, die Menschen zu AfD-Wählern und -Sympathisantinnen machen. Oft sind es Abstiegsängste, die Furcht vor kulturellem Wandel oder eine fehlende Infrastruktur vor Ort. Hier verfangen die uneinhaltbaren Versprechungen und Forderungen der AfD besonders schnell: Gibt es in meiner Kleinstadt keinen Kindergarten, keinen Supermarkt und keinen Bahnhof mehr, verpasse ich meiner Landesregierung einen Denkzettel. Lebe ich persönlich in einer prekären Situation, liefert die AfD mir mit Verweis auf „die Ausländer" eine einfache Antwort. Fehlt dem Jugendclub Geld für eine Stereoanlage, springt die regionale AfD ein. Ziehen Geflüchtete in meinen Ort, schürt die AfD Ängste vor dieser Veränderung. Gerade bei Menschen in Ostdeutschland kommen noch die eigene Erinnerung an die ungewisse Zeit der Transformation und deren Folgen hinzu.

Konstruktive Kommunikation für politische Akteurinnen und Akteure

An dieser Stelle soll für einen weniger selbstgefälligen Politikansatz und Politikstil geworben werden. Demokratische Akteure sollten selbst um die eigenen Schwächen wissen und versuchen besser zu werden; dies ist der Weg, um Zweifelnde anzusprechen. Es geht nicht nur darum, bisherige Politik besser zu vermitteln (wie dies nach verlorenen Wahlen oft betont wird), sondern grundsätzliche Herangehensweisen zu überprüfen und zu verändern. Ein negativer Fragenkatalog hierzu könnte lauten:

- Bediene ich populistische Muster?
- Werte ich Kritikerinnen und Kritiker meiner Politik pauschal ab?
- Drücke ich zu stark aufs Tempo bei Veränderungen und verliere auf dem Weg viele Menschen?
- Schüre ich zu hohe Erwartungen an die Politik?

Positiv gewendet heißt das, bei der Erklärung von Politik sollte Dilemmabewusstsein eine größere Rolle spielen, Akteurinnen und Akteure sollten also auch negative Folgewirkungen eigener Politik darstellen. (Vgl. Friedemann Schulz von Thun in GVFD-Heft 112, S. 7 ff.) Der Politikwissenschaftler Herfried Münkler weist in seinem Buch „Mitte und Maß" zudem darauf hin, dass es nötig sei, nicht nur darüber zu reden, was verändert werden müsse, sondern auch zu betonen, was bewahrt werden solle. Das erleichtere es konservativ eingestellten Menschen, einen notwendigen gesellschaftlichen Wandel mitzutragen.

Die Menschen brauchen ein scharf gezeichnetes Bild davon, wohin die Regierung und die Opposition jeweils konkret wollen. Es geht darum, gesellschaftlichen Gestaltungswillen zu zeigen, alternative Lösungsoptionen zu formulieren und darüber mit den Menschen in einen konstruktiven Streit zu gehen. Konstruktiv wird dieser Streit dabei nur, wenn unterschiedliche Auffassungen und Prioritäten ausgehalten werden, solange diese sich im Spektrum der freiheitlichen demokratischen Grundordnung befinden.

Zentral ist hierbei die Forderung, einen Politikansatz zu wählen, der sich weniger von (schwankenden) Umfragemehrheiten leiten lässt, sondern der mehr für die eigenen Ideen wirbt und so versucht, neue Mehrheiten zu schaffen. Für Max Weber ist hierfür ein Politikstil nötig, der neben Augenmaß Leidenschaft einbringt.

Verstehen wollen

Auf der Ebene zivilgesellschaftlicher Organisationen sind die Förderprogramme des Bundes und der Länder mittlerweile – abgesehen von den wichtigen Aussteigerprogrammen – eher auf Demokratiestärkung ausgerichtet als auf die „Arbeit gegen rechts". Das ist ein richtiger Ansatz. Das Problem ist nur, dass viele Projekte hauptsächlich Zielgruppen erreichen, die sich ohnehin schon für eine offene Gesellschaft einsetzen wollen. Es fällt vielen zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren dagegen schwer, auf Menschen zuzugehen, die aus ihrer Sicht problematische Einstellungen äußern oder gar die AfD wählen wollen.

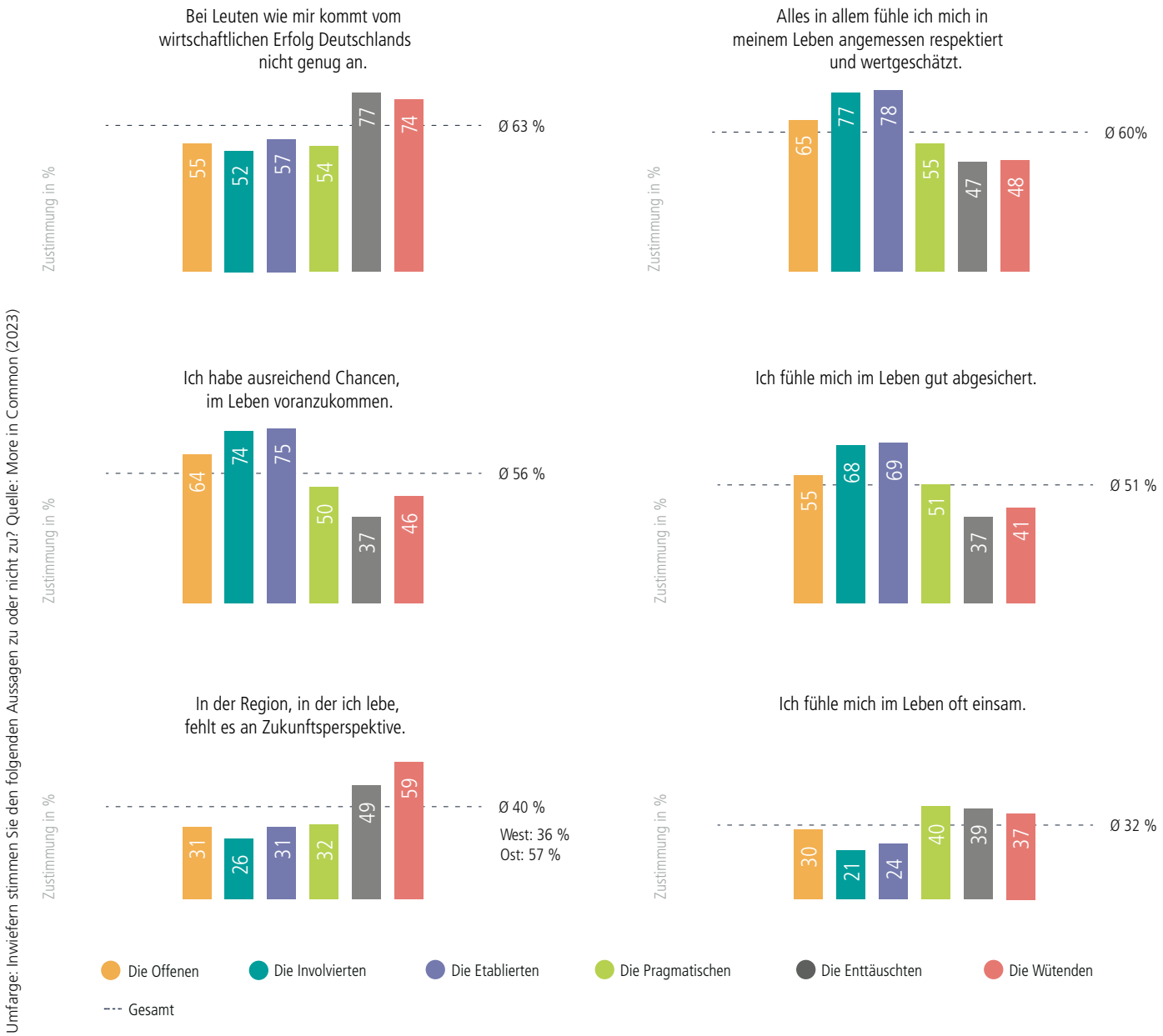
Auch für zivilgesellschaftliche Kräfte ist es aber wichtig, den Blick auf die jeweils individuelle Entscheidung, für die AfD zu stimmen, nicht zu verlieren. Jeder hat eigene Bedürfnisse, Ziele und eine eigene Geschichte. Die Kunst liegt darin, diese nicht moralisch zu bewerten, sondern Interesse am Gegenüber zu zeigen. (Vgl. Dierk Borstel (2022): Umgang mit Rechtsextremismus, S. 57 f.) Über ein ehrliches Verstehen-Wollen kann Vertrauen gewonnen werden, nicht über zur Schau gestelltes Unverständnis und Ablehnung. Eine solche zugewandte Herangehensweise darf allerdings nicht mit Verständnis für feindselige Einstellungen und Handlungen verwechselt werden.

Für das Agieren im zivilgesellschaftlichen Umfeld heißt das: Wenn wir einen Wandel erzielen wollen und hierfür Konzepte entwickeln, dürfen wir nicht Gefahr laufen, Lösungen und Hilfen zu formulieren, »

» bevor wir uns auf die Stimmungslage eines Menschen, eines Milieus oder eines Ortes eingelassen haben. Nur so können Problemlagen richtig eingeschätzt sowie Ressourcen und Möglichkeiten für Veränderung gefunden werden.

Wie es gehen kann, hat zum Beispiel Michael Stahl mit seinen Ausführungen zum Netzwerk „Freiberg für alle" in der Vereinszeitschrift Nr. 115 gezeigt. Wir sind sicher: Zivilgesellschaftliche Netzwerke, die eine klare Haltung mit einer offenen, zugewandten Ansprache verbinden, können auch AfD-Sympathisanten eine andere Form der Weltsicht eröffnen. ■

Soziale Lebensperspektive der Bürgerinnen und Bürger



Inwiefern stimmen Sie den folgenden Aussagen zu oder nicht zu? Quelle: More in Common (2023)

Die empfundene soziale Lebensperspektive unterscheidet sich bei den Menschen stark je nachdem, zu welcher gesellschaftlichen Gruppe sie gehören. Laut *More in Common* müsse es darum gehen, die unterschiedlichen gesellschaftlichen Perspektiven zu verstehen, um auf dieser Basis gestalterische Angebote zu machen.

Dr. Michael Parak ist Geschäftsführer, **Ruth Wunnicke** und **Liane Czeremin** sind wissenschaftliche Referentinnen in der Geschäftsstelle von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

RAG Mittelrhein

Friedhelm Boll

Von der Zeitzeugenarbeit zur Freundschaft

Unsere jährlichen Besuche im französischen Märtyrerdorf Maillé

Maillé war hinsichtlich der Erinnerungsarbeit lange Zeit ein vergessener Ort. Auch heute ist das Massaker, das deutsche Soldaten am 25. August 1944 dort verübten, wenig bekannt. 124 Menschen fielen dem Kriegsverbrechen damals zum Opfer, 43 von ihnen waren Kinder im Alter von bis zu zwölf Jahren. Seit 2017 war ich jeweils gemeinsam mit wechselnden Mitgliedern einer deutschen Delegation immer wieder vor Ort, um Gespräche mit den Überlebenden und Angehörigen der Opfer zu führen. Im Folgenden möchte ich schildern, wie sich die Erinnerungskultur in Maillé entwickelt hat und welche Rolle die deutsch-französischen Begegnungen spielen. Außerdem möchte ich einige Zeitzeugen vorstellen.

1. Entwicklung der Erinnerungskultur in Maillé

Die Entwicklung der Erinnerungskultur in Maillé war Thema unseres Besuches im Jahr 2022. Wir wollten wissen, warum 50 Jahre lang nicht über das Massaker gesprochen wurde, wann und wie die Überlebenden angefangen haben zu sprechen und wie sich dies im Familienzusammenhang auswirkte, auch auf die zweite und dritte Generation. Das Ehepaar Layla Kiefel und David Hanna drehte einen Dokumentarfilm über die Begegnung der deutschen Gruppe mit den Familien der Überlebenden.

Foto: Charlotte Seibt

Bürgermeister Bernard Eliaume 2022 beim Interview. Layla Kiefel und David Hanna drehten einen Dokumentarfilm über unsere Gespräche.

Ein besonderer Zeitzeuge für uns war Bernard Eliaume, der 21 Jahre lang Bürgermeister von Maillé war (2002–2023) und in dieser Zeit die deutschen Besucher erlebte und betreute. Bernard stammt nicht aus Maillé. Vieles war ihm fremd, als er Mitte der 1990er Jahre in den Ort kam. Er und seine Frau Cathérine wunderten sich zu hören, dass man mit einem Auto mit deutschem Nummernschild nicht ins Dorf kommen durfte. Sollten dennoch deutsche Freunde zu Besuch anreisen, wurden sie gebeten, deren Auto sofort in der Garage zu verstecken. Die Familie wohnte indes weit außerhalb des Dorfes, sodass Besuche ihrer deutschen Freunde nicht bemerkt wurden. Dass es 50 Jahre nach den Ereignissen von 1944 keine Gedenkstätte und kein Museum gab, bildete ebenfalls eine Besonderheit von Maillé. Die Trauerfeiern zum 25. August beschränkten sich bis dahin auf eine Messe mit anschließendem Gang zum Friedhof. Danach ging jeder still nach Hause. So berichtet es die Zeitzeugin Giselle Bourgoin. Große Veränderungen ergaben sich erst nach der Gründung des Vereins *Pour Le Souvenir de Maillé* 1995 und der Errichtung eines Museums, das bewusst nur *Maison du Souvenir* (Haus der Erinnerung) genannt und um 2010 eröffnet wurde.

Nun bildeten Bernard Eliaume und Serge Martin, der Vorsitzende des Vereins *Pour le Souvenir de Maillé*, ein perfektes Team. Eliaume sagte: „Bei uns konnten die Opfer des Massakers mitarbeiten, mit uns konnten sie auch weinen."

Eliaumes Vorgänger im Bürgermeisteramt, Gilbert Chedozeau, war hingegen der Meinung, Maillé habe stellvertretend für die gesamte Nation gelitten, also müsse die gesamte Nation auch für die Erinnerung und die sonstigen Schäden aufkommen. Die Gemeinde solle dafür keinen Cent ausgeben. Sein gesamtes Leben lang hat Chedozeau keinen Fuß ins *Maison du Souvenir* gesetzt. Das betont dessen Leiter Romain Taillfait.

Die Lehrerin Annette Gandard schrieb ihre Examensarbeit über Maillé, weil sie als zweijähriges Kind keine eigene Erinnerung an das Massaker hatte. Nach der Schule verließ sie Maillé und das Departement. Sie kam gelegentlich zum 25. August in ihr Heimatdorf, seit 2015 aber regelmäßig, weil ihre Enkelin alles wissen wollte. Ihren Kindern habe sie nie etwas erzählt, ihrer Enkelin Camille nun jedoch viel. Deren Interesse sei sehr groß, seitdem sie festgestellt hat, dass ihre Großmutter über Maillé mehr weiß als ihre Lehrer.

Die Einrichtung der Gedenkstätte hat vieles verändert, sagt sie. Jetzt konnten die Überlebenden Bekannte oder Kollegen »

Die in diesem Jahr verstorbene Giselle Bourgoin 2022 bei Tisch mit ihrem Sohn.

» aus ferneren Gegenden mitbringen und mit den Ausstellungen des *Maison du Souvenir* konfrontieren. Großen Anklang fand schließlich eine Neuerung, als Bürgermeister Eliaume am Mittag des Gedenktages ein gemeinsames Mittagessen für die gesamte Gemeinde einführte. Für Annette Gandard war dies die wichtigste Veränderung überhaupt. Jetzt ging man nach dem Friedhof nicht mehr einfach weg, sondern blieb mit Kindern und Enkeln den gesamten Tag zusammen, aß gemeinsam im Gemeindesaal, erzählte, freute sich und konnte auch lachen.

2. Deutsche Repräsentanten in Maillé

Bezüglich der Deutschen, die sich um Maillé kümmerten, hebt der ehemalige Bürgermeister Eliaume die Besuche des Staatsanwalts Ulrich Maaß ab 2008 hervor. Manche Überlebenden hatten demnach vorab sehr eigene Erwartungen an sein Erscheinen: „Kommt er in Uniform? Trägt er Stiefel? Wird es Tränen geben? Wird er in Stiefeln durchs Dorf marschieren?" Doch Maaß' freundliches und engagiertes Verhalten hätten alle Besorgnisse schnell zerstreut.

Eine weitere Etappe bildete die Initiative für einen Jugendaustausch, den die Organisation *alpha e.V.* angeregt hatte: Ab 2010 kamen gefährdete Jugendliche aus Wuppertal nach Maillé, wo sie Renovierungsarbeiten ausführten. Serge Martin, der Vorsitzende des Vereins der Überlebenden, kümmerte sich vor Ort um sie.

Weitere Stationen der Annäherung an Deutschland ergaben sich ab 2017, als Bernard Eliaume mit mir erstmals einen Vertreter von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. nach Maillé einlud. Daraus ergaben sich weitere Aktivitäten, wie der Besuch einer Delegation aus Maillé mit Serge Martin und Romain Taillefait in Bonn und Berlin im Januar 2018, ein Mittagessen mit Staatsminister Michael Roth im Auswärtigen Amt und schließlich die Verleihung des Bundesverdienstkreuzes an Serge Martin durch Staatsminister Roth im November 2018.

Bei meinem Besuch in Maillé im Sommer 2018 kam die Zeitzeugin Giselle Bourgoin spontan auf mich zu und erzählte gemeinsam mit ihrer deutlich älteren Cousine über die Geschehnisse vom 25. August 1944. Weitere Überlebende kamen hinzu, es bildete sich eine große Traube von Menschen um unser Gespräch. Alle wollten berichten. Dies motivierte mich, die bisherigen Planungen gemeinsamer wissenschaftlicher Konferenzen zurückzustellen und vornehmlich auf die Begegnung mit den Überlebenden zu setzen. Die Gespräche konnten den Betroffenen helfen, ihre traumatischen Erlebnisse zu verarbeiten, auch weil sie sahen, dass wir ihre Erzählungen in Deutschland bekannt machten. Jedes Jahr intensivierten wir die Begegnungen mit den Überlebenden und luden immer stärker auch die zweite und dritte Generation dazu ein. Da das Massaker zuvor in der familiären Erinnerung wenig auftauchte, wurde es nun zu einem zentralen Thema der nachfolgenden Generation. Ab 2021 erlebten wir, dass wir freudig erwartet und zunehmend auch zu privaten Besuchen eingeladen wurden. Hierbei gingen Bernard Eliaume, Lilian Menanteau und Xavier Bernard voran.

Zuvor mit Skepsis betrachtet, wurden die deutschen Blumengebinde, meist in Gelb-Rot gehalten, 2022 und 2023 aufmerksam beachtet. Das zeigte, dass die Anwesenheit von Deutschen langsam selbstverständlich wurde, so sagten es unsere Gesprächspartner.

Unsere regelmäßigen Besuche haben die Atmosphäre der Trauerfeiern im Laufe der Zeit verändert. Ging es im Anfang darum, einfach präsent zu sein und Mitgefühl am Leid der Überlebenden zu zeigen, so wird inzwischen immer deutlicher, dass das Anhören und Verstehen-Wollen der Überlebensgeschichten wichtige Bausteine für Verständigung und Versöhnung bilden. Immer häufiger werden Einladungen zu privaten Besuchen ausgesprochen. Selbst Überlebende, die nie nach Deutschland fahren wollten, wären heute dazu bereit.

Annette Gandard, Enkeltochter Camille und Friedhelm Boll.

Fotos: Charlotte Seibt

Zwei Töchter von Eugenie Bernard, Michael Vogel, Christiane Goldenstedt, Eugenie Bernard, Charlette Bernard mit Tochter, Friedhelm Boll, Barbara Vogel, Charlettes Sohn Claudy Bernard 2023 auf dem Hof von Enkel Xavier Bernard (v. l.).

3. Zeitzeugen

Fast alle Gesprächspartner bestätigten das lange Schweigen im Dorf und in den Familien. Aber es gab auch Ausnahmen. Dazu gehörte Christiane Guitton (Jahrgang 1934), mit der wir erstmals 2022 zusammenkamen.

Schnell bemerkten wir, wie schwer es ihr fiel, uns detailliert vom Massaker zu berichten. Ihre Familie wohnte 1944 außerhalb des Dorfes. Ihr Vater bemerkte, dass deutsche Soldaten das Dorf abgeriegelt hatten, und er hörte Schüsse. Sofort kehrte er um und floh mit seiner Familie in die nächstgrößere Stadt. „Die Deutschen verbrannten alles und töteten jeden, den sie entdeckten." Am nächsten Tag waren drei Cousins und deren Eltern tot. Nach dem Betreten des Dorfplatzes sah man überall Leichen, Särge, Rauch. Es herrschte eine unheimliche Stille. Niemand weinte.

Christiane Guitton berichtete stockend von ihren Schuldgefühlen. Ihre gesamte Familie hatte überlebt. Das Gefühl der *culpabilité* habe sich auch bei allen Geschwistern gefunden. Um ihre Kinder zu informieren, habe sie ihnen später ein Buch des damaligen Pfarrers Payot übergeben, in dem sich die wichtigsten Zeugenaussagen der Überlebenden fanden. Ihre eigenen Erinnerungen seien ihr „Schatz". Später habe sie mit Bernard Eliaume die Öffnung der Gedenkkultur für deutsche Besucher mitgetragen. „Es ist sehr gut, dass wir heute ein viel besseres Verhältnis zu Deutschland haben", sagte sie. Sie hat Deutschland öfter besucht.

Christiane Guitton

Jetzt hat sie eine deutsche Schwiegertochter und ihre Enkelkinder sind zweisprachig. Sie leben in Frankreich und fahren zum Urlaub nach Deutschland.

Am Rande des Gedenktags 2022 ergab sich spontan ein Interview mit Jacqueline Hinderscheid, die das Massaker als 17-Jährige erlebt hat. Jacqueline Hinderscheid kommt erst seit einigen Jahren zu den Gedenkveranstaltungen, weil ein Nachbar so freundlich ist, sie nach Maillé zu bringen. Bis heute, sagt sie, fühle sie sich traumatisiert: Ihr Vater und die kleine Schwester wurden bei dem Massaker umgebracht. Ein Nachbar habe sie und ihre Mutter anschließend gedrängt, die Leichen in den Schutz einer Scheune zu bringen. Ihre Mutter habe den Vater und sie ihre kleine Schwester getragen. Ihr erschütternder Bericht wurde in den Dokumentarfilm aufgenommen.

Auch Giselle Bourgoin nahm seit 2018 jedes Jahr an unseren Begegnungen teil, 2022 kam sie erstmals mit ihrem Sohn. Da sie uns schon in den Jahren zuvor über das Massaker berichtet hatte, erzählte sie nun von ihren wechselnden beruflichen Beschäftigungen im Weinberg, in einer Baumschule und im Büro sowie über ihre Trauer um den verstorbenen Ehemann. In diesem Jahr ist Giselle Bourgoin selbst gestorben und ihr Sohn ist froh, durch ihre Teilnahme an dem Dokumentarfilm nun eine besondere Erinnerung an seine Mutter zu besitzen.

So nehmen wir immer mehr am Leben der Geretteten teil. Zum Beispiel auch an dem von Xavier Bernard, dessen Großmutter und Großtante wir bereits seit Jahren kennen. Er bewirtschaftet den Hof der Großeltern in fünfter Generation. Getreideanbau ist seine Sache. Auch er ist ein aktives Mitglied des Vereins der Überlebenden und arrangiert jedes Jahr die Niederlegung der Blumengebinde. Der diesjährige Besuch im Haus der Bernards bildet einen Höhepunkt unserer Begegnung. Wir haben viel erzählt, viel gelacht und uns über das Miteinander gefreut. ■

Prof. Dr. Friedhelm Boll ist Historiker, Sprecher der Regionalen Arbeitsgruppe Mittelrhein und Vorstandsmitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

RAG Augsburg-Schwaben

Bernhard Lehmann

Industriebetriebe in die Pflicht genommen

Drei Stolperschwellen weisen nun auf Zwangsarbeit hin.

Durch intensive Recherchen seit 2021 ist es der Regionalen Arbeitsgruppe Augsburg-Schwaben gelungen, Industriebetriebe in der Region auf ihre Geschichte der Zwangsarbeit während des Zweiten Weltkrieges hinzuweisen und sie in die Pflicht zu nehmen, an diese Firmenvergangenheit zu erinnern.

Foto: Bernhard Lehmann

Die Stolperschwelle vor den ehemaligen IG Farbwerken Gersthofen

Dank der Recherchen konnten die Nachfolgebetriebe der ehemaligen IG Farbwerke Hoechst in Gersthofen und in Bobingen sowie der ehemaligen Firma Siemens-Plania (heute SGL Carbon) davon überzeugt werden, die Patenschaften für entsprechende Stolperschwellen zu übernehmen. Im Gersthofer Werk kamen ab 1940 über 400 Zwangsarbeiter, im Bobinger IG Farbenwerk und bei der Dynamit AG fast 1100 Zwangsarbeiter aus allen von den Nationalsozialisten besetzen Gebieten zum Einsatz, in Meitingen bei der Siemens-Plania über 200 Kriegsgefangene aus der damaligen Sowjetunion.

Besonders eindrucksvoll bei der Verlegung in Gersthofen im Oktober 2021 war die Rede von Fabian Schnaubert. Er ist ein Enkel des Ingenieurs Gerhard Hermann Schnaubert, der in Gersthofen als „schwarze Bestie" bezeichnet wurde. Der Ingenieur war für den ausbeuterischen Einsatz der Militärinternierten beim Bau der Firma Transehe verantwortlich, die den Raketentreibstoff für die V2-Rakete produzierte. Fabian Schnaubert übernahm nun die Patenschaft für den Stolperstein eines vor Ort verstorbenen italienischen Militärinternierten, Gino Rossi.

Zwei Stolperschwellen für die Gemeinden Langweid und Meitingen

Darüber hinaus gelang es durch hartnäckigen Einsatz, die Bürgermeister der Gemeinden Meitingen und Langweid dazu zu bewegen, Stolperschwellen in Erinnerung an die Zwangsarbeit vor Ort zu verlegen und die Patenschaft hierfür zu übernehmen. Diese Schwellen wurden vom Künstler Gunter Demnig im November 2022 und im März 2023 verlegt.

Weitere Aktionen sind in Gablingen geplant, wo sich ein Außenlager des KZ Dachau befand. Dort gibt es bisher noch nicht einmal eine Gedenktafel, die an das Unrecht erinnert.

Im Oktober 2024 wird zudem eine Stolperschwelle in Bobingen verlegt werden, und zwar für die über 150 Zwangsarbeiter, die für die Bahnmeisterei Bobingen schufften mussten. Ein bemerkenswerter Erfolg, denn die DB als Nachfolgeorganisation der Reichsbahn ist nach wie vor nicht bereit, Verantwortung zu übernehmen. Die Patenschaft übernimmt in diesem Fall die Stadt Bobingen.

Aktivität in den Stolpersteininitiativen und der Erinnerungswerkstatt Augsburg

Die Regionale Arbeitsgruppe Augsburg-Schwaben ist fester Bestandteil der Augsburger und Gersthofer Stolpersteininitiativen. Für das Augsburger Onlinegedenkbuch haben Mitglieder der RAG darüber hinaus mehr als 100 Biografien zusammengetragen. (*www.gedenkbuch-augsburg.de*).

Die Recherchen zur Zwangsarbeit sind jeweils auf den Seiten *www.zwangsarbeit-meitingen.de* und *www.zwangsarbeit-bobingen.de* dokumentiert.

Dr. Bernhard Lehmann ist Mitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. und ehemaliger Sprecher der RAG Augsburg-Schwaben (2011–2016).

Erinnerungskultur in Schwaben 2001–2023

Seit über 20 Jahren beschäftigt sich die RAG Augsburg-Schwaben intensiv mit dem Thema Zwangsarbeit. Seit 2001 wurden mehrfach ehemalige Zwangsarbeiter auf Initiative des Paul-Klee-Gymnasiums nach Augsburg und Gersthofen eingeladen. Auf zwölf Reisen besuchte der Gymnasiallehrer Bernhard Lehmann über 80 ehemalige Zwangsarbeiter in der Ukraine und in Italien. Den Opfern wurden Geldbeträge überreicht, die in Benefizveranstaltungen mit Künstlern wie Dieter Hildebrandt, Gerhard Polt, Reinhard Mey, Frank-Markus Barwasser, Senta Berger, Hannes Wader, Franz Josef Degenhardt, Helmut Schleich, Andreas Giebel, Luise Kinseher, Marianne Sägebrecht, Florian Schroeder und vielen anderen Prominenten gesammelt wurden. Insgesamt kamen in zehn Jahren fast 200.000 Euro zur Verteilung.

Eine Gedenkstätte für die Opfer der Zwangsarbeit konnte 2005 in Gersthofen errichtet werden, eine 92-seitige Broschüre ging mit Unterstützung von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. in Druck und eine Website wurde eingerichtet: ***www.zwangsarbeit-gersthofen.de***.

Dank der Tagebücher von drei italienischen Militärinternierten, Anselmo Mazzi, Giorgio Gregori und Fulvio Depetroni, konnte viel über die Deportation, die Behandlung der Zwangsarbeiter, die Arbeitsbedingungen, das Verhältnis der Internierten zu den Deutschen und ihre Ernährungssituation in Erfahrung gebracht werden.

Rückenwind erhielt die Initiative damals durch die Unterstützung der Berliner Geschäftstelle von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. oder Berliner Geschäftsstelle des Vereins, insbesondere durch Hans-Jochen Vogel und Cornelia Schmalz-Jacobsen. Der italienische Regisseur Alessandro di Gregorio drehte den mehrfach preisgekrönten Film „8744“ über das Projekt.

Suche nach Zeichen frühen Gedenkens

Bitte um Hinweise zu lokalen Erinnerungsorten an die Redaktion

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs haben große Teile der deutschen Gesellschaft die Verbrechen des Nationalsozialismus, vor allem die Shoah, über lange Jahre verdrängt. Und doch gab es auch frühe Zeichen des Gedenkens. Günter Neugebauer hat in einer Buchempfehlung im Heft 114 der Zeitschrift Gegen Vergessen Für Demokratie über das erste Mahnmal Nordeuropas für die NS-Opfer berichtet, das 1946 vom Holocaust-Überlebenden Gyula Trebitsch initiiert und in Itzehoe aufgestellt wurde, bevor der örtliche Magistrat es Jahre später wieder abbauen und für Jahrzehnte „verschwinden“ ließ.

Diese Geschichte hat Leser Ekkehard Knobloch, Mitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V aus Gauting, zu einer Idee inspiriert. Ihm fiel auf, dass es bislang keine Übersicht über Mahnmale gibt, die so früh – zwischen dem Kriegsende und den Anfängen der Bundesrepublik und der DDR – entstanden sind.

In Gauting selbst gibt es ebenfalls ein Denkmal für jüdische NS-Opfer aus den 1940er-Jahren. Ekkehard Knobloch: *„Auf Anordnung der us-amerikanischen Besatzungsmacht wurde das Gautinger Luftwaffenlazarett im Frühjahr 1945 in ein Hospital für lungenkranke Displaced Persons umgewandelt. Als die ersten jüdischen Patienten starben, verlangte das jüdische Patientenkomitee eine Bestattung nach jüdischem Ritus auf einem eigenen Begräbnisplatz abseits des christlichen Friedhofs. Dafür stellte die Gemeinde ein Gelände südlich des gemeindlichen Friedhofs zur Verfügung. Die offizielle Widmung dieses Geländes zum jüdischen Friedhof am 19.10.1947 war verbunden mit der feierlichen Enthüllung eines Denkmals für die sechs Millionen jüdischen Opfer des Nationalsozialismus.“*

Foto: Cholo Aleman/wikipedia

Das Denkmal in Gauting für die jüdischen Opfer des Nationalsozialismus wurde am 19.10.1947 enthüllt.

Knobloch stellte der Redaktion die Frage, ob sie nicht helfen könne, nach mehr Beispielen zu suchen. Daraus ist nun dieser Aufruf an Sie entstanden, liebe Leserinnen und Leser:

Wenn Sie selbst oder vielleicht Ihre lokale Stadtarchivarin oder Ihr lokaler Stadtarchivar Orte und Formen des frühen Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus in Ihrer Region kennen sollten, freuen wir uns über eine Mitteilung an *redaktion@gegen-vergessen.de*

Die Redaktion wird dann, je nach Anzahl der Rückmeldungen, im Laufe des kommenden Jahres über eine angemessene Form der Veröffentlichung entscheiden.

Wir bedanken uns für jede Mithilfe!

RAG Hannover

Michael Pechel

Givat Haviva – eine Stimme des Friedens im Nahen Osten

Seit Antritt der rechtsreligiösen Regierungskoalition im Dezember 2022 erschüttern Großdemonstrationen Israel, das Land scheint gespalten wie nie in seiner Geschichte. Die RAG Hannover lud Torsten Reibold im Juni als Europa-Repräsentanten der israelischen Organisation Givat Haviva – benannt nach der Widerstandskämpferin Haviva Reik – zu einem Vortrag in das Zeitzentrum Zivilcourage nach Hannover ein. Als Pendler zwischen Wohnsitzen in Israel und Europa ist er unmittelbarer Zeuge der politischen Spannungen im Nahen Osten.

Fast so alt wie der Staat selbst, ist Givat Haviva die größte und älteste Institution in Israel, die sich für die jüdisch-arabische Verständigung einsetzt. Ihr Zentrum für eine gemeinsame Gesellschaft („shared society") organisiert Projekte zur Zusammenarbeit von jüdischen und arabischen Gemeinden. Im September 2018 nahm die Givat Haviva International School ihre Arbeit auf, je ein Viertel ihrer Plätze ist für jüdische und arabische Israelis reserviert. Die Arbeit der Stiftung wurde mehrfach ausgezeichnet, unter anderem mit dem UNESCO-Preis für Friedenserziehung. 2017 besuchte der deutsche Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier die Einrichtung.

Fünf Wahlen in vier Jahren

Welche Auswirkungen hat die Politik des nunmehr sechsten Kabinetts Netanyahu auf die friedenspolitische Arbeit in Israel? Torsten Reibold entwirft ein ernüchterndes Bild der innenpolitischen Situation mit ihren zahlreichen Bruchlinien. Seit Langem stehen sich demnach ein säkular-liberales und ein rechtsreligiöses Lager in gleicher Stärke gegenüber, sodass von einer Dauerkrise und gegenseitigen Blockade zu sprechen ist. Verschärfend kommt hinzu, dass das israelische Parteiensystem von zahlreichen Kleinstparteien und wechselnden Listenverbindungen geprägt ist. Kaum eine Regierung erlebt ihr reguläres Ende. Zwischen 2019 und 2022 wurden die Bürgerinnen und Bürger des Landes zu fünf Parlamentswahlen gebeten. Erst mit der Wahl vom November 2022 brachte der Likud als größte konservative Partei eine stabile Mehrheit in der Knesset in Koalition mit rechten und religiösen Parteien zustande, die ihrerseits ihre Bedingungen stellten. Ob „Bibi" Netanyahu diese Allianz aus Machthunger oder aus Angst vor dem Gefängnis einging, muss offenbleiben – ihm drohen zahlreiche Strafverfahren.

Die komplexe Parteienlandschaft bildet darunterliegende Brüche ab – der unter anderem in Tel Aviv lehrende Soziologe Natan Sznaider spricht nicht umsonst von „Gesellschaften in Israel". Zu sehen sind zum einen der Bruch zwischen der arabisch-palästinensischen Minderheit und der jüdischen Mehrheitsgesellschaft, zum anderen die Unterschiede und Differenzen innerhalb der jüdischen Teilgesellschaften, insbesondere zwischen dem säkularen und dem religiösen Lager sowie zwischen aschkenasischen und sephardischen Herkunftsgruppen. Arabische Israelis machen rund 20 Prozent der Bevölkerung aus. Sie sind formal politisch gleichberechtigt, zu Wahlen zugelassen und in Parteien organisiert. Doch erst im Juni 2021 trat mit der „Vereinigten arabischen Liste" erstmals eine arabische Partei als Koalitionspartner einer israelischen Regierung, dem Kabinett Bennett-Lapid, bei. Zuvor waren anscheinend die Ängste zu groß, bei der eigenen Klientel als Kollaborateur des Besatzungsregimes in der Westbank zu gelten. Allerdings war die breite Koalition aus acht Parteien zu heterogen und nur von der gemeinsamen Ablehnung Netanjahus getragen. Sie verlor schnell ihre knappe Mehrheit und stand ohnehin unter keinem guten Stern: In den Mai 2021 fielen massive Raketenangriffe auf Israel aus dem Gazastreifen mitsamt der militärischen Antwort der israelischen Armee sowie gewaltsame innerisraelische Auseinandersetzungen. In Ostjerusalem und in vielen weiteren israelischen Städten brachen schwere Unruhen zwischen Juden und Arabern aus. Das Scheitern der Regie-

גבעת חביבה چڤعات حبيبة

Givat Haviva

Foto: Michael Pechel

Torsten Reibold von der israelischen Organisation Givat Haviva während seines Vortrags in Hannover.

rung Bennett-Lapid und der folgende Sieg Netanyahus und seiner rechtsreligiösen Partner kann auch als Quittung auf diesen Versuch der Beteiligung einer arabischen Partei gelesen werden.

Für die Partner im amtierenden Kabinett fand der Referent deutliche Worte. Für Netanyahu gelte, dass er in seiner langen politischen Karriere alles erreicht habe und die Regierungsverantwortung nur noch zur persönlichen Absicherung nutze. Dafür habe er Israel Extremisten ausgeliefert. Der zum „Minister für Nationale Sicherheit Israels" ernannte Vorsitzende des Koalitionspartners Otzma Jehudit („Jüdische Stärke"), Itamar Ben Gvir, wurde 2007 von einem israelischen Gericht wegen rassistischer Aufhetzung und Unterstützung einer terroristischen Vereinigung verurteilt. Als Jugendlicher war er Mitglied einer rechtsradikalen Jugendorganisation, die für den „Transfer" der Palästinenser aus Israel eintrat. Bezeichnend, dass er während der Koalitionsverhandlungen die Erweiterung seiner Kompetenzen auf die Grenzpolizei im Westjordanland erreichen konnte – er lebt selber dort als Siedler. Gleichzeitig wurde eine Taskforce der Polizei aufgelöst, die zu Maßnahmen gegen die eskalierende Gewalt in den arabischen Kommunen Israels beraten und sie durchführen sollte.

Eine weitere prägende Figur im neuen Kabinett stellt Bezalel Joel Smotrich als Vorsitzender der rechtsreligiösen Partei HaTzionut HaDatit („Religiöser Zionismus") dar. Er brachte es trotz fehlender Vorkenntnisse zum Finanzminister. Ebenfalls Siedler im Westjordanland, bestreitet er die Existenz eines palästinensischen Volkes und tritt als Vertreter eines „Groß-Israel" für die Annexion der besetzten Westbank und Ausdehnung des Staates auf biblische jüdische Siedlungsgebiete ein, mögen diese auch in den heutigen Staaten Jordanien, Syrien oder Ägypten liegen. Smotrich agiert sowohl homophob als auch frauenfeindlich, insbesondere bezieht er Stellung gegen das sehr liberale Abtreibungsrecht.

Innenpolitische Lage verschärft sich

Seit Amtsantritt des neuen Kabinetts verschärft sich das innenpolitische Klima in Israel und im Westjordanland zunehmend: Gewaltsame Auseinandersetzungen lassen die Todesrate insbesondere unter Palästinensern der besetzten Westbank in die Höhe schnellen. Als Antwort auf tödliche Angriffe auf israelische Bewohner eskaliert die Gewalt militanter Siedler, die Extreme schaukeln sich gegenseitig hoch. Im Kernland Israel häufen sich Berichte, dass Frauen mit Verweis auf ihre angeblich zu freizügige Kleidung der Transport in öffentlichen Verkehrsmitteln verwehrt wird oder ihnen besondere Plätze zugewiesen werden. Der Einfluss orthodoxer Parteien in der Regierung führte zu einer erheblich verbesserten Finanzierung streng religiös ausgerichteter Bildungseinrichtungen. Zur Empörung der in der Mehrheit säkular ausgerichteten Bewohnerinnen und Bewohner Tel Avivs stehen die Räder der soeben eingeweihten Stadtbahn am Samstag, dem Schabbat, und an Feiertagen still …

Torsten Reibold schätzt die weitere Entwicklung als offen ein. Das Kräftemessen gehe weiter, genau wie die wöchentlichen Massendemonstrationen gegen die Gesetzespläne der weitgehenden Entmachtung des Obersten Gerichtshofes zugunsten der Exekutive. Die Auswirkungen auf die Arbeit Givat Havivas sind abzuwarten, zum Beispiel drohen Mittelstreichungen des Erziehungsministeriums für Extracurricula an Schulen, die jüdisch-arabische Begegnungen ermöglichen. Sie sind immens wichtig, weil innerhalb Israels jeweils drei voneinander abgeschottete Schulsysteme bestehen: jüdische und arabische säkulare Schulen sowie jüdische Religionsschulen. Da sich der israelische Alltag weitgehend in Parallelgesellschaften abspielt, bieten diese schulischen Veranstaltungen fast die einzige Möglichkeit zur gegenseitigen Verständigung. Und – das war die positive Schlussbotschaft – Givat Haviva wird zunehmend gefragt: Seit den teils gewaltsamen Ausschreitungen des Jahres 2021 stiegen die Anfragen um das Vierfache. ■

Online:
Deutscher Freundeskreis Givat Haviva: *https://www.givat-haviva.net/*
Givat Haviva Israel (arabisch/englisch/hebräisch): *https://www.givathaviva.org/*
Zeitzentrum Zivilcourage der Landeshauptstadt Hannover: *www.hannover.de/das-z*

Michael Pechel ist Co-Sprecher der RAG Hannover von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. Dieser Beitrag wurde vor dem Angriff der Hamas auf die israelische Zivilbevölkerung am 7. Oktober 2023 fertiggestellt und konnte aufgrund des Redaktionsschlusses nicht mehr modifiziert werden.

RAG Münsterland

Stefan Querl

„Vieles, was damals los war, ist für uns heute unvorstellbar“

Ein aufrichtiger Blick auf die DDR-Bürgerrechtsbewegung, aber auch auf das Beamtenversagen bei der Polizei am 24. November 1990 im brandenburgischen Eberswalde: Uta Leichsenring stellte sich in der RAG Münsterland den Fragen junger neuer Mitglieder zum Fall Amadeu Antonio, der bei einem rechtsextremen Übergriff ums Leben kam. Betzavta-Einheiten schulten zudem in Haltung und Kommunikation.

„Großer Bahnhof“ für Uta Leichsenring, die frühere DDR-Bürgerrechtlerin und Polizeipräsidentin im brandenburgischen Eberswalde in der Umbruchzeit nach der Friedlichen Revolution 1989/90. Als eine aufrichtige und problembewusste Zeitzeugin bereicherte sie einen Neueinstiegs- und Schulungstag von Villa ten Hompel und Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. im Münsterland mit einem Angebot der Rückschau und Diskussion, das allen Teilnehmenden enorm unter die Haut ging. So schilderte Uta Leichsenring ihre Eindrücke von der Implosion des SED-Regimes, aber auch das spätere Beamtenversagen in der jung wiedervereinigten Bundesrepublik am Beispiel eines Einsatzes am 24. November 1990 in Eberswalde.

Für den gebürtigen Angolaner Amadeu Antonio endete er grausam: Rechtsextreme prügelten ihn auf offener Straße zu Tode – weil er eine andere Hautfarbe als die Mehrheit im Ort hatte und weil die teils zur Skinhead-Szene zählenden Täter nach eigenen Worten „N**** klatschen“ wollten. Die Polizeikräfte vor Ort waren nicht imstande, dieser offenen Gewalt- und Gefahrenlage zu begegnen und die Opfer gegen den Mob zu schützen. Brandenburg, die Bundesrepublik und die Weltöffentlichkeit waren schockiert. Die Welle der politisch motivierten, rassistischen Gewalt im Lande riss nicht ab: Rostock-Lichtenhagen, Mölln, Solingen, Hünxe. „Wir müssten hier viele, viele Orte aufzählen“, betont Uta Leichsenring. Polizei sei immer auch Spiegel ihrer Gesellschaft, auch bei diesen damaligen Problem- und Gefahrenlagen. „Darüber gilt es offen zu sprechen“, mahnt sie.
Uta Leichsenring wurde erst nach der Tat im Jahre 1991 in das Amt der Polizeipräsidentin von Eberswalde berufen. Dennoch schmerze sie bis heute der steinige, aber eben notwendige Weg der kritischen Aufarbeitung des Übergriffes. „Vieles, was damals los war, ist für uns heute unvorstellbar“, beschreibt sie die Behördensituation, aber auch das Handeln der Menschen im Polizeiapparat, die sich mit Rückgrat für eine Demokratisierung und für mehr Prävention gegen Rassismus und auch Antisemitismus einsetzten. „Da gab es einiges an Herausforderungen.“ Von 2005 bis 2014 leitete sie die Außenstelle Halle des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, heute ein Teil des Bundesarchives. Im Oktober 2020 kam sie in die Kommission zur Aufarbeitung der rechtsextremistischen Anschlagserie in Berlin-Neukölln. Sie engagiert sich darüber hinaus fortdauernd weiter ehrenamtlich im erweiterten Bundesvorstand von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. sowie dem Beirat der Stiftung, die in mahnender Erinnerung nach Amadeu Antonio benannt ist. Und sie hält nach Eberswalde engen Kontakt.

Foto: Greta Lüking

Stefan Querl empfing als Sprecher der RAG den Gast aus Brandenburg, die früher in Eberswalde tätige Polizeipräsidentin Uta Leichsenring, die sich auch im erweiterten Bundesvorstand von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. engagiert. Ihr Bericht von der Friedlichen Revolution sowie den 1990er Jahren im wiedervereinigten Deutschland ging den Teilnehmenden unter die Haut.

Das Zeitzeuginnengespräch mit ihr leiteten gemeinsam Berit Schröder und Jakob Bläsi aus der Regionalarbeitsgruppe Münsterland. Stefan Querl als RAG-Sprecher und Leiter der Villa ten Hompel begrüßte auch die zwei Gastreferentinnen für eine Betzavta-Einheit herzlich: Katharina Klasen und Stephanie Wegener wurden in der Villa ten Hompel freiberuflich neben ihren Angestelltenverhältnissen tätig, um die angehenden Teamerinnen und Teamer in Kommunikations- und Achtsamkeitsfragen zu sensibilisieren. Besonders die Angebote der verschiedenen „Aktivitäten“, die das Duo jeweils anleitete und hinterher zur Analyse stellte, kamen hervorragend an. Das grundlegende Prinzip von Betzavta ist die Überzeugung, dass alle Menschen das gleiche Recht auf freie Entfaltung haben – auch in Konfliktfällen. Das Wort für die Methode stammt aus der hebräischen Sprache, wie Katharina Klasen und Stephanie Wegener erläuterten.

Die Studierenden, die an der Neumitglieder-Akademie teilnahmen, wappneten sich dadurch methodisch für Herausforderungen in Projekten oder während historischer Führungen durch die NS-Erinnerungsstätte Villa ten Hompel, die sie demnächst in Eigenregie durchführen oder moderieren. Teils alleine, teils in Kooperation mit der RAG. Coachen werden sie dabei zukünftig Dr. Kathrin Zöller sowie Kim Sommerer aus dem pädagogisch-wissenschaftlichen Kernteam des Geschichtsortes, die den Schulungstag maßgeblich mit vorbereitet hatte. ■

Mehr zu Amadeu Antonio und der nach ihm benannten Stiftung unter:
https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/ueber-uns/amadeu-antonio/

Carolin Starke

Die Folgen des „Verlorenen Transports“

Die neue Wanderausstellung „Wer ein Leben rettet … Lebensgeschichten von Kindern des Verlorenen Transports“ zeigt die Lebensgeschichten von acht jüdischen Kindern und Jugendlichen, die am 23. April 1945 aus dem „Verlorenen Transport“ in der brandenburgischen Niederlausitz nahe des Bergarbeiterdorfs Tröbitz von der Roten Armee befreit wurden.

Die Ausstellung veranschaulicht auf beeindruckende Weise die Verfolgungserfahrungen während des Holocausts und zeigt die Herausforderungen, denen Kinder und Jugendliche nach der Befreiung gegenüberstanden. Ferner kommen Angehörige der Überlebenden zu Wort, sprechen über generationenübergreifende Traumata und geben Einblick in ihren unterschiedlichen Umgang mit der Familiengeschichte.

Durch eine Vielfalt von Fotografien, Zeichnungen, Illustrationen, Zitaten, Dokumenten und drei Videostationen, die auch per QR-Code zugänglich sind, erhalten Besuchende ein umfassendes Bild von den historischen Ereignissen und ihren mentalen Folgen. Die Schau würdigt die Lebensgeschichten der Kinderüberlebenden und vermittelt ein besseres Verständnis für die Komplexität des Holocausts sowie dessen Auswirkungen.

Der Schwerpunkt liegt auf Letzterem: dem Weiterleben der Kinder, Jugendlichen und ihrer Familien. Der Verlust enger Familienangehöriger und die Verantwortung für Geschwister haben das Leben der Kinder stark beeinflusst. Die Kinderüberlebenden trugen schwer an ihren Erfahrungen und konnten die Normalität des Lebens außerhalb der Lager nicht immer nachvollziehen. Die Ausstellung verdeutlicht die Schwierigkeiten, sich mit anderen Kindern zu verbinden, und zeigt ebenso, wie sich die Überlebenden ein neues Leben aufbauten.

Micha Gelber war neun Jahre alt, als er aus dem „Verlorenen Transport“ befreit wurde. Er berichtet: *„Nach unserer Rückkehr versuchten unsere Eltern so weit wie möglich wieder ein normales Leben zu leben. Sie sahen es als ihre Aufgabe, dass wir mit der Vergangenheit klarkommen und uns überzeugen, dass diese schreckliche Erfahrung nicht Teil des normalen Lebens ist.“* (Micha Gelber, 2001)

Collage: Ute Härting

Illustration Collage der Kinderüberlebenden

Historischer Hintergrund zur Ausstellung

Die porträtierten Kinder und ihre Familien waren „Austauschjuden“ im Konzentrationslager Bergen-Belsen. Die Räumungstransporte erfolgten im April 1945, wobei drei Transporte mit insgesamt 6.700 Juden und Jüdinnen Richtung Theresienstadt fuhren. Nur einer der Transporte erreichte das Ziel, während ein zweiter am 13. April in Farsleben durch die US-Armee befreit wurde. Rund 2.500 jüdische Geiseln, Kinder, Frauen und Männer, waren in den Güterwaggons des „Verlorenen Transports“ zusammengepfercht und litten während der rund zweiwöchigen Irrfahrt durch Nord-, Mittel- und Ostdeutschland nicht nur unter Hunger und Durst. Die Enge, der fehlende Zugang zu Sanitäranlagen und grassierende Infektionskrankheiten wie Typhus und Ruhr führten zu einer enormen psychischen und physischen Belastung. Ein Zitat des Kinderüberlebenden Moshe Nordheim verdeutlicht die Grausamkeit und Entmenschlichung während des Transports: *„Es hatte nicht jeder einen Sitzplatz. Sie gingen von einem Ort zum anderen. Auf dem Boden lag eine Person. Es war ihnen egal, ob sie auf sie traten. Es hat die Leute nicht gestört. Sie waren wie betäubt. Wir waren Tiere, wir waren keine Menschen.“* (Moshe Nordheim, 2022)

Infolge der katastrophalen Transportbedingungen starben während der Fahrt mindestens 133 KZ-Häftlinge. Ihre Leichen wurden bei gelegentlichen Stopps in der Nähe der Gleise begraben. Die Namen der Toten sowie den ungefähren Ort der Gräber hielten Mithäftlinge schriftlich fest.

Nach der Befreiung wiesen sowjetische Soldaten die Dorfbewohnerinnen und -bewohner an, ihre Häuser zu räumen oder Platz für die Überlebenden zu schaffen sowie bei der Versorgung und Pflege der Kranken zu helfen. Bis Ende August 1945 starben weitere fast 350 Menschen, unter ihnen auch 26 Personen aus Tröbitz. Fast alle Jüdinnen und Juden verließen bis dahin die Lausitz. Lediglich der berühmte Filmregisseur Celino Bleiweiß wohnte dort mit seinen Eltern bis 1949. In den folgenden Jahren blieben Einwohnerinnen und Einwohner der Aufnahmedörfer in Kontakt mit Überlebenden und organisierten Gedenkveranstaltungen. Nach 1990 besuchten immer mehr Zeitzeuginnen und Zeitzeugen sowie Angehörige die Gräber der Verstorbenen des „Verlorenen Transports“.

Eröffnung der Wanderausstellung

Ein kleines Projektteam konzipierte, erarbeitete und gestaltete die bewegende Wanderausstellung, die auf Initiative des engagierten Vereins „Freundeskreis »

Foto: Veit Rösler

Foto: © sujet.design

Micha Gelber bei der Ausstellungseröffnung am 9. November 2022 (Bild links) und der Blick in die Ausstellung.

» Technisches Denkmal Brikettfabrik ‚Louise Domsdorf'" ins Leben gerufen wurde. Ein wissenschaftlicher Beirat, dem unter anderem der Zentralrat der Juden in Deutschland sowie die niedersächsische Gedenkstättenstiftung angehörten, war in beratender Funktion tätig.

Die feierliche Eröffnung fand am 9. November 2022 in den historischen Räumen des Technischen Denkmals „Brikettfabrik Louise" in Anwesenheit von Überlebenden und Angehörigen statt. Diese eindrucksvolle Brikettfabrik, die als älteste ihrer Art in Europa gilt und nur etwa 1,4 km vom Ort der Befreiung des Transportes entfernt liegt, dient als Schauplatz für die Ausstellung, ist aber auch ein Symbol des Widerstandes gegen das Vergessen. Die enge Verbindung zwischen der Ausstellung und der Brikettfabrik liegt in der engagierten Arbeit des Vereins „Freundeskreis Technisches Denkmal", der sich beharrlich für die Restaurierung und den Betrieb des historischen Denkmals einsetzt. Somit ist die Brikettfabrik sowohl ein bedeutsamer Ort der Industriegeschichte als auch des Erinnerns und Lernens über die Verbrechen des Nationalsozialismus und den in der DDR durchaus ungewöhnlichen Umgang mit der Erinnerung an den Holocaust.

Die Wanderausstellung wird nicht nur vor Ort sowie entlang der Route des „Verlorenen Transports" präsentiert, sondern auch an anderen Orten des In- und Auslandes. Das Hauptanliegen ist, die Geschichte der Kinder und Jugendlichen und ihres Über- und Weiterlebenswillens einem breiteren Publikum nahezubringen, vornehmlich Jugendlichen und jungen Erwachsenen. An deren Interessen und Sichtweisen orientiert sich die vom Ausstellungsbüro sujet.design entwickelte Gestaltung.

Pädagogisches Begleitprogramm

Zentraler Bestandteil der Ausstellungskonzeption ist ein umfangreiches pädagogisches Begleitprogramm, das speziell für Schülerinnen und Schüler entwickelt wurde. Das Programm ermöglicht es ihnen, sich tiefgreifend mit den Themen der Ausstellung auseinanderzusetzen und einen umfassenden Einblick in die Geschichte und die Auswirkungen des „Verlorenen Transports" zu erhalten.

Auf der Website der Ausstellung finden die Lehrkräfte und alle weiteren Interessierten die Arbeitsmaterialien zum Download unter *https://verlorenertransport.de/paedagogisches-material.html*. Eine Handreichung führt Lehrkräfte durch die Vorbereitung, den Ausstellungsbesuch und die Nachbereitung des Begleitprogramms. Ein Zeitstrahl über die Verfolgung und Massenermordung der europäischen Jüdinnen und Juden dient als inhaltlicher Einstieg und ermöglicht den Jugendlichen eine zeitliche Einordnung der tragischen Ereignisse. Die intensive Gruppenarbeit an einer Biografie der Kinderüberlebenden und die Betrachtung aus der Perspektive nachgeborener Generationen fördern das Verständnis für die individuellen Schicksale und deren Auswirkungen bis in die Gegenwart.

Das pädagogische Material regt zur Diskussion über die Gegenwart und Zukunft des Gedenkens an und legt den Fokus auf den Vergleich der Biografien und Kernaussagen der Porträtierten. Dadurch werden Unterschiede und Ähnlichkeiten im Umgang mit den Holocaust-Erfahrungen aufgezeigt und die Jugendlichen ermutigt, sich mit der Bedeutung dieser Geschichte für ihre Zeit auseinanderzusetzen. ■

Überlebende, Angehörige und Mitglieder des Projektteams bei der Ausstellungseröffnung.

Foto: Veit Rösler

Carolin Starke, Historikerin und Gedenkstättenpädagogin, ist verantwortlich für die Konzeption und Erstellung des pädagogischen Begleitprogramms der Ausstellung.

Für die Ausleihe fallen keine Leihkosten an. Eine finanzielle Unterstützung der logistischen Kosten des Auf- und Abbaus ist gegebenenfalls möglich.

Interview

„Verfolgten Menschen eine Stimme verleihen“

Im westfälischen Ahlen erinnern aktuell 213 Stolpersteine an Opfer des Nationalsozialismus. Manfred Kehr beleuchtet in seinem jüngst veröffentlichten Buch „Ahlen und seine Stolpersteine“ deren Lebenswege und Deportationsziele – besonders von Personen aus bislang wenig gewürdigten Verfolgtengruppen. Im Interview stellt er die Resultate seiner jahrzehntelangen Arbeit vor, bettet die Schicksale in den historischen Kontext ein und verweist auf Anknüpfungspunkte für zukünftige erinnerungskulturelle Projekte.

Herr Kehr, wie kamen Sie dazu, sich mit den Schicksalen in Ahlen auseinanderzusetzen?
Das 1992 ins Leben gerufene Stolpersteineprojekt begegnete mir zunächst in meinem Wohnort Münster. Die ortspolitische Inspiration für Ahlen waren die Arbeiten des Historikers und Diplom-Pädagogen Hans Werner Gummersbach. Er hatte sich in den 1980er Jahren mit dem Leben der Mitglieder der jüdischen Gemeinde und deren Verfolgung durch die Nationalsozialisten befasst. Im Fokus standen hierbei auch prominente Ahlener Jüdinnen und Juden wie Ahlens Ehrenbürger Imo Moszkowicz, ein Auschwitz-Überlebender und späterer Filmregisseur und Schauspieler. Rund zehn Jahre nach Gummersbachs Forschung griff ich als städtischer Angestellter im Ahlener Kulturamt das Thema Stolpersteine auf. Auch seit ich in Rente bin, arbeitete ich weiter daran.

Wie und wo haben Sie die Lebenswege der NS-Opfer recherchiert?
Zugänge bekam ich vor allem durch das Einwohnermeldeamt, das Kreisarchiv Warendorf, das Gedenkbuch des Bundesarchivs und die Datenbank von Yad Vashem. Neben offiziellen Dokumenten wie Deportationslisten und Entschädigungsakten bereicherten besonders Aufzeichnungen Überlebender sowie Erzählungen von Nachkommen oder Nachbarn meine Arbeit. Meine Recherchen folgten so weit wie möglich den jeweiligen Deportations- bzw. Fluchtwegen der Menschen.

Rund zwei Drittel der Ahlener Stolpersteine gedenken jüdischer Personen. Mit welchen Schicksalen haben Sie sich beschäftigt?
Die fundierten Vorarbeiten vor allem von Gummersbach und Uwe Rennspieß zusammen mit meinen Recherchen etwa der Hausnummern führten rasch zu den ersten 13 Ahlener Stolpersteinverlegungen im Februar 2008. Heute gibt es keine jüdische Gemeinde mehr, aber das Interesse ist da. Ein überwiegender Teil der jüdischen Verfolgten gehörte dem ländlichen und Industrieproletariat an, das sich die Flucht – die Einsicht in deren Notwendigkeit vorausgesetzt – kaum leisten konnte. Außerdem hinterlassen arme Menschen in den meisten Fällen weniger Spuren als wohlhabende, sodass die Datenlage nach wie vor dünn ist. Dennoch würde ich behaupten, dass ich die Mitglieder der jüdischen Vorkriegsgemeinde in Ahlen im Wesentlichen erfasst habe. Als Besonderheit gilt es festzuhalten, dass allein 33 der Ahlener Stolpersteininschriften den Familiennamen Spiegel tragen.

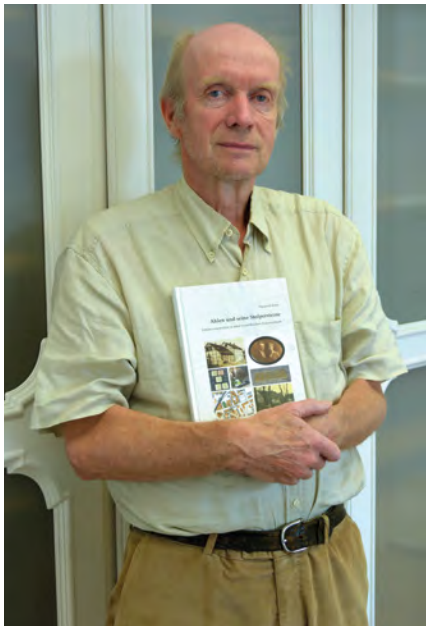


Foto: Julia Frech

Manfred Kehr, 2023

Weitere Verfolgtengruppen des NS-Regimes in Ahlen sind Menschen mit Behinderungen oder psychischen Erkrankungen, Zeugen Jehovas, Zwangsarbeiter:innen und Rom:nja.

Was inspirierte Sie zur Aufarbeitung ihrer Geschichten?
Den ersten Hinweis bekam ich bei einer der ersten Verlegungen vom Stolpersteinkünstler Gunter Demnig selbst: „Kümmert euch um eure ‚Euthanasie‘-Opfer!“ Dank des Psychiatriearchivs des Landschaftsverbands Westfalen-Lippe konnte ich dann zahlreiche Wege von der Ersteinweisung in „Heil- und Pflegeanstalten“ bis zu den Tötungsorten wie Hadamar in Hessen oder Warta im heutigen Polen nachvollziehen. Bei den Zeugen Jehovas griff ich auf Schülerarbeiten aus den 1980ern zurück, die der inzwischen verstorbene Lehrer Reinhard Künnemann angeregt hatte. Die Namen der Opfer gingen aus Gerichtsakten hervor. Die Unterstützung bei der Recherche und Verlegung variierte bei den jeweiligen Opfergruppen aus verschiedenen Gründen.

Mit aktuell 35 Stolpersteinen sind politisch Verfolgte die zweitgrößte Opfergruppe. Welche Besonderheiten zeichnen diese aus?
Nach der nationalsozialistischen Machtergreifung gehörten in der industriell geprägten Mittelstadt Mitglieder der KPD, verschiedener Gewerkschaftsorganisationen sowie Unorganisierte zu den ersten Inhaftierten. Aus Ahlen kamen 41 KPD-Mitglieder und Sympathisant:innen nach einem Massenprozess im Frühjahr 1933 in Hamm zunächst in die Arbeitsanstalt Brauweiler bei Köln, viele davon nach ihrer Entlassung direkt in Schutzhaft und teilweise als „Moorsoldaten“ in die Emslandlager. Die meisten wurden jedoch als Facharbeiter:innen in der lokalen Wirtschaft gebraucht und überlebten. Vielfach setzten Kommunist:innen ihre Aktivitäten ungebrochen in der Illegalität fort. Im öffentlichen Bewusstsein kommen ihre Schicksale jedoch kaum vor. Immerhin wird in der VHS inzwischen zur lokalen Parteiengeschichte geforscht. »

Foto: Privatbestand Familie Grosch, Abb. 61, S. 125 im Buch

Maria Grosch (geb. Evenkamp, 1909-1944)

» **Welche Lebenswege hatten die verfolgten KPD-Mitglieder in der Nachkriegszeit?**

Der Überlebende Max Reimann (1898–1977) war beispielsweise bis 1953 Fraktionsvorsitzender der KPD im Bundestag. Wie andere Ahlener:innen engagierte er sich in der Nachfolgeorganisation „Deutsche Kommunistische Partei", die in den 1980er Jahren in der Stadt sogar eine Ratsfraktion hatte. Obwohl die Altkommunist:innen mit am deutlichsten vor den Nationalsozialist:innen gewarnt und sich gegen sie gestellt hatten, wurden ihre Schicksale gerade aufgrund ihrer Nachkriegslebenswege wenig aufgearbeitet. Ihre Ehrung durch Stolpersteine stieß bei Teilen der Ahlener Bürgerschaft auf spürbaren Widerwillen; eine Ratsinitiative wollte sie sogar verhindern.

Was prägte Ihre Arbeit an den Stolpersteinen?

In vielen Fällen begegnete mir eine große Hilfsbereitschaft und sogar Dankbarkeit! Beispielsweise entstanden Kontakte zu Nachfahren von Maria Grosch (geb. Evenkamp, 1909–1944). Sie litt nach einem Bombenangriff Ende 1940 vermutlich an einem Trauma, wurde in die „Heilanstalt" Gütersloh eingewiesen und in der „Gauheilanstalt Tiegenhof" im heute wieder polnischen Gnesen (Gniezno) ermordet. In den Worten der Nachkommen ist der Stolperstein „[…] eine Art symbolischer Schlussstrich für die Ungewissheit, aber eine letzte Ehrerweisung für eine wunderbare Frau, deren Sorge um die Familie ihr zum Verhängnis in einer bösen Zeit wurde".

Ihr Beitrag zum lokalen Erinnern erfährt in der Öffentlichkeit viel Wertschätzung. Wie geht es weiter?

Stolpersteine und deren Pflege haben einen hohen Stellenwert in Ahlen. Wir planen bereits die nächste Verlegung für März 2024. Wünschenswert wäre es, dass sich das Buch „Ahlen und seine Stolpersteine" neben den Werken Gummersbachs und Rennspieß' in die Reihe von Publikationen zur lokalen NS-Stadtgeschichte einreiht und es eine überarbeitete Auflage gibt. „Gedenkblätter" ist ein Projekt, das hoffentlich wieder aufgegriffen und erweitert wird. Ausgehend von Lebensdaten verfolgter Menschen verfassen Jugendliche darin Geschichten, um individuelle Schicksale „wiederzubeleben". Ebenfalls einen zeitgemäßen Zugang bietet die WDR-App für alle Stolpersteine in NRW. Zukünftig von Interesse ist zudem die kritische Auseinandersetzung mit der „Wiedergutmachung" und den Entschädigungsakten. Zum Thema „Umgang mit überlebenden NS-Opfern nach dem Krieg" muss weitergearbeitet werden! Daher hoffe ich, dass meine alte Stelle im Kulturamt weiter finanziert und neu besetzt wird.

Was finden Sie in der erinnerungskulturellen Arbeit wichtig?

Wichtig ist es, am Ball zu bleiben, da Erinnerungskultur ein dynamischer Prozess ist. Besonders für die bislang wenig gewürdigten Opfergruppen wächst das historische Bewusstsein. Auch wenn Nachfolgeorganisationen der damaligen Parteien und Gewerkschaften wenig Interesse an der Aufarbeitung ihrer eigenen NS-Verfolgungsgeschichte zeigen, hat die aktive Aufmerksamkeit der Bürgerschaft eher zugenommen. Auch in der eigenen Familiengeschichte stolpern manche noch über unbekannte oder teils verschwiegene Schicksale.

Wo sehen Sie die Übertragbarkeit des Ahlener Beispiels auf gesamtdeutsche Verhältnisse?

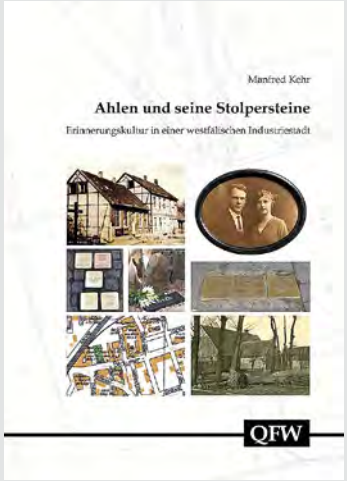
Anknüpfend an Gunter Demnig appelliere ich heute an alle Stolpersteininitiativen: „Kümmert euch um eure Kommunisten und Kommunistinnen!" Gerade ihnen schulden wir einen historisch fairen Umgang. Auch für andere Opfergruppen wie Sinti:zze und Rom:nja, Homosexuelle oder „Ballastexistenzen" gibt es – da bin ich mir sicher – noch viel zu tun. ■

Die Fragen stellte Julia Frech.

Julia Frech ist Mitglied der RAG Münsterland und leitet Workshops in der Villa ten Hompel. Sie schreibt ihre politikwissenschaftliche Masterarbeit zum Thema „Realisierung von Empowerment-Strategien gegen Rechtsextremismus in Deutschland". In einem zweijährigen Volontariat hat sie zuvor das erinnerungskulturelle Jugendguides-Projekt des Landratsamtes Tübingen koordiniert.

Hinweis zum Buch:

Das Buch **„Ahlen und seine Stolpersteine. Erinnerungskultur in einer westfälischen Industriestadt"** ist Teil der Schriftenreihe **„Quellen und Forschungen zur Geschichte des Kreises Warendorf"**.



Herausgeber:
Kreisgeschichtsverein
Beckum-Warendorf e. V.,
Band 63
Gebundene Ausgabe, 320 Seiten
ISBN: 978-3-402-14290-5 · 24,90 €

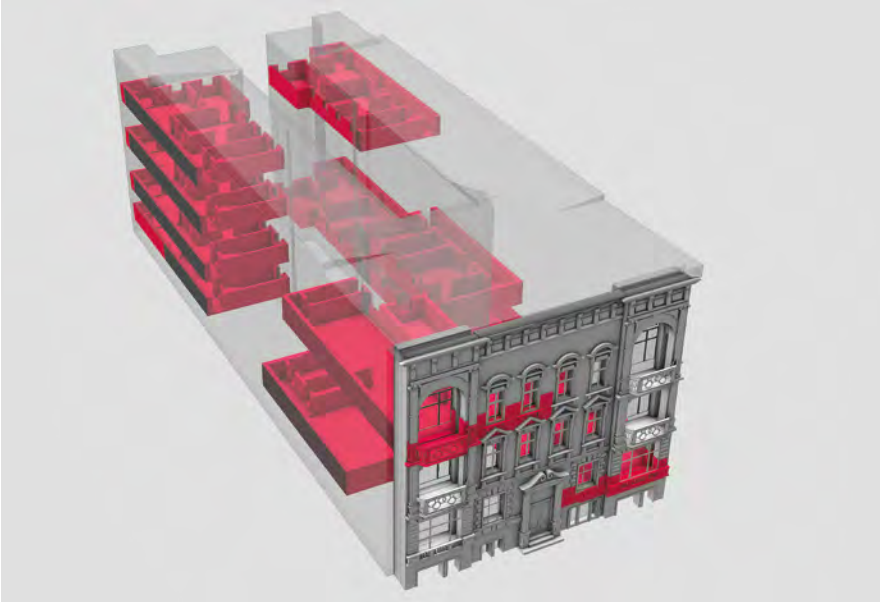
Astrid Homann und Johanna Kühne

Zwangsräume. Antisemitische Wohnungspolitik in Berlin 1939–1945

Ein partizipatives Forschungs- und Ausstellungsprojekt des Aktiven Museums und der Koordinierungsstelle Stolpersteine Berlin zu antisemitischer Wohnungspolitik im Nationalsozialismus

Die erzwungene Umsiedlung innerhalb Berlins ab 1939 war eine tiefgreifende Erfahrung für die jüdische Bevölkerung der Hauptstadt im Vorfeld der Deportationen. Von der Forschung lange kaum beachtet, wird dies nun durch das Forschungs- und Ausstellungsprojekt „Zwangsräume. Antisemitische Wohnungspolitik in Berlin 1939–1945" bekannt gemacht. Das Projekt wurde von der Alfred Landecker Stiftung gefördert.

Foto: Kaspar Nürnberg



Quelle: IRS – Leibniz Institut für Raumbezogene Sozialforschung

Aktuelle Aufnahme des Neubaus Bartningallee 7 (Bild links) und ein 3D-Modell der Klopstockstraße 30 (heute Bartningallee 7).

Häuser, in denen sich solche Zwangswohnungen befanden, waren mindestens bis Mai 1939 im Eigentum von Jüdinnen:Juden. Nach dem Erlass des „Gesetzes über Mietverhältnisse mit Juden" im April 1939 mussten vermehrt jüdische Menschen dort einziehen, wenn ihnen ihre ursprüngliche Wohnung gekündigt worden war. Die bisherigen jüdischen Mieter:innen wurden nicht gefragt: Sie mussten ohne ihr Einverständnis die neuen Untermieter:innen aufnehmen. Grundsätzlich waren alle Umzüge genehmigungspflichtig, auch zu Verwandten oder Freund:innen. Damit konnten Jüdinnen:Juden seit Frühjahr 1939 ihren Wohnort nicht mehr frei wählen. Für die meisten Menschen waren die Zwangswohnungen die letzte Bleibe vor der Deportation.

Das Forschungsprojekt sichtete Akten der nationalsozialistischen „Vermögensverwertungsstelle" des Oberfinanzpräsidenten (OFP) im Brandenburgischen Landeshauptarchiv. Diese Akten enthalten die Vermögenserklärung, die als jüdisch verfolgte Personen vor ihrer Deportation ausfüllen mussten. Sie gaben uns Hinweise auf die Bewohner:innen von „Zwangsräumen" und „Zwangswohnungen" und enthalten Informationen über die systematische Verwertung jüdischen Vermögens nach der Deportation. Kontakte zu Angehörigen ehemaliger Bewohner:innen ergaben sich über die gängigen genealogischen Datenbanken. Zahlreiche interessierte Rückmeldungen brachte auch ein Aufruf in der Zeitschrift „aktuell", die sich an Berliner:innen richtet, die die Stadt während des Nationalsozialismus verlassen mussten.

Seit dem 16. Oktober 2023 informiert eine Online-Ausstellung mit einer topografischen Verortung über die mindestens 791 „Zwangsräume" im ganzen Stadtgebiet. Vertiefend erzählt werden rund 30 exemplarische Geschichten von Häusern sowie die Verfolgungsgeschichten von Jüdinnen:Juden, die dort leben mussten. Darüber hinaus werden Akteur:innen und Institutionen vorgestellt, die an der Zwangsunterbringung beteiligt waren oder von ihr profitierten.

Ein Beispiel: die ehemalige Klopstockstraße 30 in Berlin-Tiergarten (heute: Bartingallee 7). Das Haus zu dieser Adresse gehörte dem jüdischen Kaufmann Emil Scharlinski, »

Fotograf:in unbekannt, Quelle: Sammlung Ralf Schmiedecke, Berlin

Foto: Paul Tobin

Historische Aufnahme der Schönhauser Allee/Ecke Torstraße, 1900 (Bild links) und eine aktuelle Aufnahme der Schönhauser Allee 185–186.

» bevor er es zwangsweise verkaufen musste. Die Hälfte der Wohnungen des Hauses wurde als Zwangswohnungen genutzt. Ab 1939 wurden 43 jüdische Mieter:innen, die ihre vorigen Wohnungen hatten verlassen müssen, meist zur Untermiete in die Zimmer der zwölf Zwangswohnungen eingewiesen. Zeitweise mussten sich acht Menschen, die einander zuvor nicht kannten, eine Drei-Zimmer-Wohnung teilen. Aus den Wohnungen wurden ab Januar 1942 immer wieder Menschen deportiert. Insgesamt wurden 61 Jüdinnen:Juden aus dem Haus deportiert und ermordet.

Da das Haus in der ehemaligen Klopstockstraße 30 im Krieg zerstört wurde und heute nicht mehr existiert, erstellte das Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung (IRS) auf der Grundlage von im Landesarchiv Berlin erhaltenen Bauakten eine 3D-Rekonstruktion des Hauses und der darin lokalisierten Zwangswohnungen. Sie sind neben zwei weiteren 3D-Modellen anderer Häuser und Wohnungen in der Online-Ausstellung zu sehen.

Der Launch der Online-Ausstellung wird von temporären Interventionen im Stadtraum begleitet. So macht eine Plakatkampagne jeweils in der Nähe ehemals betroffener Häuser die Geschichte dieser Zwangsräume sichtbar, zum Beispiel in der Zehdenicker Straße in Prenzlauer Berg. Zusätzlich werden bleibende Gedenkkacheln an einigen dieser Häuser angebracht, die eigens für das Projekt entworfen wurden, unter anderem in der Gervinusstraße 20 Sie sollen dauerhaft an die ehemaligen jüdischen Bewohner:innen der dortigen Zwangswohnungen erinnern.

An dem Projekt beteiligten sich interessierte Einzelpersonen und Gruppen, um stadtweit zu Häusern zu forschen, in denen Jüdinnen:Juden vor ihrer Deportation zwangsweise konzentriert wurden. Darunter auch heutige Bewohner:innen ehemaliger „Zwangsräume", die teils schon seit mehreren Jahren zu „ihrem" Haus recherchieren, sowie Historiker:innen und Vertreter:innen verschiedener Gedenkorte, Initiativen und Museen wie zum Beispiel des „Denkmals am Ort" oder des Museums Tempelhof-Schöneberg. In der offenen Arbeitsgruppe wurden die historische Forschung zum Thema „Judenhäuser" diskutiert und eigene lokalhistorische Nachforschungen zusammengetragen. ■

Aktuelle Aufnahme vom Spielplatz am ehemaligen Standort des Hauses Jablonskistraße 7.

Foto: Susanne Beer

Astrid Homann und **Johanna Kühne** sind Mitarbeiterinnen der AG „Zwangsräume" des Aktiven Museums in Berlin.

Online:
Website des Projektes „Zwangsräume. Antisemitische Wohnungspolitik in Berlin 1939–1945":
https://zwangsraeume.berlin/de/

Michael Parak

Jede Mitgliedschaft ist ein Mandat für unsere Arbeit

Kennen Sie das? Sie lesen einen Bericht über ein drängendes Thema unserer Zeit oder sehen einen Beitrag im Fernsehen, sind angerührt und erkennen die Dringlichkeit, dass etwas getan werden muss. Sofort suchen Sie im Internet nach anderen Engagierten oder Vereinen, die dieses Thema bearbeiten, denn Sie wollen jetzt unbedingt etwas tun und anpacken … und dann müssen Sie sich eingestehen, dass Ihnen Zeit und Kapazitäten für ein Engagement fehlen. Beruf, Familie, Kinder, Enkelkinder, andere Ehrenämter, die Gesundheit … Manchmal folgt eine Enttäuschung darüber, dass man den Erwartungen an sich selbst, sich für eine Sache einzusetzen, nicht gerecht werden kann.

Es gibt Phasen im Leben, da ist schlichtweg kein Platz für ein zeitintensives ehrenamtliches Engagement. Und das ist völlig normal. Aber müssen wir darüber wirklich enttäuscht sein? Vielmehr stellt sich die Frage, ob wir oft zu viel von uns erwarten, wenn wir an ein Engagement denken.

Denn schon eine einfache Mitgliedschaft ist ein Statement für eine Sache!

Jede Mitgliedschaft ist ein Mandat!

Wer sich entscheidet, ein Mitglied, nennen wir es „stilles Mitglied", von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. zu werden, gibt sein Mandat für unsere Arbeit und unsere Ziele. Er oder sie ist damit Teil der Zivilgesellschaft, die sich klar für eine Demokratie in Vielfalt und gegen Ausgrenzung und Gewalt ausspricht. Er oder sie bekräftigt damit, dass die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit wichtig ist und daraus Konsequenzen für unsere Zukunft gezogen werden sollen.

Ohne dieses Mandat der Mitglieder wäre Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. nicht arbeitsfähig. Für die großen Aufgaben, die gesamtgesellschaftlich vor uns liegen, brauchen wir genau diese Verbündeten. Jede einzelne Mitgliedschaft ist ein Mandat dafür, dass wir auf dem richtigen Weg sind und unser zivilgesellschaftliches Engagement weiterführen sollen.

Mitgliedschaft gleich Förderspende

Der jährliche Beitrag eines Mitglieds, egal ob es sich im Verein mit Zeitanteilen engagiert oder nicht, bedeutet für Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. wichtige Planungssicherheit für unsere bundesweiten Aufgaben. Ohne den jährlich sicheren Mitgliedsbeitrag unserer über 2.000 Mitglieder wäre eine langfristige Arbeit in den 43 ehrenamtlichen Regionalen Arbeitsgruppen nicht möglich. Dabei kommt die Wirkung, die ein regelmäßiger Mitgliedsbeitrag eines „stillen Mitglieds" erzielt, einer regelmäßigen Förderspende gleich.

Jeder kann etwas tun, nach seinen Bedürfnissen und Kapazitäten

Als Geschäftsführer von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. möchte ich Sie einladen, sich auf Ihre Art und Weise für die Arbeit unseres Vereins zu engagieren; als aktives Mitglied in einer Regionalen Arbeitsgruppe, als Jugendbotschafter oder als „stilles Mitglied". Jede Form des Engagements ist wichtig und willkommen. „Karteileichen" gibt es bei Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. nicht.

Verschenken Sie eine Mitgliedschaft bei Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

… das neue, andere Geschenk!

Mit dieser Ausgabe unseres Mitgliedermagazins präsentieren wir Ihnen unser neues Beitrittsformular, erweitert um die Möglichkeit, eine Jahresmitgliedschaft zu verschenken. Damit wollen wir Ihnen, unseren Mitgliedern und allen Interessierten die Möglichkeit eröffnen, ein besonderes Geschenk zu machen und gleichzeitig das zivilgesellschaftliche Engagement zu stärken.

Sinnstiftend, nachhaltig, wirksam und etwas ganz Besonderes

Ihr Geschenk soll sinnstiftend und nachhaltig sein, eine gesellschaftliche Wirkung haben und damit etwas „anders" als andere Geschenke? Dann beschenken Sie Ihre Verwandten, Freunde und Bekannten einfach mal mit einer Jahresmitgliedschaft bei Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. Sinnstiftender als ein Mandat für die Demokratie, das Sie mit unserer Mitgliedschaft verschenken, kann ein Geschenk kaum sein. Und sollte sich die beschenkte Person nach einem Jahr selbst für die Mitgliedschaft bei Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. entscheiden, sind Sie und wir dankbar für die Effektivität Ihres Geschenkes. »

» **Dieses Geschenk wirkt dreifach**

Freude bei der oder dem Beschenkten. Ein Geschenk bereitet immer Freude. Im Falle einer Mitgliedschaft kann sich die Freude über den Wert des Geschenkes im Laufe der Zeit entwickeln, wenn der oder die Beschenkte die Fülle an Informationsmöglichkeiten und Engagement entdeckt hat sowie das Netzwerk, in das er oder sie eintritt.

Förderung der Demokratie und des zivilgesellschaftlichen Engagements. Eine Geschenkmitgliedschaft ist auch eine Art Fördermitgliedschaft. Sie gibt uns als zivilgesellschaftlicher Organisation finanzielle Planungssicherheit für unsere bundesweiten Projekte. Darum ist eine Geschenkmitgliedschaft bei Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. ein besonderer Beitrag zur Förderung der Demokratie und Erinnerungskultur in Deutschland.

Ein gutes Gefühl für Sie. Fest steht: Mit diesem besonderen Geschenk machen Sie Freude und leisten einen ganz persönlichen Beitrag zur Förderung der Demokratie in Vielfalt. Genießen Sie also auch das gute Gefühl beim Verschenken.

Das gehört zu einer Geschenkmitgliedschaft

Zusammen mit einem Begrüßungsbrief und einer Geschenkurkunde, in dem Sie als Schenker oder Schenkerin namentlich genannt werden, erhält das neue Mitglied ein Willkommenspaket mit umfangreichen Informationsmaterialien über den Verein, mit Broschüren und natürlich der neuesten Ausgabe unserer Mitgliederzeitschrift. Für eine aktive Mitarbeit oder die Teilnahme an Veranstaltungen wird die Regionale Arbeitsgruppe genannt, die sich ganz in der Nähe der Wohnadresse der beschenkten Person befindet.

Die Geschenkmitgliedschaft für ein Jahr umfasst die im Zeitraum erscheinenden Mitgliedermagazine, die Einladung, an allen Veranstaltungen der Regionalen Arbeitsgruppe und des Vereins teilzunehmen, sowie die Teilnahme an der jährlichen Mitgliederversammlung.

Details bestimmen Sie!

Sie bestimmen, wann die Geschenkmitgliedschaft beginnt. Die Geschenkmitgliedschaft selbst ist auf ein Jahr begrenzt. Wenn Sie möchten, wird die Geschenkurkunde an Sie geschickt, dann können Sie das Geschenk persönlich überreichen. Wählen Sie, wie es am besten für Sie passt!

Was müssen Sie tun?

Eine Geschenkmitgliedschaft können Sie unkompliziert mit dem Mitgliedsantrag in der Mitte dieses Heftes bestellen. Der Mitgliedsantrag ist nun um die Rubrik „Mitgliedschaft verschenken" erweitert. Einfach ausfüllen und per Post oder Fax an die Geschäftsstelle schicken. Oder Sie beauftragen die Geschenkmitgliedschaft innerhalb weniger Minuten digital über unsere Internetseite ***www.gegen-vergessen.de/unterstuetzung/mitglied-werden***. Über den *QR-Code* gelangen Sie direkt auf die Seite.

Die Mitgliedschaft läuft auf den Namen der oder des Beschenkten, die Beitragsgebühren übernehmen Sie als Schenkender bzw. Schenkende. Die Mitgliedschaft beginnt mit dem Absendedatum der Geschenkmitgliedschaft (Aufnahmebestätigung) an die beschenkte Person. Sie hat drei Wochen Zeit, die Mitgliedschaft zu widerrufen. Die Mitgliedschaft endet nach einem Jahr automatisch, Sie müssen sich also um nichts kümmern. Dem neuen Mitglied wird rechtzeitig vor Ablauf mitgeteilt, dass die Mitgliedschaft endet und auf eigene Kosten fortgesetzt werden kann, wenn er oder sie es wünscht. Wir hoffen natürlich, das Ende der Geschenkmitgliedschaft veranlasst die beschenkte Person, selbst dauerhaft Mitglied zu werden.

Es gibt immer eine Gelegenheit für dieses Geschenk

Eine Mitgliedschaft ist eine schöne Geschenkidee zu unterschiedlichsten Gelegenheiten. Sohn, Enkelin oder Patenkind werden 18? Ein Kollege geht in den Ruhestand und sucht nach einem neuen Betätigungsfeld? Sie wollen mit einer einjährigen „Schnuppermitgliedschaft" jemanden zur Mitarbeit in Ihrer Regionalen Arbeitsgruppe anregen? Jemand hat aus gesundheitlichen oder familiären Gründen keine zeitlichen Kapazitäten, möchte aber trotzdem am zivilgesellschaftlichen Engagement teilhaben? Ganz zu schweigen von Geburtstagen und Weihnachten …

Wir sind sicher, dass dieses besondere Geschenk sich lohnt! Für die beschenkte Person, für Sie und für die Arbeit von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Wenn Sie Fragen zur Geschenkmitgliedschaft haben, können Sie uns auch jederzeit gern persönlich kontaktieren. Wir freuen uns über Ihre E-Mail an ***info@gegen-vergessen.de*** oder über Ihren Anruf in der Berliner Geschäftsstelle unter der Festnetznummer: ***030 263 9783***.

Ein fast vergessenes Kapitel der deutschen Sportgeschichte

Lars Amenda

Sport ist keineswegs unpolitisch. Dies wird heute bei Fußball-Weltmeisterschaften der Frauen ebenso wie bei Olympischen Spielen deutlich. Es gilt auch für die Sportgeschichte. Das NS-Regime instrumentalisierte gezielt den Sport für seine Herrschaft und den staatlichen Rassismus, wie seit rund 20 Jahren etliche Studien insbesondere über den Fußball, den DFB und seine Vereine gezeigt haben. Für eine sportliche Disziplin fehlt bislang eine kritische Aufarbeitung der eigenen Rolle im „Dritten Reich" bis auf wenige Ausnahmen fast vollständig – für den Radsport.

Dieter Vaupel nahm dies wie auch die umstrittene anfangs nahe dem ehemaligen Konzentrationslager Buchenwald geplante Wegführung der Deutschland-Tour 2021 zum Anlass, die Geschichte des Radsports im Nationalsozialismus zu untersuchen. Der ehemalige Lehrer aus Kassel erforscht seit Jahrzehnten die lokale NS-Geschichte und -Verfolgung und hat zahlreiche Publikationen darüber vorgelegt.

„Selbstgeichschaltung" des Radsports

Nach Vorbemerkungen und einer Einordnung des allgemeinen Forschungsstands zur „Gleichschaltung" des Sports nach 1933 rekonstruiert er die Transformationen des Bundes Deutscher Radfahrer (BDR) zum Deutschen Radfahrer-Verband (DRV). Der rheinisch-westfälische Landesverband preschte im Frühjahr 1933 bezüglich der Schaffung eines zwangsweisen Einheitsverbandes vor und empfahl das Verbot des Arbeiter-Rad- und Kraftfahrerbunds „Solidarität", das nur wenig später erfolgte.

Zum 1. August 1933 wurden alle bisherigen Verbände, BDR und einige weitere, in den DRV zwangsüberführt. Die ersten „Führer" des deutschen Radsports, wie sie jetzt hießen, wie Franz Ohrtmann (1933–35), blieben vergleichsweise blass. Mit Viktor Brack stand dem DRV ab 1938 dann ein NS-Täter und Massenmörder vor: Brack war SS-Oberführer und organisierte maßgeblich die Krankenmorde im Rahmen der „Aktion T4". Nach seiner Verurteilung in den Nürnberger Ärzteprozessen wurde er 1948 in Landsberg hingerichtet.

Prominente Radsportler während der NS-Herrschaft

Den praktizierten Sport hat Dieter Vaupel neben der „Selbstgleichschaltung" des Radsports ebenfalls im Blick, allerdings lediglich den Radrennsport und keine weiteren Disziplinen wie Radball oder Radpolo. Vor allem den Radball förderte die NS-Sportpolitik aufgrund der großen Erfolge deutscher Sportler. Im Kapitel 4 beleuchtet Vaupel die 1937 neu aufgelegte Deutschrundfahrt: Ab 1939 hieß sie „Großdeutschlandfahrt" und sollte im Sinne des NS-Regimes propagandistisch wirken. Zwar gehörte Radsport nicht wie Fußball oder Boxen zu den populärsten und von den Nazis am stärksten protegierten Sportarten, dennoch brachte der Radrennsport nach 1933 etwa mit dem Kölner Toni Merkens, Olympiasieger von 1936, oder Gustav Kilian und anderen eigene Stars und Profisportler hervor.

Ein weiterer Star jener Jahre war Albert Richter: Bahnradweltmeister im Sprint von 1932 und ebenfalls aus Köln. Über ihn veröffentlichte Renate Franz bereits 1998 die Studie „Der vergessene Weltmeister: das rätselhafte Schicksal des Kölner Radrennfahrers Albert Richter" – eine der wenigen ausführlichen Vorarbeiten über den Radsport im Nationalismus. Albert Richter stand dem NS-Regime ablehnend gegenüber und machte aus seiner kritischen Haltung keinen Hehl. So verweigerte er mehrfach den Hitlergruß und hielt an seinem jüdischen Manager Ernst Berliner fest, selbst nachdem dieser 1937 aus Deutschland geflohen war. Albert Richter wurde um die Jahreswende 1939/40 während seiner beabsichtigten Ausreise in die Schweiz aus bis heute nicht vollständig geklärten Gründen im Gefängnis von Lörrach tot aufgefunden. Sehr wahrscheinlich ermordete die Gestapo den Regimekritiker nach Verrat an ihm. Albert Richters Name wurde unmittelbar danach aus dem NS-Radsport getilgt.

Unzureichende Aufarbeitung der Geschichte des Radsports

In Kapitel 6 erweitert Dieter Vaupel die Perspektive auf internationale Radsportler wie Frans Hotag und den berühmten italienischen Toursieger Gino Bartali, der rund 800 in Italien versteckten Jüdinnen und Juden auf Trainingsfahrten heimlich falsche Papiere zugestellt und somit ihr Leben gerettet haben soll.

In seiner Bilanz unterstreicht Dieter Vaupel, wie unzureichend die Geschichte des Radsports in der NS-Herrschaft bislang aufgearbeitet worden ist. Den heutigen BDR kritisiert er dafür, dass er sich des Themas bisher weder angenommen noch dessen Aufarbeitung in irgendeiner Weise angestoßen habe. Wie Dieter Vaupel schreibt, bleibt zu hoffen, dass seine Untersuchung weitere Studien anregen wird. ■

Lars Amenda ist freier Historiker und Vorsitzender des netzwerks fahrrad/geschichte e.V. – Ein Zusammenschluss von Interessierten an der Geschichte des Radfahrens und Radsports.

Dieter Vaupel
Radsport im Nationalsozialismus.
Ein fast vergessenes Kapitel der deutschen Sportgeschichte.
Die Werkstatt, Göttingen 2023
Gebundene Ausgabe • 224 Seiten
ISBN 978-3-7307-0655-8 • 29,90 €

Ein kritischer Reisebegleiter in die Kolonialgeschichte

Andreas Winterhalder

Welche Gedenk- und Erinnerungsorte würden Sie besuchen, wenn Sie einen Aufenthalt in einem Land planen, das einmal unter deutscher Besatzung stand?

Bernd Heyl hat diesbezüglich einen im wahrsten Sinne des Wortes wegweisenden kritischen Reisebegleiter zu Namibia herausgebracht, das von 1884 bis 1919 eine Kolonie des Deutschen Kaiserreiches war, unter dem Namen „Deutsch-Südwestafrika".

In seinem Buch werden namibische Gedenk- und Erinnerungsorte nicht nur beschrieben, sondern immer wieder auch mit kritischen Anmerkungen infrage gestellt hinsichtlich der Erinnerungsintention. Er spricht sich klar gegen eine „Romantisierung kolonialer Gewaltherrschaft und deren Verniedlichung als Zivilisationsleistung" aus.

Einordnung der deutschen Kolonialpolitik

Im einleitenden Aufsatz mit dem doppeldeutigen Titel „Wohin geht die Reise?" schreibt er: „Der vorliegende ‚Reisebegleiter in die deutsche Kolonialgeschichte' blickt hinter die Fassaden. Er unternimmt den Versuch, Relikte kolonialer Herrschaft daraufhin zu befragen, in welche Strukturen sie eingebunden waren, wie sie der deutschen Machtentfaltung dienten und zur Unterdrückung der afrikanischen Bevölkerung beitrugen. Das Buch thematisiert aber auch den afrikanischen Widerstand, der sich den deutschen Kolonisatoren entgegenstellte."
Das Buch ist in zwei Teile aufgeteilt. In den Aufsätzen des ersten Teils wird in kompakter Weise eine allgemeine Einordnung der Kolonialpolitik in das Zeitalter des Imperialismus unternommen anhand folgender bedenkenswerter Fragen:

- Wie konnte die Idee, Länder anderer Völker in Besitz zu nehmen, praktische Politik werden?
- Welche Rolle spielten die christlichen Missionare?
- Warum erwarb das Deutsche Reich Kolonien?
- Wie kam es zum Völkermord an Ovaherero und Nama?
- Welche Rolle spielte der Bau von Eisenbahnen?
- Wie veränderte sich die soziale Stellung der Afrikaner*innen in „Deutsch-Südwestafrika"?
- Gab es im Deutschen Reich Gegner*innen des Kolonialismus?
- Was sagen uns Bilder, Fotografien und Postkarten aus Kolonien?

Im zweiten Teil des Buches werden dann die namibischen Gedenk- und Erinnerungsorte vorgestellt, „die es nahelegen, gründlicher und vertiefend über den Kolonialismus nachzudenken. Dazu gehören die gängigen Reiseziele Windhoek, Swakopmund und Lüderitz mit ihren ausgeprägten Erinnerungslandschaften, aber auch Orte wie Warmbad, Bethanien, Otjimbingwe oder Gibeon, die abseits der touristischen Reiserouten liegen. Auswahlkriterium ist immer die historische Bedeutung." Bernd Heyl schreibt selbstkritisch, dass man über die Auswahl durchaus diskutieren könne. „Sicher sind Ergänzungen, Korrekturen und Vertiefungen möglich."

Ein „solidarisches Erinnern" als Ziel

Das Buch ist reich an Bilddokumenten. Historische und aktuelle Fotos sind darin ebenso enthalten wie Originalzitate von deutschen und namibischen Menschen der damaligen Zeit. Abgerundet wird das Buch mit einem hilfreichen Glossar zu wichtigen Begriffen aus dem Themenfeld der Beiträge sowie einem umfangreichen Literaturverzeichnis.

Bernd Heyl hat eine klare Position: „Namibia bleibt auch dann ein faszinierendes Reiseland, wenn der ‚touristische Blick' geschärft und das ‚Erbe' des Kolonialismus kritisch hinterfragt wird. Gerade wir als Deutsche sind dies den Menschen in Afrika schuldig. […] Toleranz und eine klare Absage an jede Form von Rassismus sind die Voraussetzungen für eine friedliche Zukunft. Dazu gehört eine Erinnerungskultur, die nationale und ethnische Grenzen überwindet und das Leiden der Anderen empathisch aufnimmt und nicht abwehrt. Ein ‚solidarisches Erinnern' sollte unser Ziel sein. Auch Reisende können dazu ihren Beitrag leisten."

Zusammen mit seiner Mitautorin Helga Roth und seinen Mitautoren Henning Melber, Hans-Martin Milk, Werner Hillebrecht und Joachim Zeller hat Bernd Heyl mit diesem kritischen Reisebegleiter zu Namibias deutscher Kolonialgeschichte und seinen wohldurchdachten Fragen zu verschiedenen namibischen Gedenk- und Erinnerungsorten in Namibia ein großes Ausrufezeichen in der deutschen Reisebegleitliteratur zu ehemaligen deutschen Kolonien gesetzt! ■

Andreas Winterhalder ist Lehrer für Gesellschaftslehre, Ethik, Französisch und Englisch an der Heinrich-Böll-Schule Rodgau und Mitglied der RAG Südhessen von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Bernd Heyl
Namibische Gedenk- und Erinnerungsorte.
Postkolonialer Reisebegleiter in die deutsche Kolonialgeschichte.
Mit Beiträgen von Helga Roth, Henning Melber, Hans-Martin Milk, Werner Hillebrecht und Joachim Zeller.
Brandes & Apsel Verlag, Frankfurt a. M. 2021
Broschur • 284 Seiten • ISBN 978-3-95558-306-4 • 29,90 €

Vorstand und Beirat

GESCHÄFTSFÜHRENDER VORSTAND

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Andreas Voßkuhle, Vorsitzender, Präsident des Bundesverfassungsgerichtes a. D.

Iris Gleicke, Stellvertretende Vorsitzende, Parlamentarische Staatssekretärin a. D., ehemalige Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer

Christine Lieberknecht, Stellvertretende Vorsitzende, Ministerpräsidentin des Landes Thüringen a. D.

Cem Özdemir, MdB, Stellvertretender Vorsitzender, Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft

Linda Teuteberg, MdB, Stellvertretende Vorsitzende

Andreas Dickerboom / Stefan Querl, Sprecher der Regionalen Arbeitsgruppen von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

Dr. Ulrich Mählert, Schriftführer, Zeithistoriker bei der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Dietmar Nietan, MdB, Mitglied im Geschichtsforum der SPD

Eva Schmierer, Schatzmeisterin, Leiterin der Zentralabteilung im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

Prof. Dr. Johannes Tuchel, Leiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand

VORSTAND

Jan Philipp Albrecht, Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung

Dr. Andreas H. Apelt, Bevollmächtigter des Vorstands der Deutschen Gesellschaft e. V.

Prof. Dr. Friedhelm Boll, Zeithistoriker

Tilo Braune, Staatssekretär a.D., Geschäftsführer der Hamburger Gesellschaft zur Förderung der Demokratie und des Völkerrechts e. V.

Prof. Dr. Hansjörg Geiger, Staatssekretär im Bundesministerium der Justiz a. D.

Kerstin Griese, MdB, Parlamentarische Staatssekretärin für Arbeit und Soziales

Dr. Norbert Haase, Historiker, Referent für Kultur im Sächsischen Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst

Christoph Heubner, Geschäftsführender Vizepräsident des Internationalen Auschwitz Komitees (IAK)

Christian Hirte, MdB

Prof. Dr. Alfons Kenkmann, Professor für Geschichtsdidaktik an der Universität Leipzig

Birgit Kipfer, Vorstandsvorsitzende der Stiftung „Lernort Demokratie – Das DDR-Museum Pforzheim"

Dr. Susanne Kitschun, Leiterin des Gedenk- und Ausstellungsortes Friedhof der Märzgefallenen

Ernst Klein, Mitglied der Kommission für die Geschichte der Juden in Hessen, ehemaliger Geschäftsführer eines Bauelemente-Fachbetriebes

Dr. h.c. Charlotte Knobloch, Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, ehemalige Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland

Hannelore Kohl, Präsidentin des Oberverwaltungsgerichts und des Landesverfassungsgerichtes in Mecklenburg-Vorpommern a.D.

Dr. Anja Kruke, Leiterin des Archivs der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung

Omar Kuntich, Vorstandsvorsitzender Bündnis Malikitische Gemeinde Deutschland e. V.

Uta Leichsenring, ehemalige Leiterin der Außenstelle Halle des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen

Michelle Müntefering, MdB, Staatsministerin für internationale Kulturpolitik im Auswärtigen Amt a. D.

Winfried Nachtwei, Experte für Friedens- und Sicherheitspolitik, ehemaliges Mitglied des Deutschen Bundestages

Paul Nemitz, Hauptberater in der EU-Kommission, Generaldirektion Justiz und Verbraucherschutz

Dr. Maria Nooke, Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur in Brandenburg

Dr. Melanie Piepenschneider, Leiterin Politische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung

Prof. Dr. Ernst Piper, Historiker

Carsten Rose, Direktor der Polizeiakademie Niedersachsen

Prof. Dr. h.c. Klaus G. Saur, Verleger

Lala Süsskind, Jehi `Or (Jüdisches Bildungswerk für Demokratie – gegen Antisemitismus)

Lothar Tautz, Religionspädagoge und Sozialkundelehrer

Dr. h.c. Josef Thesing, ehemaliger stellvertretender Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung

Ernst-Jürgen Walberg, ehemaliger Kulturchef von NDR 1 Radio Mecklenburg-Vorpommern

Prof. Dr. Gert Weisskirchen, ehemaliges Mitglied des Deutschen Bundestages

EHRENVORSITZENDER

Dr. h.c. Joachim Gauck, Bundespräsident a. D.

BEIRAT

Prof. Dr. Rita Süssmuth, Vorsitzende, Bundesministerin a. D., Präsidentin des Deutschen Bundestags a. D.

Rainer Braam, Unternehmer

Prof. Dr. Hubert Burda, Verleger

Dr. h.c. Friedrich Schorlemmer, Theologe und Bürgerrechtler

Walther Seinsch, Unternehmer, ehemaliger Vorstandsvorsitzender des FC Augsburg

Dr. Monika Wulf-Mathies, Gewerkschafterin, EU-Kommissarin a. D.

GESCHÄFTSFÜHRER

Dr. Michael Parak

EHEMALIGE VORSITZENDE

Prof. Dr. Bernd Faulenbach, 2015–2020, Historiker

Wolfgang Tiefensee, 2012–2014, Bundesminister a. D.

Dr. h.c. Joachim Gauck, 2003–2012, Bundespräsident a. D.

Dr. h.c. Hans Koschnick (†), 2000–2003, Bürgermeister von Bremen a. D.

Dr. Hans-Jochen Vogel (†), 1993–2000, Bundesminister a. D.

Die aktuelle Publikation von
**Gegen Vergessen –
Für Demokratie e.V.,**
Handlungsempfehlungen
für neue Dialogräume

Damit konstruktive Gespräche zwischen Menschen mit unterschiedlichen politischen Positionen wieder leichter möglich werden.

Diese Publikation kann kostenfrei in der Berliner Geschäftsstelle bestellt oder als PDF geladen werden unter: www.gegen-vergessen.de/verein/medien/publikationen/

Gefördert vom

Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie leben!